

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei im Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verordnungs-
 gesetze. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die hochgedruckte Kolonnen-
 zeile über dem Raum 10 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (fest-
 gedruckte) Wort 30 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schließ-
 lichen Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 9. März 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV, Nr. 1984.

Der Wahlsieg der Sozialisten in Rußland.

Was den glänzenden Sieg der Opposition bei den Duma-
 wahlen noch ganz besonders bemerkenswert macht, das ist
 der Umstand, daß innerhalb der Opposition selbst die
 „Extremen“, d. h. diejenigen Parteien und Gruppen, die
 links von den „Konstitutionellen Demokraten“ stehen, gesiegt
 haben. Diese Tatsache ist von außerordentlicher Bedeutung,
 denn sie ist ein Anzeichen dafür, daß die revolutionäre Gärung
 im Volke andauert. Aber vor allem symptomatisch ist der für
 viele so überraschend große Sieg der Sozialisten.

Die genauen Angaben über die Parteizugehörigkeit
 der einzelnen Dumaabgeordneten treffen nur allmählich
 bei den Zentralinstitutionen der Parteien ein, die Zeitungs-
 und offiziellen Meldungen aber sind höchst unzuverlässig,
 und sie widersprechen einander. Dieser Umstand findet seine
 Erklärung vor allem in der unheimlichen Macht des weißen
 Terrors, der die Kandidaten während der Wahlen an vielen
 Orten zwang, ihre Parteizugehörigkeit vor „Unsingeweihten“,
 d. h. vor den Behörden, sorgfältig zu verbergen. Diese Er-
 scheinung trat hauptsächlich auf dem Lande zutage, wo das
 vierstufige Wahlsystem besteht und wo die Parteigruppen
 offene nicht agitierten konnten und deshalb zur illegalen
 Propaganda in den geschlossenen Dorfsammlungen und in
 den Dorfberechtigtenkollegien ihre Zuflucht nehmen mußten.
 Die endgültige „Entzifferung“ jener zweideutigen
 Parteibezeichnungen, die bis heute in den offiziellen und in
 den Zeitungsberichten mit Bezug auf die Bauerndeputierten
 angewandt werden, kann also erst in der Duma selbst er-
 folgen.

Bis jetzt sind 482 Abgeordnete gewählt. Von ihnen ge-
 hören etwa 110 zur gemäßigten Linken (das sind die Kadetten
 und die ihnen Nahestehenden) und nicht weniger als 180 zur
 „extremen Linken“. Von letzteren wissen wir, daß 50 unter
 ihnen als Kandidaten und Mitglieder der Russischen Sozial-
 demokratischen Arbeiterpartei gewählt worden sind, und zwar
 die folgenden:

1. Arbeiter Petrow (Gouv. Petersburg), 2. Dorfschul-
 lehrer Ismailow (Gouv. Nowgorod), 3. Arbeiter Perrn
 (Stebal), 4. Arbeiter Bogdanow (Gouv. Twer), 5. und 6. die
 Arbeiter Kowew und Gubarew (Gouv. Moskau), 7. Arbeiter
 Shigilew (Iwanowo-Wosnessensk), 8. Arbeiter Kalinin
 (Gouv. Koltroma), 9. Arbeiter Romanow (Gouv. Nischni-
 Nowgorod), 10. Maschinist Stepanow (Gouv. Penza), 11. Buch-
 halter Tatarinow (Gouv. Simbirsk), 12. Arbeiter Kuban
 (Gouv. Samara), 13. Bauer Komar (Gouv. Samara),
 14. Arbeiter Lopatin (Gouv. Saratow), 15.—17. die Dorf-
 schullehrer Anisimow und Serow (Gouv. Saratow),
 18. und 19. die Arbeiter Schagin und Tschajtschkin (Gouv.
 Perm), 20. Kontorangestellter Petrow (Gouv. Perm), 21. Ar-
 beiter Komisschew (Krim), 22. Lehrer Nagich (Gouv. Eka-
 terinoslaw), 23. Arbeiter Bjeloussow, Vorsitzender des Glaser-
 verbandes (Gouv. Jekaterinoslaw), 24. Arbeiter Reserow
 (Don-Gebiet), 25. Arbeiter Rybalschenko (Gouv. Charkow),
 26. Arbeiter Brichodjko (Gouv. Tschernigow), 27. Arbeiter
 Bjelanomski (Gouv. Kursk), 28. Arbeiter Sumento (Gouv.
 Kiew), 29. ehem. Student Kirienko (Gouv. Kiew), 30. Lehrer
 Fedorow (Gouv. Kiew), 31.—34. die Bauern Lagno, Sachno,
 Nowitschinski und Sneider (Gouv. Kiew), 35. Lehrer Gelas
 (Kuban-Gebiet), 36. ehem. Student Nitrow (Kuban-Gebiet),
 37. Arbeiter Kandeljaki (Gouv. Batum), 38. Schriftsteller
 Sarubow (Stadt Tiflis), 39.—40. die Schriftsteller Tschugeli
 und Tschaparidze (Gouv. Tiflis), 41. Bauer Kayschwilii (Gouv.
 Tiflis), 42. und 43. die Schriftsteller Jeretelli und Madaradze
 (Gouv. Kutais), 44. Arbeiter Lomtatschidze (Gouv. Kutais),
 45. Militärarzt Winogradow (Gouv. Omsk), 46. Angestellter
 Golowanow (Turgdi-Gebiet), 47. Arbeiter Fedorow (Kasän),
 48.—50. Schriftsteller Saltjow, Arzt Bobrow und Arbeiter
 Wadruschew (Gouv. Wjatka).

Außerdem sind gewählt im Gouv. Kowno Arzt Gudo-
 witsch, die Bauern Kupstas, Pawiliss und Kubiliss (alles
 Kandidaten der Litt. Sozialdem. Partei), die sich ohne
 Zweifel unserer Fraktion in der Duma anschließen werden.
 Dazu kommt wahrscheinlich noch der Arbeiter Sennalow, der
 im Gouv. Waku als „unabhängiger Sozialdemokrat“ gewählt
 wurde. — Es sind hier nur diejenigen Deputierten angeführt,
 deren Parteizugehörigkeit mit voller Sicherheit festgestellt
 wurde. Die Zeitungsmeldungen rechnen noch 15 Mann
 zu den Sozialdemokraten, und 8—10 von der „ex-
 tremen Linken“ haben bereits, ohne Kandidaten der Partei
 zu sein, ihre „Sympathie“ für das sozialdemokratische
 Programm bekundet. Aus beiden Kategorien zusammen
 werden wohl noch etwa 10 Abgeordnete sich der sozialdemo-
 kratischen Fraktion anschließen. Auch die noch ausstehenden
 Wahlen in Petersburg, Riga, Charkow und in den sibirischen
 Bezirken dürften die sozialdemokratische Fraktion um
 einige weitere Sitze vermehren. Alles in allem wird sie dem-
 nach in der zweiten Duma nicht weniger als 65 Sitze inne-
 haben! Es muß noch erwähnt werden, daß nach der all-
 gemeinen Ansicht die Duma genötigt sein wird, eine ganze
 Reihe von Wahlen zu lassen, bei denen die Sozialisten
 und die Liberalen durch allerlei ungesetzliche Mittel in den

Wahlmännerkollegien zur Minderheit herabgedrückt wurden.
 Die unaussprechlichen Neuwahlen werden lediglich die
 oppositionellen Parteien verstärken, wobei die Sozial-
 demokraten wiederum auf einige Mandate in den Gouverne-
 ments Rinsk, Nowgorod, Woltawa und Cherson rechnen kann.

Was die Sozialrevolutionäre Partei an-
 betrifft, so ist es vorläufig noch viel schwieriger, über ihre
 annähernde Stärke in der Duma etwas Positives zu sagen.
 Einige Blätter geben sie auf 54, andere dagegen auf nur 10
 an! Dieser Widerspruch erklärt sich dadurch, daß die Sozial-
 revolutionären als politische Richtung nur die extremste
 Färbung jener gewaltigen Strömung darstellen, die den
 Namen „Korodnitschewstwo“ führt und die charakterisiert wird
 durch das allgemeine Streben, das Gebäude des Sozialismus
 nicht auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes,
 sondern auf der Evolution der selbständigen bäuerlichen
 Wirtschaft aufzubauen. (Die noch extremere Richtung der
 „Maximalisten“, die sich vor kurzem von der Sozial-
 revolutionären Partei getrennt hat, nahm an den Wahlen
 nicht teil, da ihre Prinzipien sich dem Anarchismus nähern.)
 Der rechte Flügel der „Korodnitschewstwo“ wird von den
 „Volkssozialisten“ gebildet; es sind dies ihrem Wesen nach
 gewöhnliche kleinbürgerliche Radikale mit einem kathe-
 dral-sozialistischen Reformprogramm. In der Mitte zwischen den
 Sozialrevolutionären und den Volkssozialisten stehen die
 „Ludowiki“ (Arbeitsgruppe), die keine bestimmte sozialistische
 Weltanschauung haben, aber zur Auffassung des Agrar-
 sozialismus der „Korodnitschewstwo“ hinhinweisen. Die Partei der
 Sozialrevolutionäre ist nicht nur die energiegelichste, sondern
 auch die ausgeprägteste Gruppe der „Korodnitschewstwo“, die
 auch hier und da auf die organisierte Arbeiterbewegung Einfluß
 besitzt. Dennoch gingen die Sozialrevolutionären bei den
 Wahlen in der Linken der Korodnitschewstwo auf, die einer-
 seits den Kadetten, andererseits den Vertretern des prole-
 tarischen Sozialismus, den Sozialdemokraten, entgegen-
 gestellt wurde.

Es ist bis jetzt noch immer unbekannt, ob die Sozial-
 revolutionären in der Duma eine selbständige Fraktion bilden
 werden oder nur einen Teil der allgemeinen „Arbeiter-
 partei“. Jedenfalls ist die Zahl der Deputierten, die sich
 zum sozialrevolutionären Programm bekennen oder ihm
 wenigstens nahe stehen, nicht gering. Wir schätzen sie auf
 30 bis 40. Als reine Sozialrevolutionäre, die in die Duma
 gekommen sind, können angesprochen werden:

1. Bauer Petruschkin (Gouv. Kasan), 2. Bauer Fedorow
 (Gouv. Kasan), 3. ehem. Stud. Kotejew (Gouv. Nischni-Now-
 gorod), 4. Lehrer Wasnessenski (Gouv. Samara), 5. Bauer
 Archangelski (Gouv. Samara), 6. Techniker Strelkow (Gouv.
 Samara), 7. Simin (Gouv. Simbirsk), 8. Arbeiter Kabałow
 (Gouv. Perm), 9. Arbeiter Ekremow (Gouv. Wjatka), 10. Arzt
 Dolypolow (Stadt Nischni-Nowgorod), 11. Rechtsanwalt
 Shirschi (Kuban-Gebiet), 12. Bauer Schwoft (Gouv. Tschernigow),
 13. Bauer Dwodow (Gouv. Kursk), 14. Ingenieur
 Kuschenko (Gouv. Kursk), 15. und 16. die Bauern Kschedin
 und Schworostuchin (Gouv. Saratow), 17. Lehrer Pokrowski
 (Gouv. Saratow). Den Sozialrevolutionären nahe stehend
 ist auch der greise Emeljanow (Sewastopol), der wegen Teil-
 nahme an der Ermordung Alexanders II. vor 25 Jahren zum
 Tode verurteilt und dann zur Zwangsarbeit begnadigt
 worden war.

Etwa 10 Deputierte gehören der gemäßigten Gruppe
 der Volkssozialisten an.

Im großen und ganzen werden also im neuen russischen
 „Parlament“, das von dem „weißen Terroristen“ Stolypin
 einberufen worden ist, über 100 Deputierte, d. h. 20 bis
 22 Proz., sein, die sich offen zum Sozialismus bekennen.
 Die Hälfte derselben rechnet sich zur marxistischen oder „ortho-
 doxen Sozialdemokratie“. Man kann nicht umhin, in dieser
 Tatsache einen gewaltigen Sieg des internationalen Sozialis-
 mus zu erblicken.

Von den sozialdemokratischen Deputierten müssen die
 kaukasischen Genossen Jeretelli, Tschaparidze, Madaradze und
 Lomtatschidze besonders hervorgehoben werden, die auf die Ar-
 beiter- und Bauernbevölkerung ihrer Wahlkreise großen Ein-
 fluß besitzen. Madaradze und Jeretelli gelten als hervor-
 ragende Redner. Die Genossen Bjeloussow (Ekatereinoslaw)
 und Romanow (Nischni-Nowgorod) sind Führer der gewerks-
 chaftlichen Bewegung. Der Arbeiter Reserow (Don-
 Gebiet) und der ehem. Student Nitrow (Kuban-Gebiet) sind
 alte Parteimitglieder. Der Maschinist Stepanow hat beim
 letzten Eisenbahnstreik (1905) eine führende Rolle gespielt.
 Der von den Bauern des Gouv. Kiew gewählte Kirienko
 steht an der Spitze des „Ukrainer sozialdemokratischen Ver-
 bandes“, der die Bauernbewegung im südwestlichen Teil Ruß-
 lands leitet.

Außerdem seien noch als sehr einflussreiche Genossen der
 Bauer Komar (Gouv. Samara), der Arzt Gudowitsch (Kri-
 tauische Sozialdemokratie) und der estnische Arbeiter Perrn
 (Kobal) hervorgehoben.

Unter den Deputierten der sozialrevolutionären Partei
 nennen wir den sehr bekannten Rechtsanwalt Shirschi und den
 Arbeiter Kabałow (Perm). Unter den unbestimmten „Ludowiki“
 und den anderen „extremen Linken“ sind sehr bekannt
 der Arzt Karawojew (Stadt Ekatereinoslaw), der Statistiker
 Beresin (ehem. Sozialdemokrat, Stadt Saratow), der Bauer
 Delaiew (Gouv. Astrachan), der Astronom Stalofudow (Gouv.

Tobolsk), der Arzt Popow (Gouv. Charkow), der Ethnograph
 Kalimkin (Gouv. Tschakent), der noch vor wenigen Jahren
 Vizegouverneur war, jetzt aber als Kandidat des
 „linken Blocks“ (zu dem auch die S. D. und die S. R. ge-
 hörten) gewählt wurde und seine revolutionäre Gesinnung
 nicht verbirgt. Ferner der Priester Kololetschikow (Gouv.
 Perm), der den Sozialrevolutionären nahe steht.

Das parlamentarische Wirken des einen und des
 anderen der 100 Sozialisten in Rußlands Reichsduma zu be-
 urteilen, dürfen wir bald Gelegenheit bekommen. Denn so-
 viel steht fest: Keiner von ihnen ist in die Duma gegangen,
 ohne den festen Vorsatz, an seinem Teile nach besten Kräften
 mitzuarbeiten im Dienste des schwer bedrückten russischen
 Volkes, im Dienste der gewaltigen kulturellen Aufgabe, den Jari-
 mus so bald wie möglich von der Bildfläche verschwinden zu
 lassen.

Die russische Revolution.

Die erste Kraftprobe.

Petersburg, 8. März. (B. L. V.) Reichsduma. Das
 Haus nahm zunächst die Wahl der Vizepräsidenten vor, die
 drei Stunden in Anspruch nahm. Es wurden die Kandidaten
 der Linken, Beresin von der Arbeiterpartei und der Depu-
 tierte für Charkow Advokat Bosnanski mit 345 bzw.
 349 Stimmen gewählt. Der Sieg der Linken wurde von der
 selben mit lärmendem Beifall aufgenommen als ein Zeichen
 des festen Zusammenhaltens zwischen den Sozialisten und den
 übrigen Gruppen der Linken gegenüber den Kadetten, die als
 Vizepräsidenten den Moskauer Deputierten Leslentso gewünscht
 hatten, während die Sozialisten ihn ablehnten als Vertreter
 einer Stadt, in der die Kadetten der Arbeiterpartei kein Mandat
 einräumen wollten.

Sturmzeichen.

Die „Russische Korrespondenz“ erhält das nachstehende
 Telegramm:

Petersburg, 8. März. Die politische Lage erfährt eine
 grelle Beleuchtung durch das Vorgehen der Regierung gegen
 die Presse. Die „Wjestsch“, das angesehenste Organ der
 Kadetten, wurde konfisziert, weil sie die nachstehende Resolution
 der sozialdemokratischen Dumafraktion abgedruckt hatte. Die
 Resolution lautet:

„Da die Mitglieder des Dumapräsidiums fortlaufend Be-
 ziehungen zum Hofe und zu den Vertretern der bürokratischen
 Regierung unterhalten müssen, so verzichten die Sozialdemokraten
 auf Votum im Präsidium.“

Außerdem wurde eine ganze Reihe Redakteure unmittel-
 bar nach Eröffnung der Duma vor Gericht gestellt. Das
 Organ der Partei der demokratischen Reform (von absolut
 gemäßigter Richtung) wurde unterdrückt.

Die Nachricht, daß die Hinrichtungen sistiert wurden, ist
 falsch. Es finden noch immer Hinrichtungen statt.

Der Verband des russischen Volkes sendet an den Jaren
 fortgesetzt Bittgesuche, dahingehend, den Prozeß Herzenstein
 den finnischen Gerichten abzuweihen und an ein russisches
 Gericht zu überweisen, was nur durch Gesetzesverletzung ge-
 schehen kann.

Die Fraktion der Kasaken.

Petersburg, 8. März. Die von den Kasaken gewählten
 Dumaabgeordneten haben eine besondere Fraktion zum Schutze der
 Interessen der Kasaken gebildet. (Die Fraktionsmitglieder dürften
 meistens mit den Kadetten stimmen.)

Der Polenklub in Petersburg.

Petersburg, 7. März. (Eig. Bericht.)

Der Polenklub in der Reichsduma zählt 38 Abgeordnete, deren
 Mehrzahl der nationaldemokratischen Partei angehört; die
 Minderheit ist entweder „parteilos“ oder „fortschrittlich“, sie muß
 aber dem Reglement des Polenklubs zufolge sich jeder Entscheidung
 der Mehrheit unterwerfen und darf ihre Sonder-Ansichtungen
 öffentlich nicht kundgeben.

Die Mehrheit des Polenklubs ist reaktionär, arbeiterfeindlich.
 Ihr Führer, Roman Dmowski, hat dem Grafen Witte im Jahre
 1905 die Dienste der „polnischen Gesellschaft“ an. Seine Offerte
 war folgende: Gebt uns eine Autonomie, und wir werden die
 Revolution in Rußland Polen erdroffen. — In einer Wähler-
 versammlung zu Warschau sagte Dmowski in seiner Kandidaten-
 rede: „Wir mußten im Kampfe mit den Sozialisten Blut ver-
 gießen.“ — Im Kampfe gegen die ausgesprochene Lüge der Arbeiter-
 schied das von Dmowski regierte Hauptorgan der National-
 demokratie am 27. Februar: „Wegen die verbrecherische Agitation
 der sozialistischen Wähler müssen wir entscheiden vorgehen, wenn
 es nötig ist, mit Gewalt auf Gewalt (!!) antworten.“

Der Polenklub in der Duma mühte sich eigentlich seinen anti-
 sozialen Instinkten nach mit Kräfteverwehrs schwarzer Bande ver-
 einigen. Da aber die Schwarzen Hunderte Gegner der Autonomie
 sind, wird der polnische Klub schwerer Herzens zur Rechten der
 Kadetten sitzen müssen. Falls die Kadetten die Autonomie
 Polens als Lösung mehr in den Vordergrund schieben, würde es
 wohl gar zu einem Bündnis des Polenklubs mit ihnen kommen,
 obwohl wieder das Agrarprogramm der Kadetten dem Polenklub
 ein Dorn im Auge ist. Wahrscheinlich wird der Polenklub auf
 eigene Hand in Kontakt mit der Bürokratie zu kommen suchen,
 jedenfalls aber selbst für die zwischen Reaktion und Revolution
 schwankenden Kadetten einen nicht sehr vertrauenswürdigen Ver-
 bündeten abgeben. Wird der Appetit der polnischen Bourgeoisie
 in Bezug auf die politische Herrschaft in Polen auch nur ein klein
 wenig gestillt, dann finden wir den Polenklub bald in den vor-
 dersten Reihen der Reaktion, wie er ja auch in Wien jahrelang
 deren Stütze war.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. März 1907.

Der verzierte Gontentottenblock.

Das Zentrum hatte in Konsequenz seiner Stellung zum Kolonialnachtrag vom 13. Dezember vorigen Jahres den Antrag wieder eingebracht, statt 20 Millionen nur 20 Millionen zu bewilligen. Die Kolonialenthusiasten witterten darin eine Gefahr, zumal eben doch nun durch den Friedensschluss in den Kolonien eine Verminderung der Kriegsmittel selbstverständlich sein mußte. Sie befürchteten eine namentliche Abstimmung über den Ausgabenposten und hatten darum alle ihre Mannen zusammengelegt, die denn auch pflüchtfreudig erschienen waren, denn der Block wollte doch wenigstens in dieser Frage seine unentwegte Treue der Regierung bezeugen.

Aber sang- und klanglos wurde die Sache abgetan. Weber beantragte das Zentrum namentliche Abstimmung, noch ergriff ein Redner das Wort zur zweiten Lesung und so wurde denn in aller Ruhe das Streitobjekt vom 13. Dezember begraben, d. h. der Gontentottenblock war in der Mehrheit und bewilligte und befahl die Forderung der Regierung, während Zentrum, Polen und Sozialdemokraten dagegen stimmten. Die „nationale Ehre“ ist also gerettet.

Ebenso wurden auch die weiteren Nachträge, sowie die Gewährung eines Darlehens an das südwestafrikanische Schutzgebiet anstandslos bewilligt.

Dann Rechnungsprüfungen, zu denen der Abg. Hug (Zentrum) erklärend hervorhob, daß die Ueberschreitungen für das Jahr 1905 sich auf 57 Millionen Mark belaufen, die zum größten Teil auf die finanzielle Steigerung der Naturalverpflegung für das Heer zurückzuführen seien. Im übrigen habe die Regierung für den Rest Begründungen dem Rechnungswert beigelegt, die aber von der Rechnungscommission geprüft werden müßten, ob sie auch ausreichend seien.

Zur Rechnungslegung über den Haushalt der afrikanischen Schutzgebiete für das Etatsjahr 1896/97 montierte Abgeordneter Erzberger diese späte Rechnungslegung, die er als eine lückenhafte darstellte. Ueber eine Reihe von Kolonialausgaben seien dem Rechnungshofe gar keine Rechnungen vorgelegt worden und die Denkschrift sei ein Jammerlied über die Mängel der Rechnungslegung. Unter solchen Umständen sei es besser, ein Pauschquantum den Kolonien zuzuwenden, dann könnten die Herren wirtschaften, wie sie wollen.

Ein Regierungskommissar suchte diese Wirtschaft zu entschuldigen und meinte, es sei vielleicht möglich, bald über den betreffenden Etat vom Jahre 1899 Rechnung zu legen.

Zur Sonnabend sind die Interpellationen über die Schiffsahrtsgaben auf die Tagesordnung gesetzt, die aber kaum zur Beratung kommen, da die Regierung zur Beantwortung noch nicht bereit ist; dann sollen die Interpellationen über Berufsvereine, eventuell über die Strafprozessordnung zur Beratung kommen.

Die Tarifreform und das Dreiklassenparlament.

Die am 1. Mai in Kraft tretende Tarifreform wurde am Freitag im Preussischen Abgeordnetenhaus einer Besprechung unterzogen. Bekanntlich steht diese sogenannte Reform eine Vereinfachung, wenigstens für die Verwaltung vor. Das reisende Publikum merkt von der Vereinfachung nicht viel, im Gegenteil, manche Bestimmungen sind geeignet, das Reisen noch komplizierter zu machen. Im wesentlichen läuft die Reform darauf hinaus, daß die Rückfahrkarten fortfallen und statt dessen der Preis für das einfache Billett auf die Hälfte des Preises für die bisherigen Rückfahrkarten festgesetzt, daß ferner Gepäck nicht mehr frei befördert und daß für Schnelzüge ein Zuschlag erhoben wird. Das Reisen wird also erheblich teurer werden, und das fällt um so schwerer ins Gewicht, als zu den erhöhten Preisen noch die vom Reichstag beschlossene Fahrkartensteuer hinzukommt.

Selbst die Nationalliberalen, deren Parteifreunde im Reichstage es sich als besonderes nationales Verdienst anrechnen, die verkehrsfeindliche Fahrkartensteuer mit geschaffen zu haben, scheinen allmählich zu der Einsicht zu kommen, daß sie damit keine besonders kluge Tat vollbracht haben. Anders ist ihr Antrag kaum zu verstehen, durch den sie die Regierung ersuchen, mit Rücksicht auf die Verteuerung des Personenverkehrs durch die Einführung der Reichsfahrkartensteuer und die dadurch hervorgerufene Verschärfung in der Benutzung der einzelnen Wagenklassen auf einen angemessenen Ausgleich durch Ermäßigung der Eisenbahnpersonentaxen Bedacht zu nehmen.

Wiel weiter geht der Antrag der Freisinnigen, die verlangen, daß die Regierung bei der in Aussicht genommenen Personentarifreform auf eine Verbilligung des gesamten Reiseverkehrs Bedacht sei und daß sie ferner darauf hinwirke, daß die im Reich eingeführte Fahrkartensteuer wieder aufgehoben wird.

Um das Resultat der Debatten vorwegzunehmen: die Mehrheit des Dreiklassenparlamentes lehnte beide Anträge rundweg ab, sie will, wie sie wiederholt betont hat, von einer Verbilligung des Verkehrs nichts wissen, weil sie davon finanzielle Ausfälle fürchtet! Daß die Ausfälle durch die infolge billigerer Tarife zu erwartende Steigerung des Verkehrs wieder wett gemacht werden, das glauben die Herren nicht. Wenigstens tun sie so. — In Wirklichkeit entspringt ihr Widerstand gegen jede Verbilligung ja ganz anderen Motiven: sie wollen, daß dem Arbeiter das Reisen möglichst erschwert wird, damit er die seligen Gefilde Ostpreußens nicht verläßt. Die teuren Fahrpreise sind ihnen ein Mittel, die Freizügigkeit indirekt zu beseitigen.

Das einzige, was die Mehrheit „tat“, war die Annahme des konservativen Antrages: die Regierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die im Reichstage eingeführte Fahrkartensteuer in eine andere, die Einnahme des Personenverkehrs minder schädigende Form gebracht werde. Dieser Antrag ist charakteristisch für die Art, wie heutzutage Gesetze gemacht werden. Kaum ist ein Jahr verfloßen, seitdem die bewilligungslustige Reichstagsmehrheit die Steuer mit Hurra eingeführt hat und schon müssen die Wüter sehen, welche Mißgeburt sie in die Welt gesetzt haben. Aber was sollen sie tun? Den einzig vernünftigen Beschluß: „Aufschiebung dieser Steuer“ wagen sie nicht zu fassen, obwohl das konservativ-liberale Kartell hierbei auch die Sozialdemokraten im Reichstage auf seiner Seite hätte. So begnügen sie sich denn damit, ein Pfäffchen auf die häßliche Wunde zu legen: sie wollen eine andere Form für die Fahrkartensteuer. Wie sie sich das denken, das deutete Abg. v. Wokelberg (L.) an, der vorschlug, Preußen solle jährlich ein Pauschquantum an das Reich zahlen. Diesem Vorschlag widersetzten sich die Nationalliberalen, die keinen Eingriff des Reichs in preussische Angelegenheiten dulden. Eine Wafis zur Verbilligung wird wohl schwerlich gefunden werden. Es ist eben leichter, widersinnige Geleise zu schaffen als sie zu beseitigen.

Im übrigen ist aus der Debatte nur die Anregung des Abg. v. Brandenstein (L.) bemerkenswert: Arbeiterwochenlöhne nur für den Verkehr von Berlin in die Vororte gelten zu lassen, nicht

aber umgekehrt! Herr v. Brandenstein will mit diesem Plan, der sich überhaupt nicht verwirklichen läßt und der nur dem Haß gegen Berlin entspringt, die Arbeiter, die in den Vororten beschäftigt sind, zwingen, dort auch zu wohnen. Daß die Arbeiter heute in Berlin, morgen in einem östlichen und übermorgen vielleicht in einem westlichen Vorort beschäftigt sind, weiß Herr v. Brandenstein offenbar nicht, obwohl er früher einmal Regierungspräsident war. —

Das Ende der ultramontanen Kolonialkritik.

Eine der führenden bayerischen Zentrumsblätter, die „Augsburger Postzeitung“, rüffelt in einer ihrer letzten Nummern mit aller Rücksichtslosigkeit Herrn Erzberger ab. Es liege jetzt der Beweis vor, daß Erzberger „nicht klug und nicht recht“ gehandelt habe. Für die Beurteilung des Falles sei lediglich die Erwägung maßgebend, ob es „zur guten Sitte gehöre, durch Drohungen mit Kompromittierendem Material die andere Seite zur Einstellung eines Disziplinarverfahrens zu zwingen.“ Im übrigen müsse gegenüber der Hege der nationalen Organe energisch betont werden, daß die Drohung des Herrn Erzberger als private Meinung, nicht aber als Drohung der Fraktion aufzufassen sei.

Noch bemerkenswerter ist es, daß auch die „Kölnische Volkszeitung“ sich dieser Abschüttelung Erzbergers, die sie einem Mitgliede der Zentrumsfraktion zuschreibt, vollständig anschließt. Sie bemerkt zwar einseitig, daß die Angelegenheit durch die Auseinandersetzung im Reichstage noch nicht völlig geklärt sei, andererseits jedoch müsse zugegeben werden, daß Herr Erzberger viel zu weit gegangen sei und sein Vorgehen auch dann den Charakter einer verbotenen Prellerei getragen habe, wenn er eine Drohung ausgesprochen habe, die er völlig auf eigene Faust, ohne Wissen und Willen der Fraktion gemacht habe.

Wiel wichtiger als diese Abschüttelung des Herrn Erzberger ist die Abgabe der „Kölnischen Volkszeitung“ an die Kolonialkritik überhaupt. Herr von Hertling habe mit seinem Worte: „Was geht mich Herr Pöplau, was geht mich Herr Wistuba an“ nicht nur der Zentrumsfraktion des Reichstags, sondern auch der Zentrumsparlei im Lande Ausdruck gegeben. Es herrsche in Zentrumskreisen die Auffassung vor, „daß die Öffentlichkeit sich schon viel zu lange mit solchen Einzelheiten habe beschäftigen müssen, und daß es wirklich an der Zeit wäre, die Ästen über diese Dinge endgültig zu schließen.“ Durch eine allzu gründliche Behandlung der Kolonialfragen würden andere wichtige Aufgaben nur beeinträchtigt.

Wenn der Zwischenfall Erzberger-Löbel dazu beitragen sollte, in dieser Beziehung eine Gefundung, eine Rückkehr zu einem vernünftigen Maßhalten herbeizuführen, und zwar sowohl in der Schätzung des Wertes der Kolonien, als in der Kritik der kolonialen Mißstände, so würde das sicher von allen Parteien nur freudig begrüßt werden, während bisher Mitglieder aller Parteien nach der einen oder anderen Richtung das Maß überschritten haben.

Wir haben bereits bei den großen Kolonialdebatten Ende November und Anfang Dezember des vorigen Jahres die infame koloniale Verunsicherungspolitik des Zentrums in der schärfsten Weise gebrandmarkt. Wir wiesen damals darauf hin, mit wie erbärmlicher Feigheit folgte das Zentrum von den Herren Koeren und Erzberger abzurücken begann, als durch deren Gehehlung der Kolonialstandale sich die Situation zwischen Zentrum und Regierung zu verschärfen begann. Diese feige Bemäntelung der Kolonialkorruption wird nunmehr gekrönt durch die Verleugnung Koerens und Erzbergers. Offen wird ausgesprochen, daß über die ungeheuerliche Korruptionspolitik unserer kolonialen Verhältnisse der Raniel zentrumschriftlicher Regierungstreue gebreitet werden soll! Die Zentrumsfraktion hat es sich ja so ungeheuerlich leicht gemacht, sie überließ die ganze Kritik der kolonialen Korruption zwei Mitgliedern, den Herren Koeren und Erzberger. Diese beiden Abgeordneten waren keineswegs die besten. Herr Koeren ist eines der verdienstlichsten, ältesten und angesehensten Mitglieder der Zentrumsfraktion. Und so schonungslos wie die jammervolle Rechnungsträgererei des großsprecherischen Herrn Erzberger auch gebrandmarkt haben: das eine muß ihm zugestanden werden, daß er zu den fleißigsten und fähigsten Mitgliedern der Zentrumsfraktion gehört. Und diese beiden Abgeordneten werden gleichwohl schände im Stiche gelassen, sobald das Ergebnis ihrer kolonialpolitischen Studien dem Fraktionsinteresse des Zentrums entgegenläuft!

Das Zentrum will keine Ruhe haben. Es will die Klust zwischen Regierung und Zentrum nicht noch durch kolonialpolitische Jivisigkeiten erweitert sehen. Deshalb bläst es nach den kolonialpolitischen Fanfaren der Herren Erzberger und Koeren jetzt die trübseligsten Schamaden. Während des Wahlkampfes hat es die Erzbergerischen Kolonialanklagen in Broschürenform noch in Massen in die Bevölkerung geworfen. Für den Wahlkampf war Herr Erzberger für das Zentrum noch die kolonialpolitische Autorität, der am besten unterrichtete Sachkenner. Ein paar Wochen später aber gilt auch für Herrn Erzberger das Wort des Zentrumsdiplomaten Hertling: Was geht uns die Kolonialkorruption an. Wägen dort die schrecklichsten Verästelungen geschehen sein, das politische Interesse des Zentrums gebietet, diese ganze Korruption nunmehr zu unterdrücken!

Die Partei des „Christentums“ hat also gegenüber den Kolonialstandalen ebenso versagt, wie der Liberalismus, dessen ehebem so energischen Anführer, wie Herrn Müller-Sagan und Herrn Bloch, durch Herrn Dernburg nunmehr der Mund gestopft worden ist. Ob Christentum, ob bürgerlich freigeistige Humanität: die kapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungsgeleise gehen über alles! —

Deutsches Reich.

Die „Germania“ über die sozialdemokratische Wahlniederlage.

Dem Thema „Die Sozialdemokratie in der Wahl von 1907“ widmet das führende Zentrumsorgan, die „Germania“, einen langen Leitartikel. Die „Germania“ warnt darin, die Wahlniederlage der Sozialdemokratie zu überschätzen. Der diesmalige Mandatsverlust der Sozialdemokratie sei im Grunde nur auf den Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien und die stärkere Wahlbeteiligung zurückzuführen. Nehme man eine Wahlbeteiligung von mehr als 60 Proz. an, so setze man also voraus, daß die Sozialdemokratie zur Eroberung eines Mandats mindestens 43 Proz. der Wähler auf sich haben vereinigen müssen, so hätte die Sozialdemokratie 1908 statt der eroberten 56 Mandate nur deren 10, im Jahre 1903 statt 81 nur deren 38 erobert können. Es sei deshalb vor einer Ueberschätzung des Erfolges über die Sozialdemokratie zu warnen. Der Mandatsverlust von 47 Proz. entspreche keineswegs dem wirklichen Stärkeverhältnis der Sozialdemokratie. Hätte sie in ähnlichem Prozentsatz oder auch nur in einem viel geringeren an Stimmen eingezogen, so läge die Sache wesentlich anders.

Inmerhin beweise der diesmalige Wahlausfall, daß die sozialdemokratische Macht auf parlamentarischem Boden auf ein verhältnismäßig geringes Maß eingeschränkt werden könne, wenn die bürgerlichen Parteien es ernstlich wollten. Diesmal hätten sie sich aufgegriffen. Ob es aber auch ein anderes Maß so

sein werde? Der Liberalismus habe diesmal einmütig gegen die Sozialdemokratie gestimmt, die nächste Wahl könne aber ein ganz anderes Bild geben, wenn sich der Reichstanzler aufernde zeige, den Erwartungen des Liberalismus nach Wunsch Rechnung zu tragen. Das werde wahrscheinlich so kommen! Dann würden aber wohl da und dort die Liberalen ihre Haltung gegenüber der Sozialdemokratie einer Revision unterziehen.

Man sieht, das Zentrum rechnet bereits sehr stark mit seiner Wiedererziehung zum Regierungsblok. Zu gleicher Zeit rechnet es damit, daß bei der nächsten Wahl der gemeierte Liberalismus der Sozialdemokratie gegenüber eine ähnliche Stellung einnehmen werde, wie sie diesmal das Zentrum zum Teil eingenommen hat.

Wir unterreife uns am besten, mit solchen politischen Zufallskonstellationen nicht zu rechnen. Die Auslassungen der „Germania“ beweisen, daß das Zentrum jeden Augenblick bereit ist, bei einer neuen Wahl mit der Regierung genau ebenso zusammenzugehen, wie es diesmal der Liberalismus getan hat. Die einzig zuverlässige Machtquelle des Proletariats besteht in seiner eigenen Geschlossenheit und Werkkraft. Die Sozialdemokratie muß eben damit rechnen, bei der nächsten Reichstagswahl alle bürgerlichen Parteien zu einem Regierungskartell vereinigt zu sehen! —

Zum Remeler Wahlprotest.

Die nationalliberale „Kölnische Volkszeitung“ sucht in einer langen Auseinandersetzung die Praktiken zu rechtfertigen, der sich nach der Darstellung des konservativen Wahlprotestes die nationalliberalen Wahlmacher des Reichstagswahlkreises Remel-Gezdehrung schuldig gemacht haben. Ihre Darlegungen gleichen aber weit mehr einer Belästigung als einer Rechtfertigung der nationalliberalen Praxen. So schreibt das Blatt zum Beispiel, nachdem es zugegeben hat, daß der Herr Schwabach überall das Geld mit vollen Händen ausgestreut hat:

„Die Sache mag stimmen. Aber was will das bedeuten? Es sind dies eben nichts weiter als Leute, die, wie überall, so auch in Remel-Gezdehrung gegen Bezahlung, sozusagen berufsmäßig, agitiert, Flugblätter und Stimmzettel verbreitet und sonstige erlaubte Dienste im Interesse der Schwabachischen Wahl geleistet haben. Es lohnt nicht, über diesen Punkt auch nur ein weiteres Wort zu verlieren. Anders sieht es mit den Behauptungen des Protestes, nach denen Schwabach Tausende und Tausende ausgestreut haben soll, um sich Stimmen zuzuführen, sie für seine Kandidatur zu „kaufen“. Wäre das, was der Protest behauptet und unter voller Nennung der Namen behauptet, wahr, so würde es um die Sache Schwabachs nicht gut stehen. Aber — und das ist das Ungeheuerliche an dem Protest — nichts von alledem ist wahr. Schwabach soll den Kaufleuten Mertins und Dittlahn je 2000 M. versprochen und dem Reisenden Hild 1000 M. geschenkt haben. In dieser Behauptung ist nicht ein wahres Wort: den beiden ersteren ist nichts versprochen, und Hild hat nicht 1000, sondern 300 Mark erhalten für sich und seine Leute zu erlaubten Agitationszwecken. Unwahr ist ferner, daß der Wähler Kleinfuchs eine „größere Summe“ empfangen und dieser mit Dr. Ripper darüber in Uneinigkeit geraten“ ist. Der Mann erhielt nichts, und Dr. Ripper kennt ihn seines Wissens gar nicht. Auch der Lehrer Wallat hat nicht 500 Mark geschenkt erhalten, sondern für Wahrnehmung der ihm übertragenen Wahlgeschäfte und Auslagen 244 M. Auch diese Behauptung ist ein Märchen. Wahlos übertrieben ist ferner alles, was der Protest über die „Verwirrung“ der Wähler in Wahlversammlungen zu erzählen weiß. Daß hier und da während der Wahlzeit in den Versammlungen ein „Schtelchen“ aufgelegt, ein Schnäpschen dargereicht worden, mag schon richtig sein. Aber ist das ein Malheur? Etwas Beforderes? Oder gar verbotener „Stimmenkauf“? Du lieber Himmel, in unserem Osten, wo die Arbeiter in den Landkreisen weite Wege zu den Versammlungen zu machen haben und nicht selten einen guten ostpreussischen Durst mitbringen, ist zur Wahlzeit eine derartige harmlose „Bewirtung“ etwas durchaus Liebliches.“

Die letzte Bemerkung ist gleichermäßen charakteristisch für die ostpreussischen Verhältnisse wie für die Moralbegriffe des nationalliberalen Staates. Uebrigens zeigen sich in Ostpreußen nicht nur die Nationalliberalen, sondern auch die Konservativen so darauf bedacht, den „guten ostpreussischen Durst“ der Arbeiter stillen — allerdings nur zu Wahlzeiten; zu anderen Zeiten quälen sie sich verflucht wenig um das Wohlfinden „ihrer Leute“.

Die gesicherte Existenz der kaiserlichen Werftarbeiter!

Durch die Bureau der kaiserlichen Werft zu Danzig ging kürzlich folgender streng geheime „Tagesbefehl“:

Danzig, den 10. Februar 1907.

Tagesbefehl.

Anerkannt träge Arbeiter sind zur Bestrafung und, wenn dieses nicht hilft, zur Entlassung zu melden. Dieses ist zu veranlassen, sobald bemerkt wird, daß der Arbeiter in seinem Fleiß nachläßt. Es soll damit nicht gewartet werden, bis der Arbeiter durch seinen langjährigen Aufenthalt auf der Werft ein Anrecht hier zu bleiben verdient zu haben glaubt.

Solche Entlassungen sind nicht als Strafenlassungen zu behandeln, sondern es ist solchen Arbeitern wegen ungenügender Leistungen zu kündigen. Bevor zur Kündigung geschritten wird und wenn ein besonderer Anlaß zu Bestrafungen nicht vorliegt, sind solche träge Arbeiter zunächst im Lohn herabzusetzen.

König von Jastki.

Nach seiner Reichstagswahl ist der ordnungdemagogische Wahlschwindel von dem unermehlichen fünfmilliarden-Flottensagen für die Staatsarbeiter so prompt von kompetentester Stelle als nichtsnutzige Unwahrheit gebrandmarkt, als durch diesen Maß. Die Sozialpolitik des staatskapitalistischen Mutterbetriebes, die dieses dunkle Geheimprodukt geboren, wird mit vollem Recht das Entzücken der strapulosesten Schwarzmaier erregen.

Ueber seine praktische Wirksamkeit kann sich kein Kenner der Verhältnisse und vor allem kein Staatsarbeiter auch nur im geringsten täuschen. Trod der 1904 im Reichstage — nach der durch den Hosenoffen Jubel erfolgten Brandmarung der auf der Danziger Staatswerft herrschenden ungläubigen Gefinnungsriechelei und Polizeiwirtschaft — feierlich beschworenen Versicherung des Geheimen Admiralitätsrates Harms, daß man sich um die Gefinnung und Organisationsguchörigkeit der Arbeiter nicht kümmert, ist heute noch für die Einstellung nicht so sehr technische Können und praktische Fertigkeit als Gefinnungstüchtigkeit und polizeilich abgestempelter Hurrapatriotismus entscheidend. Ohne jede Schwierigkeit läßt sich so durch die Zuteilung eines oder mehrerer solcher Kriegervereins- oder Polizeijungstlinge zur Zulammenarbeit mit einem „Riffliebigen“ oder bei dem ältesten und pflichttreuesten Arbeiter mit Leichtigkeit „anerkannte Trägheit“ feststellen. Ganz abgesehen aber von diesen feinen Hülfsmitteln wird das Schicksal der Arbeiter durch die unerhörte Konstitution der „anerkannten Trägheit“ — die für die Herren Beamten selbstverständlich nicht existiert — selbst nach jahrelang erprobter Tüchtigkeit der schrankenlosen Willkür der überzahlreichen Vorgesetzten ausgeliefert. Ueber auch nur halbwegs Kundige weiß nur zu gut, wie sehr erheblich die Ausführung selbst gut gemeinter Verordnungen usw. in der harten Praxis von der papierernen Theorie abweicht. Dieser Tagesbefehl zeigt förmlich dazu, den Arbeitern — und besonders bevorzugten sind ja gerade die alten Arbeitseteranen, die durch lange Arbeit ein Recht auf dauernde Beschäftigung erworben haben — durch Lohnherabsetzungen, Strafen und schließlich Entlassung das

Leben zur Hölle zu machen. Neben den bekannten Zwangsmaßnahmen, die wenigstens keinen direkt beleidigenden Beigeschmack haben, sollen die Arbeiter nun also noch auf dem schimpflichsten, aber für die Verwaltung erheblich wohlfeileren, Wege der Feststellung „anerkannter Trägheit“ aus dem marinierten Staatsparadies hinaus befördert werden.

Gegen diesen unerhörten Geheimbefehl und seine praktische Wirksamkeit die Augen zu schließen, wäre geradezu verbrecherischer Selbstbetrug! In nächsterer Wirklichkeit hat jetzt jeder Staatsarbeiter sein Schicksal unverhüllt vor Augen. Und der Arbeiter handelt mehr als gewissenslos, der sich jetzt noch länger auf das freimärchenhafte „Böhmischen“ der Vorgesetzten verläßt, statt seine und die Zukunft der Seinigen durch den Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung zu sichern.

Der nationale Turm.

Je ärmer unsere Politik an Taten, desto eifriger und erfolgreicher ist sie im Schaffen neuer Worte und Begriffe. Fürst Bülow ist seit dem 13. Dezember darin besonders fruchtbar gewesen und von seinen Worten und Wendungen aus dieser Zeit wird manches auf die Nachwelt kommen, wenn auch in einem Sinne, der keineswegs an den Ernst der Zeit erinnert. Wir erwähnen nur das eine große Wort von der „Paarung liberalen und konservativen Geistes“, das heute schon dem humoristischen Hauschatz angehört. Unterdes ist die schaffende Wollfeste unermüdlich tätig im Erfinden neuer Schlagworte. So preist die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ als Neuestes, Allerneuestes die Schaffung eines „nationalen Turms“ an. Wie die Ultramontanen ihren Zentrumsturm haben, so wollen die vom liberal-konservativen Block ihren „nationalen Turm“. In diesem Sinne schreibt das Blatt, indem es darauf hinweist, daß das Zentrum dabei sei, sich von einer Regierungsverwaltung in eine Oppositionspartei zu verwandeln.

Diese Entwicklung, die eine Spanne Zeit kosten dürfte, ist allerdings zu befürchten; ehe es aber dahin kommt, muß die jetzige Parlamentsmehrheit ihren lockeren Zusammenhalt ausfüllen haben und zu einem nationalen Turm geworden sein, der dem Zentrumsturm an Stärke und Trost nichts nachgibt. Die Richtlinien unserer Politik müssen auf einen derartigen liberal-konservativen Turm hinweisen, dessen Unbegreiflichkeit im gemeinsamen Nationalbewußtsein liegen wird. Dann erst, wenn mit gleicher Stärke und unter ähnlichen Bedingungen gekämpft wird, wird die Antwort gegeben, welcher Turm auf die Dauer das deutsche Land beherrschen soll.

Das Essener Blatt verhehlt sich nicht, daß der Weg zu diesem Turm nicht kurz sein werde; manchem Patrioten werde ein nationaler Turm eine ebensolche Unmöglichkeit scheinen, wie ein nationaler Block. Aber man dürfe doch auf ihn hoffen: „Auch politische Entwicklungen verlangen Geduld vom Zuschauer; auch ein nationaler Turm läßt sich nicht an einem Tage erbauen. Und steht er aufrecht, so laßt seine Quadern sich setzen und laßt den Wörtern ertönen und sich festigen, bis er allen Angriffen trotzen und alle Widerstände beseitigen kann.“

Bekanntlich hat man die Möglichkeit eines liberal-konservativen Blocks damit betonen wollen, daß man auf das Zentrum hinwies, in dem die politischen und wirtschaftlichen Gegensätze nicht weniger zahlreich und scharf vorhanden seien. Allerdings, von diesem Standpunkte aus ist auch die Paarung konservativen und liberalen Geistes möglich. Bülow braucht dazu den Blockparteien nur eine Kirche und einen Altar zur Verfügung zu stellen, die im „nationalen“ Sinne die Massen ebenso zu leiten verstehen, wie das die römische Kaplanei im Interesse des Zentrums besorgt.

So lange Bülow das nicht vermag — und wir halten diese Aufgabe keineswegs für leicht — so lange glauben wir nicht daran, daß das „gemeinsame Nationalbewußtsein“ vom 13. Dezember auf nationaler Seite fertig bringt, was der nun bald zehntausendjährigen Nacht der Kirche auf ultramontaner Seite heute auch nur noch mit großer Mühe gelingt. Der „nationale Turm“ wird wohl über den Entwurf nicht hinauskommen.

Eine außergewöhnlich freche Fälschung leistet sich heute die ehrenwerte „Post“. In einem Entreefilet über die Donnerstagsfeier des Reichstages schreibt sie: während der Sozialist Ehrhardt und der Demokrat Deser den Standpunkt des Weinhandels vertraten, der, wie der Fall Sartorius gezeigt hat, vielfach nach dem Führergrundsatz handelt: „Wer gut schmiert, gut fährt“.

Wie jeder, der den Reichstagsbericht gelesen hat, weiß, hat Genosse Ehrhart (nicht Ehrhardt) nicht das gesagt, was die „Post“ ihm unterschiebt, sondern das genaue Gegenteil! Ob die „Post“ berichtigt wird? —

Der Reichsverband an der Arbeit.

Ein an Unternehmern gerichteter Zirkular des Reichsländerverbandes, das der Erfurter „Tribüne“ auf den Redaktionsstisch geflogen ist, hat folgenden Wortlaut:

Eilt sehr!
Schleunigen, Datum des Poststempels.
Verteulich!
Hochgeehrter Herr!

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie in Berlin beabsichtigt, von Zeit zu Zeit Flugblätter pp. in geschlossenen Briefen an alle Arbeiter unmittelbar zu versenden. Zu diesem Zwecke bittet der Unterzeichnete um sehr gefällige baldige Uebernahme eines Verzeichnisses Ihrer sämtlichen Arbeiter — auch der nicht dort wohnenden — aus welchem Name, Stand, Wohnort und Wohnung derselben hervorgehen. Die nach Ihrer Ansicht reichsteuere Arbeiter, bitte ich, hierbei mit Kreuz zu bezeichnen.

Jedem welche weitere Arbeit würde Ihnen durch diese Maßregel nicht erwachsen.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Freiherr v. Buntl.

Vorsitzender des Patriottischen Vereins (Ortsgruppe Schleusingen) des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Wiegt Thorn in Preußen?

Nachdem im Zirkular Busch die „Damen der Notleidenden“ den Verhandlungen der Agrarier beigegeben hatten, erschien bekanntlich jener Erlass des preussischen Ministers des Innern, nach dem Frauen öffentlichen politischen Vereinsversammlungen beizubehalten dürfen. Allenfalls wird verlangt, daß die Frauen in einem „Segement“ Platz zu nehmen haben. Die Polizeibehörden haben sich wohl meistens auch nach diesem Erlass gerichtet. Neuerdings scheint es aber, als ob der Ministerialerlass in Thorn — Lust ist, wenigstens muß das nach dem Verhalten des Polizeiwachmeisters Kabel daselbst angenommen werden. Am 3. März mußten die zu einer Versammlung erschienenen Frauen den Saal des Thorer Parteilokals auf Veranlassung des genannten Wachmeisters verlassen. Der Saal hat eine Galerie, auf der die Frauen hätten Platz nehmen können, wenn der Polizeibeamte es zugelassen hätte. Alle Vorstellungen des Versammlungsleiters sowie des Referenten waren vergeblich — die Frauen mußten raus. Auch die Verufung auf den Ministerialerlass machte auf den Polizeibeamten nicht den geringsten Eindruck. Schon einmal, am 17. Februar, trat Herr Kabel in derselben Weise auf. Eine Beschwerde gegen das Vorgehen des Polizeibeamten hatte zur Folge, daß der zweite Bürgermeister von Thorn antwortete:

„Ihre Beschwerde über den Polizeiwachmeister Kabel entbehrt nach den erfolgten Feststellungen jeder Begründung“ und wird daher zurückgewiesen.“

Die Thorer Genossen werden sich mit diesem Bescheid natürlich nicht zufriedengeben und den Minister selbst veranlassen, sich darüber zu äußern, ob er sich von einem untergeordneten Polizeibeamten rettifizieren lassen will oder nicht. Uebrigens ist der Thorer Polizeiwachmeister gegen unsere dortigen Genossen nicht ganz

neu. Vor einiger Zeit mußten gar Sonnen- und Regenschirme und Spazierstöcke aus einer Versammlung entfernt werden, weil der „Ueberwachende“ die nützlichen Dinger für — Waffen im Sinne des Vereinsgesetzes hielt! —

Schändliche Mißhandlungen eines Rekruten enthielt eine Verhandlung, die am Dienstag vor dem Oberkriegsgerichte in Dresden stattfand. Die im dritten Dienstjahre stehenden Mannschaften fühlen sich bekanntlich den Rekruten gegenüber als Vorgesetzte. So auch der angeklagte Husar Schellenberger von der 1. Eskadron des Husarenregiments Nr. 19 in Grimma i. S. Er hatte den erst achtzehn Jahre alten Rekruten Jaumfeld in färschterlicher Weise gemißhandelt. Der Rekrut erhielt eines Tages fünf bis sechs heftige Schläge mit dem Stiefelschaft um den Kopf. Am Abend desselben Tages hat der Angeklagte den J. fünfmal hintereinander die Stube austreten lassen, wobei er ihn fortgesetzt Schläge mit Händen und Fäusten (30—35 an der Zahl) versetzte. Als dem Rekrutenquader davon die Hände weh taten, nahm er eine Säbelschneide und schlug damit 15—20mal auf sein Opfer ein. Mehrere Schläge hat der Rekrut auf den Kopf erhalten. Als der Angeklagte die Säbelschneide trumm geschlagen hatte, drehte er sie um und hieb so lange auf den bedauernswerten Rekruten ein, bis die Säbelschneide wieder gerade war. Der so Geschlagene ist denn schließlich zusammengebrochen und mit dem Kopf auf einen Schmel gefallen. Obgleich der Angeklagte sah, daß der Rekrut blutete und weinte, versetzte er ihm noch mehrere Schläge mit der Faust ins Gesicht. Beim Verlassen der Stube erhielt J. noch mehrere Ohrfeigen und einen heftigen Fußtritt in den Rücken. Endlich ist der Angeklagte, als der Rekrut bereits im Bett lag, an ihn herantreten und hat ihn mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Die ärztliche Untersuchung des Gemißhandelten ergab, daß J. am ganzen Körper mit blauen und braunen Flecken bedeckt war. Ferner leidet der Rekrut heute noch an den Folgen der Mißhandlungen. Wegen dieser gemeinen Quälereien wurde der Angeklagte vom Kriegsgericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Er legte Berufung ein, die aber vom Oberkriegsgericht verworfen wurde. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß an dem Rekruten Jaumfeld noch weitere Mißhandlungen verübt worden sind, und zwar vom Gefreiten Liepmann. Es wurde festgestellt, daß der Gefreite den Rekruten bei verschiedenen Gelegenheiten mit Puzzeug und Riemen geschlagen hat. Der Gefreite wird sich deshalb noch nachträglich vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben. Der Fall zeigt recht deutlich, wieviel Soldatenmißhandlungen und Schindereien völlig in Dunkel gehüllt bleiben.

Eine Demonstration. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat zum Nachtragsetat für Südwestafrika den Antrag eingebracht, im Kapitel 2 Titel 1 der einmaligen Ausgaben statt 29 220 000 M. zu setzen 20 288 000 M. Sie bleibt also bei dem Abstrich von 9 Millionen, der am 13. Dezember das Signal zur Reichstagsauflösung gab. Jetzt wird ihn indes die „nationale“ Mehrheit verhindern.

Auslieferungungsvertrag mit Schweden und Norwegen.

Im Auswärtigen Amt ist gestern mit dem hiesigen norwegischen Gesandten ein Zusatzvertrag zu dem untern 19. Januar 1878 zwischen dem Reiche und den Königreichen Schweden und Norwegen abgeschlossenen Auslieferungungsvertrag unterzeichnet worden. Der Zusatzvertrag enthält einige Änderungen und Ergänzungen des Auslieferungungsvertrages, soweit dieser die Beziehungen zwischen Deutschland und Norwegen betrifft. Insbesondere erhalten dessen Bestimmungen die Fassung, die der gegenwärtigen staatsrechtlichen Stellung Norwegens entspricht.

Ausland.

Italien.

Im Zeichen der Gewaltpolitik.

Rom, 5. März. (Fig. Ver.) Italien macht augenblicklich eine Phase brutaler Reaktion durch, ein in den Formen der Gesetzlosigkeit sich bewegendes Gewaltregime, das als Regime Giolitti der Geschichte überliefert zu werden verdient. Die Giolittische Reaktion dient den wirtschaftlichen Interessen des Unternehmertums. Mit einer einzig dastehenden Offenheit wird das Versammlungsrecht genehmelt und liberal, wo die Arbeiterorganisationen für ihre Interessen eintreten, Militär und Polizei gegen das Volk geschickt.

In Rom beschließen die Maurer, ihren Vertrag mit den Unternehmern nicht zu erneuern, und wollen in einer Versammlung unter freiem Himmel über ihr weiteres Verhalten beraten. Die Behörden verbieten die Versammlung und lassen die Maurer durch Militär auseinander treiben. Obwohl hier noch nie eine Gewerkschaftsversammlung zu Unruhen geführt hat, muß das Moment der „öffentlichen Ordnung“ zur Begründung des Verbotes herhalten. Im Rahmen der öffentlichen Ordnung werden Infanterie und Kavallerie ausgeboten, wird in eine dicht gedrängte Menge hineingeritten und eine harmlose Versammlung mit aufgepflanztem Wajonett auseinandergetrieben!

In Ternate und Varano (Mailand) streifen die Spinner, worauf die Unternehmer mit einer Aussperrung aller Textilarbeiter antworten. Was tun die Behörden? Sie lassen mehrere Schwadronen Kavallerie kommen, die bei der nächsten Gelegenheit in die Streikenden, meist Frauen, hineintreten. Es wird dabei ein Kind verletzt, was natürlich der „öffentlichen Ordnung“ sehr förderlich war.

Erdwundenwert ist auch der den Alexiolan gewährte Schutz, den die Regierung zur Vermeidung politischer Konflikte für nötig hält, um in ihrer Günstlings- und Intrigenwirtschaft ungestört zu sein. Die Parole ist: alle antiliberale Manifestanten zu drangsalieren. Eine antiliberale Demonstration wurde in Messina durch die Polizei gesprengt, wobei es 12 Verwundete gab. Von dem blutigen Zusammenstoß in Gravina (Apulien) wurde bereits telegraphisch berichtet. Hier war eine Protestversammlung gegen die Mißbräuche der Stadtverwaltung einfach verboten worden. Die Bevölkerung, in der Mehrzahl Analphabeten und daher des Wahlrechts beraubt, hat nun schlechterdings in diesen Orten kein anderes Mittel, ihre Meinung zu äußern als die Straßendemonstration! Ihre Verbote, heißt sie auf die Wege der Gewalt weisen! Gerade das will man aber im Süden, und gerade das hat man in Gravina erreicht, wo es einige dreißig Verwundete gab.

Und das ist die Blütenlese eines Tages (des 4. März)! Welches Land hat wohl im Zustande des Friedens und der Gesetzlichkeit einige fünfzig Verwundete in Konflikten mit Polizei und Militär an einem einzigen Tage aufzuweisen!

Man füge dazu die Gewalttaten der Regierung gegenüber den Lokalbehörden. In Reggio Calabria hat Giolitti sogar das Unerhörte getwagt, den Bürgermeister der Stadt abzusetzen. Gleichzeitig hat er auch den Präsidenten (Vertreter der Zentralregierung), der ihm nicht gefügig genug war, seines Amtes enthoben. Genosse Morgari hat heute in der Kammer die Wirksamkeit der Regierung in Süditalien treffend geschildert, indem er sagte, die lokalen Claqueurs plündern und korrumpieren das Land, und die Regierung leihe ihnen dabei den größtmöglichen Beistand!

Im Süden eine ungeordnete konfessionslose Bewegung des ausgebeuteten Proletariats und Kleinbürgerturns, im Norden energische und zielbewusste Kämpfe der organisierten Arbeiterschaft und dazwischen die Regierung, die die Machtmittel des Staates den jeweiligen Ausbeutern zur Verfügung stellt — das ist die heutige Konstellation in

Italien. In der Romagna streifen die Landarbeiter, um eine Revision der Pachtverträge zu erzwingen, in den reißbrennenden Provinzen der Poebene sind Massenstreiks ausgebrochen gegen einen neuen von den Unternehmern ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Arbeit in den Metallfeldern. Ernste Ereignisse drohen. Das alte Wort vom Wind säen und Sturm ernten könnte sich in Italien zum so und sovielen Male bewahrheiten, was der unheilvollen Aera Giolitti ein jähes Ende bereiten würde. Der Premierminister scheint nicht mehr die geistige Frische zu besitzen, um die Situation ganz zu übersehen, in die er das Land bringt. —

Gewerkschaftliches.

Gelbe Hirsche.

Beim letzten Streik in den Siemens-Schuckert-Werken zu Berlin stellten bekanntlich die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner förmlich darum, mit den „gelben“ Unternehmer-schülern auf eine Stufe gestellt zu werden. Sie stießen den freigeorganierten Arbeitern schlanweg in den Rücken. Bei dem Kampfe in der Gelbmetallindustrie in den Jahren 1904/05 war es noch anders. Damals arbeiteten die Hirsch-Dunderschen scheinbar noch mit dem Metallarbeiterverbande gemeinsam. Galt es doch, eine prinzipielle Forderung durchzusetzen, die programmatisch auch die Hirsch-Dunderschen stellten, nämlich zum Abschluß eines Tarifvertrages zu kommen. Der Wunsch, von den Unternehmern auf Kosten der freigeorganierten Gewerkschaftler groß gepöppelt zu werden, hat sie jetzt zum Verzicht auf dieses Prinzip getrieben. Hinter dem Rücken der übrigen Arbeiterschaft haben die paar Hirsche für die Gelbmetallindustrie, in der sie gar keine Bedeutung besitzen, ausdrücklich auf den Abschluß eines Tarifvertrages und die Festlegung von Minimallohnen verzichtet und sich verpflichtet, bis zum 1. April 1909 keine Forderungen zu stellen. Triumphierend teilt die „Volks-Zeitung“, das Organ der gelben Hirsche, dies mit und sagt:

Jedenfalls beweist der Vertrag, daß eine Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern bei beiderseitigem guten Willen sehr wohl möglich ist.

Allerdings, wenn die Arbeiterschaft auf jede Verbesserung ihrer Lebenshaltung Verzicht leistet, wird das Unternehmertum dies gern vertraglich festlegen. Für das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern beweist dieser Vertrag gar nichts; er beweist nur, wie wir gelegentlich noch im einzelnen nachweisen werden, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner sich um das Vinsengericht einer formalen Anerkennung ihrer Organisation kontraktlich zum Streikbruch verpflichtet haben, falls bis 1. April 1909 die Arbeiter der Gelbmetallindustrie sich einfallen lassen, eine Aufbesserung ihrer Lage zu fordern!

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Für die arbeitenden Bautischler fand am Donnerstagabend eine Versammlung im „Gewerkschaftshaus“ statt. Stuchte beleuchtete die Situation der Aussperrung. Er verwies unter anderem darauf, daß die Unternehmer in der Provinz Stimmung zu machen suchen für die Unternehmung des Berliner Kampfes, und daß die Absicht der Unternehmer dahin geht, den Arbeitern einen Vertrag nach dem Willen der Unternehmer aufzuzwingen. Das ist ein Vorhaben, welches auf keinen Fall ausgeführt werden kann, denn wenn es sich um den Abschluß eines Vertrages handelt, haben doch die Arbeiter auch ein Wort mitzureden und daß sie einen Vertrag eingeben und halten sollen, der ihnen nicht genügt ist, dazu können sie nicht gezwungen werden. Der Redner nahm Bezug darauf, daß in den Abendblättern vom Donnerstag das Vermittlungsangebot des Herrn Lucht mitgeteilt wird. Der Redner bemerkte dazu: Natürlich sind wir bereit zu verhandeln; aber daß wir die Unternehmer aufsuchen sollten, um sie zu Verhandlungen zu bewegen, daran ist nicht zu denken. So steht die Situation nicht. Die Unternehmer haben den Kampf angefangen; es ist ihre Sache, uns entgegenzukommen. Schon seit einiger Zeit suchen sie ihre Gefolgschaft dadurch zusammenzuhalten, daß sie ihnen vorreden, es seien Verhandlungen im Gange. Bei jeder Gelegenheit wird uns gesagt, wir sollten doch unsere Forderungen zurückgeben, damit eine Einigung zustande käme. Es muß immer wieder betont werden, daß wir gar keine Forderungen gestellt haben und also auch keine zurückziehen können. Nachdem wir uns mit den Unternehmern nicht über den Vertrag einigen konnten, hätten wir ohne Vertrag gearbeitet und alles wäre beim alten geblieben. Wenn die Unternehmer den Frieden wieder herstellen wollen, dann brauchen sie nur die Aussperrung zurückzunehmen. Wenn das geschieht, ist der ganze Konflikt erledigt. — In ähnlichem Sinne sprachen auch die Diskussionsredner. Sie waren alle der Meinung, daß sich die Unternehmer arg verdednet haben, wenn sie glauben, der Holzarbeiterverband müsse vor ihnen zu Kreuze stehen. Möge der Kampf noch Wochen oder Monate dauern, die Arbeiter werden ihn aushalten und zu jedem Opfer bereit sein, um die Absichten der Unternehmer zu vereiteln.

Die Versammlung beschloß, daß die Bautischler von dieser Woche an außer den ordentlichen Verbandsbeiträgen einen freiwilligen Extrabeitrag von 1 M. pro Woche zu entrichten haben. Gleichzeitig sprach die Versammlung den Aussperrten für ihr festes Zusammenhalten Anerkennung aus.

Zum Lohnkampf der Herrenmähnschneider.

Die in der Mitgliederversammlung am Donnerstag so außerordentlich zahlreich erschienenen Herrenmähnschneider hatten zum Teil wohl daran gedacht, daß der Streik nun unmittelbar auch auf die nicht dem Arbeitgeberverband angehörenden Betriebe ausgedehnt werden sollte. Daß davon vorläufig Abstand genommen wurde, war bei der Lage der Verhandlungen selbstverständlich. Die Arbeitgeber, die an den Verhandlungen teilnahmen, zeigen den ehrlichen Willen, die Tarifvorlage anzuerkennen und haben diesen Willen auch bereits zu einem guten Teil in die Tat umgesetzt. Es sind nicht etwa nur in der dritten und vierten Tarifklasse, sondern bereits in allen Klassen mit einer Anzahl Firmen Tarife abgeschlossen worden. Leicht begreiflich ist es, daß die Einteilung der Firmen in Tarifklassen mancherlei Schwierigkeiten bietet und in manchen Fällen eine gründliche Aussprache mit und unter den Arbeitgebern selbst erfordert. Würde doch jedes Geschäft dem Publikum gegenüber gerne als „erschlaglich“ gelten, aber gleichwohl nicht gerne nach dem ersten Tarif zahlen. Doch ist eine Anzahl Geschäfte vorhanden, die ohne weiteres den ersten Tarif als für sich maßgebend anerkennen haben. Die Kommission der Arbeitgeber steht nun auch ihre Hauptaufgabe darin, diejenigen unorganisierten Arbeitgeber zur Verhandlung über die Tarife heranzuziehen, die in der Arbeitgeberversammlung am Dienstag nicht vertreten waren, und dieses Streben wird natürlich von der Gehilfenschaft eifrig unterstützt. Wie der Referent nun in der Versammlung am Donnerstag erwähnte, ist der Kreis derjenigen Arbeitgeber, denen die Forderungen zugestanden wurden, noch erweitert worden. Diesen nun in die Bewegung einbezogenen Geschäften ist bis zum 10. März Zeit zur Entscheidung gewährt worden, während für die übrigen die Frist auf den 5. März festgesetzt worden war, die zugleich eingeleitete Kündigung des Arbeitsverhältnisses aber am 12. März abläuft. Ueber die weiteren Maßnahmen wird eine am Sonntag im Palais-Theater stattfindende Mitgliederversammlung beraten und beschließen. Bis zu diesem Tage wird sicherlich ein Ergebnis der Verhandlungen mit den unorganisierten Arbeitgebern, und auch eine weit größere Zahl von Anerkennungen des Tarifs vorliegen.

Die in der gestern im „Vorwärts“ abgedruckten Resolution des Arbeitgeberverbandes enthaltene Verdächtigung, daß jene Firmen, die den Tarif anerkannt haben, nicht die erste Abgabe hätten, ihr Versprechen zu halten, wies der Redner entschieden zurück und bemerkte, daß es sich gerade um solche Firmen handelt, die sich bereits seit Jahren als tariflich bewiesen haben. Ebenso wandte sich der Redner gegen die Behauptung, daß „Berlin die höchsten Löhne Deutschlands zahlt“. Eine vom Schneiderverband aufgenommene Statistik beweist, daß dies durchaus nicht den Tatsachen entspricht. Nun hat der Arbeitgeberverband der Streikleitung mitgeteilt, daß er nicht in der Lage sei, seine Tarifvorschlüsse vor Ende dieser Woche vorzulegen. Hierzu erklärte der Redner, daß es schließlich gleich sei, ob auf Grundlage dieser Vorschläge oder der eingereichten Tarife verhandelt werde, da die Gehaltschaft ja so wie so wisse, was sie wolle. Doch könne man nicht verhandeln auf Grundlage von Tarifen, die man nicht kenne und nicht geprüft habe.

Uebrigens kommen wohl auch die organisierten Arbeitgeber immer mehr zu der Ueberzeugung, daß sie so schnell wie möglich eine Einigung mit der Gehaltschaft anstreben müssen, wenn sie nicht gänzlich ins Hintertreffen geraten wollen. Den angeblich 250 Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes mit 2500 Arbeitern sehen 350 bis 400 unorganisierte Arbeitgeber mit 3500 bis 4000 Arbeitern gegenüber. Haben diese Arbeitgeber den Tarif anerkannt, so muß das natürlich jenen, bei denen der Ausstand fortwähret, zu schwerem Schaden gereichen. Es ist denn auch nicht zu verwundern, daß organisierte Arbeitgeber nach dem Verbandsbureau der Gehaltschaft kommen und gar zu gerne einen Tarif anerkennen möchten. Sie finden allerdings kein Entgegenkommen, wenn es sich um Firmen handelt, die von früher her als tarifbrüchig bekannt sind. Solche Firmen sollen zu größerer Sicherheit an den von Organisation mit Organisation abzuschießenden Vertrag gebunden werden.

Eine bemerkenswerte Erscheinung ist es, daß einzelne Großkonfektionsfirmen Vorteil aus der Bewegung zu ziehen suchen, indem sie ihre Konfektionswaren den Maßgeschäften anbieten, die damit das Publikum betrogen sollen. Der Redner verlas folgendes Verzeichnis und an viele Maßgeschäfte versandte Schriftstücke der Firma E. Glöckner & Co., Berlin C., Königsstraße 1-3 — Engros und Export —, das vom 1. März datiert ist:

Im Fall der bevorstehenden Streikwirkung erhält, dürfen auch Ihnen Angelegenheiten nicht erspart bleiben, durch die Sie außerstande sind, den Anforderungen Ihrer Kunden zu genügen. In der Annahme, daß es Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen ist, wie zahlreich die vornehmliche Herrenkleidung in denjenigen Kreisen des Publikums Aufnahme gefunden hat, welche ehemals von großem Vorurteil dagegen erfüllt waren, gestatten wir uns, Ihnen unsere Offerte nahe zu legen, höflichst bittend, solche gefälligst zu erwägen.

Englische und deutsche Engagements in Stoffen, moderner Schnitt, solide Verarbeitung, elegante Ausstattung bilden die Vorzüge unserer Fabrikate. Das Renommee unserer Firma, die führende Spitze der Spezialbranche zu sein, gewährleistet Ihnen den Erfolg in unseren Ketiteln. Wir bitten höflichst, unsere Offerte einholen zu wollen, eventuell um Ihren persönlichen Besuch in unserem Lager.“ usw.

Wer sich jetzt also einen Maßanzug bestellt, muß gewärtig sein, daß er Konfektionsware von Glöckner & Co., oder auch von Uto in der Spandauerstraße erhält, der in ähnlicher Weise den Maßgeschäften seine Waren anpreist.

Mit der Lohnbewegung der Herren-Modenschneider beschäftigte sich gestern Abend eine in den Arminhallen tagende öffentliche Arbeitgeher-Versammlung; sie war einberufen von Arbeitgebern, die dem Arbeitgeberverbande nicht angehören und im Gegensatz zu denselben die Forderungen der Arbeitnehmer für berechtigt halten und wissen sind, sich mit den organisierten Arbeitnehmern dauernd zu verständigen. Diesen Standpunkt vertrat Herr W. als Referent, und der Vorsitzende der Versammlung, Herr Lipmann, der unter anderem bemerkte, daß nur 250 Arbeitgeber, die 2500 Arbeiter beschäftigen, organisiert sind, während die große Mehrheit, nämlich etwa 400 Arbeitgeber mit 4000 Arbeitern außerhalb des Verbandes stehen. — In der Diskussion kam es zu Auseinandersetzungen zwischen einem Vertreter des Arbeitgeberverbandes und Wortführer der unorganisierten Arbeitgeber. Auch wurde vom Verband der Schneider und Schneiderinnen teilgenommen an der Diskussion, hauptsächlich um die unzutreffenden Darstellungen des Vertreters des Arbeitgeberverbandes bezüglich der Vorgeschichte der Bewegung zu widerlegen. Nach Schluß der Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung erkennt die seitens der Arbeitnehmer-Organisation aufgestellten Tarife den heutigen teuren Lebensverhältnissen entsprechend als angemessen an. Die Versammlung verzurteilt das von wenig sozialem Verständnis zeugende Vorgehen der im Arbeitgeberverbande organisierten Firmeneinhaber und Schneidermeister. Die Versammlung gibt ferner dem Wunsch Ausdruck, daß es gelingen möge, den Frieden in unserem Gewerbe baldmöglichst wieder herzustellen. Als Mittel zu diesem Zweck beschließen die Versammelten, die bestehende Kommission der unorganisierten Arbeitgeber zur beauftragten, Schritte zur Gründung einer „freien Organisation der Arbeitgeber“ zu tun, die im Gegensatz zu dem bestehenden Arbeitgeberverband, etwa entstehende Streitigkeiten im Schneidergewerbe in Gemeinschaft mit der Organisation der Arbeitnehmer zu beiderseitiger Befriedigung auf gütlichem Wege beizulegen sich bemüht.

Unternehmer-Terrorismus.

Der Vorstand der Tapezierer-Zwangsgewerkschaft erklärt an seine Mitglieder einen längeren Anruf, in dem der Stand der Aussperrung geschildert und bemerkt wird, daß einige Firmen „wortbrüchig“ geworden seien und entgegen dem Innungsbeschlusse die Forderungen unterschrittlich anerkannt hätten. Wir fordern, so heißt es weiter, diese Kollegen und Inhaber von Tapeziererwerkstätten nochmals auf, die gegebenen Unterschriften zurückzuziehen und den Beschlüssen der Innung Folge zu geben, da wir im anderen Falle gezwungen sind, schärfere Maßregeln zu ergreifen.“

Auf die angeführten „Maßregeln“ darf man gespannt sein. Uebrigens sagt der § 153 der Gewerbeordnung schon für solche Drohungen, die den Zweck haben, andere zur Teilnahme an derartigen Verabredungen zu zwingen, eine Strafe bis zu drei Monaten fest. Der Vorstand der Tapezierer-Innung mag also Abschied von seinen Lieben nehmen; Streikleiter sind aus einem solchen Anlaß mehrfach vom Fleck weg verhaftet worden.

Der Lohnkampf im Tapezierergewerbe.

In einer Mitgliederversammlung des Tapeziererverbandes, die gestern Abend den großen Saal in der Sophienstraße samt den Galerien bis auf den letzten Stehplatz füllte, berichtete der Präsidialvorsitzende Wels über die Situation, die er als durchweg günstig für die Gehaltschaft bezeichnete. 95 Geschäfte, die 692 Tapezierergesellen beschäftigen, haben bewilligt. Dazu kommen 450 Meber, die nicht ausgesperrt wurden, so daß im ganzen 1142 Kollegen in Arbeit stehen. Meber sind nur 23 ausgesperrt. Im übrigen erstreckt sich die Aussperrung und der Streik auf 108 Geschäfte. Daß der Verband versucht haben sollte, bei anderen Gewerkschaften Gelder aufzunehmen und abzugeben worden sei, ist nichts als Schwindel. Es stehen eigene Mittel genug zur Verfügung. Unter diesen Umständen haben die organisierten Gehaltschaften den General-

aussperrungsbeschluss, den die Unternehmer planen, in keiner Weise zu fürchten. — Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Mitgliederversammlung sieht dem erweiterten Aussperrungsbeschluss der Unternehmer mit Ruhe entgegen, um so mehr, als der bisherige Verlauf der Bewegung den für die Gehaltschaft denkbar günstigsten Erfolg gehabt hat. Gegenüber den Behauptungen der Innung, die Gehaltschaft habe es an Bereitwilligkeit zu Verhandlungen fehlen lassen, erklärt die Gehaltschaft, wie es schon in dem an die Arbeitgeber versandten Schreiben gesehen ist, wiederholt, nach wie vor zu Verhandlungen bereit zu sein. Die Verantwortung für die durch die Bewegung erfolgte Schädigung des Gewerbes fällt einzig und allein dem Innungsvorstand zu, welcher jedes Entgegenkommen wiederholt rundweg ablehnte.“

Natürlich fühlt sich die Organisation nicht verpflichtet, unorganisierte Aussperrte zu unterstützen; und deshalb sagte die Versammlung folgenden Beschlus:

„Im Falle der Annahme der Generalaussperrung in der Generalversammlung der Innung beschließt die Versammlung: unorganisierte Aussperrte erhalten keine Unterstützung. Gegen unorganisierte Gehaltschaft im Einverständnis mit der Verhandlung die Arbeit nieder, so tritt nach erfolgtem Beitritt zum Verband die statutarische Unterstützung in Kraft. Ueber die Aufnahme in den Verband entscheidet die Ortsverwaltung. Auf den Zahlstellen sind keine Neuaufnahmen zu vollziehen.“

Feiner wurde noch beschlossen, daß vom 11. März ab die Arbeitslosen in die Streiklisten eingetragen werden und die Streikunterstützung erhalten sollen.

In einer gestern Abend stattgehabten Generalversammlung der Arbeiter der Tapezierer-Zwangsgewerkschaft Berlin wurde mit 206 gegen 116 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen beschlossen, Arbeiter ebenfalls auszusperrten.

Achtung, Schuhmacher! Die Arbeiter der Schuhfabrik von W. Hubrich, Kaiser Wilhelmstraße 36, haben die Arbeit niedergelassen. Sie hätten dem Fabrikanten einen Lohnantrag vorgelegt. Derselbe lehnte aber jegliche Verhandlung mit den Arbeitern ab. Zugang ist fernzuhalten.

Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Der Stand der Aussperrung der Posamentiere wurde in einer Versammlung am Donnerstagnachmittag bei Feuerstein in der Alten Jakobstraße lebhaft besprochen. Die Posamentiere bemühen sich gegenwärtig sehr um die Organisation der Arbeiterinnen und hatten Hl. Heidemann eingeladen, einen Vortrag über die Notwendigkeit der Organisation der Arbeiterinnen zu halten. Sie erledigte ihre Aufgabe mit viel Geschick und erklärte den Frauen und Mädchen, daß sie wahrlich alle Ursache hätten, bei einem Durchschnittslohn von etwa 12 Mark pro Woche, sich zu organisieren, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen. — Ueber den Stand der Bewegung berichtete Silberstein, daß 188 Aussperrte vorhanden seien; vier hätten andere Berufe ergriffen und 13 seien abgereist. Die Unternehmer hätten noch kein Entgegenkommen gezeigt, aber die Arbeiter könnten es ruhig darauf ankommen lassen, denn die Lage der Dinge sei ihnen günstig.

Die Aussperrung dauert bereits 7 Wochen und beginnt den Unternehmern sehr unangenehm zu werden. Sie müssen zu ihrer Verwunderung sehen, daß die Unterstützungsliste immer noch flott ausfällt, so daß sogar ein Mietszuschuß bewilligt worden ist. Vorgehend haben sie auf Abtrünnige getarnt, denn die Aussperrten halten fest zusammen. Die notwendigen Arbeiten wurden bisher außerhalb hergestellt, aber die Organisation hat einen tüchtigen Agitator auf Reisen geschickt, der die Kollegen aller Orten auf die Streikarbeit aufmerksam macht und bisher sehr gute Erfolge erzielt hat, denn aus einer Reihe von Städten ist berichtet worden, daß die Kollegen der Posamentenbranche alle Leberzeit verweigern und sich mit den Berlinern solidarisch erklären. Es zirkulieren jetzt „schwarze Listen“, aber darin sind auch Namen von Leuten bezeichnet, die nicht ausgesperrt sind, so daß persönliche Gehässigkeit angenommen werden muß.

Am 31. März findet eine Gaukonferenz in Forst statt. Die Versammlung wählte Walter Hoffmann als Delegierten. Paul Hoffmann-Kummelsburg wurde noch als Preßkommissionsmitglied gewählt.

Die in der Stickerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bereiten gegenwärtig eine Lohnbewegung vor. Zu diesem Zweck fand am Donnerstagnachmittag in den „Arminhollen“ eine öffentliche Versammlung jener Berufsgruppe statt, woselbst der Souleiter R. K. vom Textilarbeiterverband über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Sticker sprach. Demnach sind die Löhne in den letzten Jahren eher gesunken als gestiegen. Der Durchschnittslohn der Sticker beträgt etwa 23 bis 25 Mk., Stickerinnen bringen es auf 10 bis 12 Mk. pro Woche. Durch den Verlust des amerikanischen Absatzmarktes und die starke „Lehrlings“-Ausbildung hat sich die Arbeitslosigkeit ganz erheblich verschlechtert, so daß die „Saison“, die früher etwa 8 Monate währte, jetzt auf 4 bis 5 Monate zusammengedrängt ist, und zwar entfallen auf die Frühjahrssaison 12 bis 13 Wochen und auf die Herbstsaison 4 bis 5 Wochen. Vereist vor einigen Jahren ist für die Branche schon ein Tarif ausgearbeitet worden, der jedoch nicht zur Einführung gelangte, weil die circa 4000 Berufsgenossen, die in rund 300 Arbeitsstellen größtenteils als Hausindustrielle tätig sind, zu einem einheitlichen und geschlossenen Vorgehen nicht zu bewegen waren. Diesmal ist ein ungleich regeres Interesse für eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verzeichnen. Redner ist der Meinung, daß es nicht unbedingt zum Streik zu kommen brauche, sondern es sehr wohl möglich sei, auf friedlichem Wege eine Verständigung herbeizuführen, wenn die Arbeitgeber, die fast durchweg nur Zwischenmeister der Großkonfektionäre sind, die Sachlage richtig zu würdigen verstehen. — Beschlossen wurde, eine aus 13 Personen bestehende Lohnkommission zu wählen, die eine Tarifvorlage auszuarbeiten und mit den Arbeitgebern in Verhandlungen treten soll.

Deutsches Reich.

Sämtliche Steinschleifer der Firma G. A. Bruchner in Wunsiedel legten am Donnerstagnachmittag die Arbeit nieder. Es summen 79 Mitglieder der freien Gewerkschaften und 5 christlich organisierte in Betracht. Letztere erklärten sich solidarisch. Die Arbeiter sind dadurch einer geplanten Aussperrung zuvorgekommen. Gerade Bruchner ist es gewesen, der sich bei den kürzlich in Oberlahau stattgefundenen Tarifverhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern als der größte Schermschneider aufspielte. Wenn alle Unternehmer sich zum Nachgeben herbeiließen, oder dazu bereit erklärten, so scheiterte dies immer an der Hartnäckigkeit des Bruchner. Die Arbeiter sollten mit den Verhandlungen hingenommen werden, damit die Unternehmer erst ihre Arbeiten fertig bekommen hätten und dann wäre die Aussperrung erfolgt. Die Arbeiter merkten dies aber, und haben den Unternehmern einen dicken Streich durch die Rechnung gemacht. — Zugang nach Wunsiedel von Steinschleifern und Steinbauern ist streng fernzuhalten.

Die im Zentralverband organisierten Schneider und Schneiderinnen in Königsberg haben am Donnerstag früh einstimmig die Arbeit niedergelassen, nachdem alle friedlichen Wege seitens der Arbeiter, eine Einigung zu erzielen, ohne Erfolg geblieben waren. Die Königsberger Schneider und Schneiderinnen erkämpften im Vorjahre 1906 nach dreiwöchentlichem Ausstand einen Lohnantrag, der vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts abgeschlossen wurde. Die Prinzipale verlangten damals den Tarifabschluß nur auf ein Jahr, während die Arbeiter die neuen Bedingungen mindestens auf zwei Jahre festlegen wollten. Der bis zum 1. März 1907 laufende Tarifvertrag hatte eine dreimonatliche Kündigungs-

frist. Damals war bezogen worden, einige Positionen im Tarif aufzunehmen, und dies führte in der Folge immer zu Streitigkeiten, da die Prinzipale diese im Tarif nicht näher bezeichneten Arbeiten willkürlich bezahlen wollten. Vor dem 1. Dezember 1906, dem Kündigungsstage, stellten nun die Schneider und Schneiderinnen durch ihre Vertreter das Ersuchen, diese Positionen für das kommende Vertragsjahr zu berücksichtigen und verlangten gleichzeitig die Wahl eines Schiedsgerichts, bestehend aus gleichen Teilen aus Arbeitern und Arbeitgebern. Anfangs waren die Vertreter des Vereins der Herren-Garderoben- und Uniformbranche auch geneigt, den billigen Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen, zumal die Arbeiter alle Grundpositionen im alten Lohnsache liegen und wieder sogar auf Extrabehaltung der zweiten Krugprobe verzichteten, die im Jahre 1906 die Ursache der Arbeitsniederlegung gewesen war. Dann aber begannen die Prinzipale das alte Manöver; sie begannen die ganze Sache zu verschleppen, allen Verhandlungen aus dem Wege gehend. Da waren die Arbeiter gezwungen, den Tarifvertrag am 1. Dezember 1906 zum 1. März 1907 zu kündigen. Schon seit der letzten Lohnbewegung 1906 war der Verein der Herren-Garderoben- und Uniformbranche dem Arbeitgeberschutzverband beigetreten, dessen Zentrale in München ist, und hieraus erklärt sich auch die schließliche Weigerung der Prinzipale, den Arbeitern auch nur in etwas entgegenzukommen. Kurz vor dem 1. März dieses Jahres reichte nun die Arbeitgeberorganisation den Arbeitern einen Tarifvertrag ein, der, wie es im Begleitschreiben hieß, einfach anzuerkennen war, auf irgend welche Verhandlungen wollten die Arbeitgeber überhaupt nicht eingehen. Der Tarif der Prinzipale enthielt eine ganze Reihe Verschlechterungen; die Preise auf einzelne Positionen waren um 10 Proz. und mehr herabgesetzt. Hinzu aber kam noch, daß die Prinzipale eine weitere Lohnklasse, und zwar eine vierte einführen wollten, und dann verlangten, daß alle Geschäfte ohne Ausnahme nach zwei Lohnklassen abrechnen könnten. Besonders letzteres System hat in den Städten Deutschlands, wo es besteht, so auch in Danzig, zu den schwersten Schädigungen der Arbeiter geführt, und war daher für die Arbeiter von vornherein unannehmbar. Die Schneider lehnten daher den Tarif der Prinzipale ein- st i m m i g a b; erklärten aber auch noch am Montag, den 4. d. M., den Streik nicht zu proklamieren, besonders da der zweite Vorsitzende des Hauptverbandes nach Königsberg gekommen war, um womöglich doch noch eine friedliche Lösung herbeizuführen. Leider konnte das nicht erreicht werden, und so beschlossen denn die Schneider und Schneiderinnen, wie bereits gemeldet, in einer Versammlung am Mittwoch im Rudwighof in den Ausstand zu treten. Da es nun einmal so Mode geworden ist in der Arbeiterbewegung, hat sich auch hier schnell ein „christlicher“ Verein der Schneider gebildet, um das bedrängte Unternehmertum zu retten. Leider haben bisher nur ein Mann mit den Prinzipalen Fühlung gesucht. In einem Privatzimmer fand die erste Konferenz statt, zu der auch Vertreter des Kirch- und Gewerbevereins der Schneider geladen waren. (Diese Organisation zählt hier circa 30 Mann.) Aber der Treuschwur auf das Evangelium der Arbeiterausbeutung konnte nicht abgegeben werden, da die Gewerksvereiner erklärten, ohne die Zentralorganisierten Schneider keinen Tarifvertrag abzuschließen. Einmütig werden also die Arbeitgeber ihre Anmacht mit den 11 „christlichen Seelen“ allein abhalten müssen.

Die ersten dreihundert englischen Streikbrecher

kamen gestern morgen auf dem englischen Dampfer „Rottingham“ von Grimsby in Hamburg an und wurden auf der Unterelbe bei Blankenese von Schleppdampfern der Hamburg-Amerika-Linie von Bord geholt und nach dem im Ruhwärder-Roßhafen liegenden Schiffe „Albatros“ gebracht.

Ausland.

Wegen Lohnbewegung der Schneider ist der Zugang nach Kopenhagen (Dänemark) fernzuhalten. Reiseunterstützung wird nicht ausbezahlt. Nähere Auskunft erteilt William P. Erup, Komergade 22.

Auf offener Straße ermordet.

Ein schweres Verbrechen ist gestern Abend in der neunten Stunde im Norden der Stadt verübt worden. An der Ecke der Kopenhagener- und Sonnenburgerstraße wurde der 34jährige Jemenarbeiter Kalligrama von dem Bauarbeiter Lukena hinterücks erschossen. Rasch hat den Täter zu dem blutigen Verbrechen getrieben.

Sowohl der Täter als auch dessen Opfer sind Italiener. Vor längerer Zeit waren sie beide nach Berlin gekommen und hatten hier auf Neubauten gearbeitet. Zuletzt waren sie auf einem Bau in der Keimstraße gemeinsam tätig. Gestern gerieten sie kurz vor Feierabend in einen Streit, bei dem Lu. den Kürzeren zog. Er wollte sich nun an seinem Landsmann rächen. Auf dem Heimwege suchte er immer wieder von neuem Streit hervorzurufen. Als die beiden an der Ecke der Kopenhagener- und Sonnenburgerstraße anlangten, zog Lu. plötzlich ein langes Messer aus der Tasche und stieß es dem nichtsahnenden K. hinterwärts in den Rücken. Der Stieß war mit solcher Gewalt ausgeführt worden, daß die Messerspitze bis ans Herz drang. Mit einem Auffrei stürzte der Getroffene davon. Er eilte in die italienische Anleihe von Ost in der Sonnenburgerstraße 2 und brach dort vor dem Buffet tot zusammen. Man rief noch einen Arzt hinzu, der aber nicht mehr helfen konnte. Der Täter hatte inzwischen die Flucht ergriffen. Mit dem blutigen Messer in der Rechten war er davongestürzt und tief unter den Passanten ungeheuren Schreck herbor. Niemand mochte es, sich dem Mörder entgegenzusetzen und ihn festzunehmen. Erst als Schutzleute hinkamen, konnte die Verhaftung des L. erfolgen. Er setzte sich zur Wehr und konnte nur schwer gebändigt werden. Die Leiche des getöteten K. wurde polizeilich beschlagnahmt und dem Schauspau überwiefen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Streik in den Pariser Elektrizitätswerken.

Paris, 8. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Da die neue Elektrizitätsgesellschaft die Forderungen der Arbeiter zurückwies, sind diese in den Streik getreten. Die Boulevards sind dadurch ohne Hogenlicht, nur spärliche Gaslaternen brennen. Einige Abendblätter konnten nicht erscheinen. In den Bureaus arbeitet man bei Kerzenlicht. Das Erscheinen der Morgenblätter ist unsicher. Im Gemeinderat ist während der Sitzung das Licht erloschen.

Paris, 8. März. (W. T. V.) Der Beschluß der Elektrizitätsarbeiter, in den Ausstand zu treten, ist darum gefast worden, weil die neue Gesellschaft, welche von der Pariser Stadtgemeinde die Konzession für die elektrische Beleuchtung erhalten soll, sich weigert, ihren Arbeitern die den städtischen Arbeitern zuerkannten Vorteile zu bewilligen.

Paris, 8. März. (W. T. V.) In der Sitzung des Gemeinderates erklärte der Präsi des Seinedepartements über den Ausstand der Elektrizitätsarbeiter, daß Maßnahmen ergriffen worden wären, um den plötzlichen Ausstand zu verhindern. Die Arbeiter glauben durch ihr Vorgehen den Gemeinderat zu größerem Entgegenkommen zu bringen, sie befinden sich aber in einem Irrtum. Er gebe ihnen den Rat, die Arbeit wieder aufzunehmen und dem Wohlwollen des Gemeinderats zu vertrauen, der sie jederzeit geschützt habe.

Straßenbahnerstreik in Moskau.

Moskau, 8. März. (B. G.) Die Bedienten der elektrifischen Straßenbahn sind wegen Entlassung zweier Angestellten in den Ausstand getreten. Der Straßenbahnerstreik ruht vollständig.

Ergebnis der Reichstagswahl.

Der „Reichs-Anzeiger“ bringt folgendes Vorläufige Ergebnis der ersten ordentlichen Wahlen zur 12. Legislaturperiode des Deutschen Reichstags am 25. Januar 1907, verglichen mit dem endgültigen Ergebnis der gleichen Wahlen im Jahre 1903.

Wahlberechtigte 1900: 56 367 178. 1903: 12 531 248. 1907: 13 349 709.

Table with columns: Parteistellung, find von den Kandidaten im ersten Wahlgang gewählt (1907, 1908), abgegeben gültige Stimmen (12. Legislaturperiode 1907, 11. Legislaturperiode 1903), im Wahlgang 1907 (mehr, weniger). Rows include various political parties like Deutsch-Konservative, Deutsche Reichspartei, etc.

*) Darunter sind als „wild“ gezählt die Abgeordneten: Koblitz, 4. Magdeburg mit 29 221; Keller, 8. Hessen mit 6596; Langerfeldt, 2. Braunschweig mit 22 471; Enders, 2. Sachsen-Meinungen mit 13 181, zusammen 68 459 Stimmen. — Kandidaten unbestimmter Richtung, die mehr als 10 000 Stimmen erhalten haben, sind: Kirchberg, 10. Breslau (reichstreue Arbeiterpartei) 11 744; Rahardt, 7. Magdeburg (Mittelstandspartei) 12 055; Plate, 8. Hannover (Mittelstandspartei) 12 159; Koblitz, 2. Oberbayern (liberal) 20 754; Dern, 5. Hessen (liberal) 18 479 Stimmen.

Reichstag.

18. Sitzung vom Freitag, den 8. März 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Derenburg, Freiherr v. Rheinbaben, Freiherr v. Stengel.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Kolonialnachtragsetats: 29 220 000 M. für das südwestafrikanische Schutzgebiet und 8 900 000 M. für den Bau der Bahn von Kubub bis Reetmannshoop.

Unter Ablehnung eines Antrages Hompeich (Z.), den ersten Nachtragsetat nur in Höhe von 20 000 000 M. zu bewilligen, werden die beiden Nachtragsetats gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und der Sozialdemokraten debattellos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, die 8 900 000 M. für den Bahnbau in Form eines Darlehens vom Reich an das südwestafrikanische Schutzgebiet zu gewähren; er wird debattellos angenommen.

Eine Reihe von Rechnungssachen wird ohne wesentliche Debatte der Rechnungskommission überwiesen.

Bei der Beratung der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Schutzgebietes Kiautschou für 1904 und 1905 tadelt

Abg. Erzberger (Z.) die Unübersichtlichkeit dieser Rechnungslegung, die jede Kontrolle durch den Reichstag und den Rechnungshof unmöglich mache. Wie weit ist die Untersuchung über die „schwarzen Kassen“ gediehen? Haben wirklich unrichtige und falsche Buchungen stattgefunden? In der Denkschrift des Rechnungshofes heißt es: „In manchen Kreisen der Beamten sei ein völliger Mangel an Verschämtheit für das Rechnungswesen vorhanden, damit darf man sich aber nicht zufriedengeben.“

Ein Bundesratskommissar erwidert: Die Kolonialverwaltung teilt den Reichstag nach schneller Erledigung der Rechnungssachen. In dieser Session werden noch die Rechnungen von 1897 und 98, die auch noch die von 1899 vorgelegt werden können. In der Kommission, welcher die Prüfung der Rechnungen wohl überwiesen wird, man wird die Regierung über alle Einzelheiten gern Auskunft geben.

Die Angelegenheit wird der Rechnungskommission überwiesen, ebenso debattellos einige weitere Rechnungssachen.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: Die Interpellationen Albrecht u. Gen. (Soz.) und Ablaß (fr. Sp.) über die Rechtsfähigkeit der Verurteilten, Hompeich (Z.) und Wasser-mann (natl.) über die Strafprozessreform.

Schluß 2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung, Freitag, den 8. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Breitenbach.

Die zweite Beratung des Eisenbahnetats wird fortgesetzt. Zur Besprechung steht zunächst die Personentarifreform. Hierzu liegen zwei Anträge vor. Ein Antrag Bachmann (natl.) fordert Ermäßigung der Personentarif mit Rücksicht auf die durch die Fahrkartensteuer hervorgerufene Verteuerung und Verschiebung in der Benutzung der einzelnen Wagenklassen. Ein Antrag Kron-feldt (fr. Sp.) verlangt: 1. Verbilligung des Reiseverkehrs, 2. Aufhebung der Fahrkartensteuer.

Abg. Schmiedding (Z.) bekämpft beide Anträge. Die Anträge seien bei der augenblicklichen Lage der Finanzen des Reiches und Preußens nicht durchführbar. Es wäre besser, die Fahrpreise etwas hoch zu halten, als die Einkommensteuer zu erhöhen.

Abg. v. Södelberg (L.): Die Fahrkartensteuer hat große Beunruhigung hervorgerufen. Es scheint meinen Freunden fast besser, das Reich mit einem Pauschquantum abzugeben und die Fahrkartensteuer aufzuheben. Redner bringt sodann eine größere Anzahl Einzelwünsche vor, insbesondere bedauert er, daß die Rückfahrkarten fortlassen sollen und daß es auch nicht zulässig sein solle, das Gepäck ohne Fahrkarten zu befördern.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Die Fahrkartensteuer wird sich besonders denen fühlbar machen, die nicht im Herzen des Reiches, sondern z. B. im Osten wohnen und deshalb im Sommer zu längeren Reisen gezwungen sind. Daher haben wir beantragt, diese Verteuerung des Personenverkehrs durch eine Ermäßigung der Eisenbahnpersonentarif auszugleichen. Für eine Aufhebung der Fahrkartensteuer können wir nicht stimmen. Meine Freunde haben seinerzeit im Reichstag für diese Steuer gestimmt, um die Reichsfinanzreform zustande zu bringen; sie ist gewiß nicht vollkommen, aber man kann sie jedenfalls jetzt nicht einfach beseitigen, ohne eine andere Einnahmequelle als Ersatz vorzuschlagen. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Eine Reform der Personentarif, die wir seit Jahren gefordert haben, wird heute allseitig als notwendig anerkannt. Nur ist die Mehrheit der Ansicht, daß die Haupt-sache eine Vereinfachung der Tarife ist, während wir die Verbilligung für das Wesentliche halten. Nun ist die Reform da, aber sie hat keine Verbilligung, sondern teilweise sogar eine Verteuerung und unter Berücksichtigung der Fahrkartensteuer auch eine Komplizierung gebracht! Die Schnellzugzuschläge bedeuten eine direkte Verschlechterung, und ich glaube, daß auch die Eisenbahnerverwaltung selbst die Reform nicht als eine ideale ansehen wird. Die jetzigen Schnellzugzuschläge sollten nur ein Ersatz der Platzkarten sein, jetzt hört man mit einem Male, daß von zwei Drittel aller Schnellzüge Zuschläge erhoben werden sollen! Die Beseitigung des Freigepäcks ist ein Rückschritt. Mit alledem will man die Ausfälle decken, die sich infolge der falschen Politik der letzten Jahre ergeben haben. Die Fahrkartensteuer hat ebenso Fiasco gemacht wie die Erhöhung des Orisporos. Die Fahrkartensteuer ist ein fiaskalisches Monstrum. Es ist das Beste, wir machen kurzen Prozeß und werfen das Scheusal in die Wolfeshaut. (Weißal links.)

Abg. Vorker (fr.): Meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß wir bei der Tarifreform erst einmal abwarten wollen, wie sich die Sache entwickelt. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Schnellzugzuschläge eine außerordentliche Verteuerung darstellen. Die vorliegenden Anträge Dr. Kronfeldt werden wir ablehnen.

Minister Breitenbach: Die Personentarifreform bewegt sich im wesentlichen in der Richtung einer Resolution des Hauses aus dem Jahre 1905. Wenn Dr. Friedberg uns also mildernde Umstände zubilligen will, so muß er sie auch dem Hause zubilligen. (Weiterleft.) Bei der Fahrkartensteuer bitte ich Sie doch zu bedenken, daß weder der ursprüngliche Fixstempel noch die Fahrkartensteuer in ihrer heutigen Form zur Freude des Verkehrsministers eingeführt ist. Bei der Reform bitte ich Sie, sich auf dem Boden der Tatsachen zu stellen und unter Anerkennung dessen, was erreicht ist, mit dem Kompromiß vorlieb zu nehmen. Die Gepädktarife bringen erhebliche Ermäßigungen, namentlich für die Geschäftsreisenden, die auch dadurch günstiger gestellt werden, daß sie auf die Rückfahrkarten nicht mehr angewiesen sind. Zum Schluß will ich noch bemerken, daß die Schnellzugzuschläge beim Uebergang von einem Zug zum anderen nicht von neuem erhoben werden sollen.

Abg. v. Lusk (L.) befürwortet folgenden Antrag der Abg. von Heidebrand (L.) und Fehrn v. Jellitz (fr.): „Darauf hinzuwirken, daß die Fahrkartensteuer in eine andere, die Einnahmen des Personentarifs mildernde Wirkung gebracht werde.“

Abg. Dr. v. Dahlen (Z.): Dr. Wiemer sollte den Antrag seiner Fraktion lieber im Reichstag einbringen, wo die Freisinnigen die anschlagngebende Partei sind, die ja auch die letzte Rate für die Hochfinanzurg in der Budgetkommission durchgebracht hat.

Abg. Dr. Wagner (L.) bezeichnet die Berechnung der Fahrpreise im Reiseverkehr als Plasmacherei und befürwortet die Beibehaltung der Sonntagskarten.

Abg. Dr. Wertheim (fr. Sp.): Die erhöhten Fahrpreise für Reisen können wohl die großen Firmen tragen, nicht aber die kleinen und der Mittelstand. Den Kauf von Rundreisesfahrkarten sollte man nicht erleichtern als bis jetzt vorgesehen ist, indem man die Geltungsdauer verlängert und die Strecken verkürzt. Zum mindesten sollte man in Personenzügen das Gepäck auch ohne Fahrkarten mitführen lassen; denn die Gepädwagen, die als Schutzwagen mitlaufen müssen, rentieren sich gut. Ein Gepädwagen der Strecke Berlin-Basel bringt 2000 M., ein Personenzug der dritten Klasse nur 1600 M. (Weißal links.)

Minister Breitenbach: Die Anregungen des Vorredners zur Ausdehnung des Rundreisesverkehrs sind beachtenswert. Sie sollen geprüft werden. Dem Reiseverkehr widmen wir unsere Aufmerksamkeit, um die Schnellzüge zu entlasten. Den Sonderzugverkehr wollen wir aufrecht erhalten. Für Sängerkorps sind auch bisher keine Ermäßigungen gewährt. Es sind höchstens Sonderzüge eingelegt.

Abg. v. Brandenstein (L.) bittet, die Arbeiterwohlfahrten, welche zur Fahrt von den Großstädten in die Vororte benutzt würden, zu beseitigen! Die Arbeiterfahrkarten dürften nur zur Fahrt in die Großstädte benutzt werden!

Abg. v. Arnim (L.) verlangt, daß der sogenannte Reiseverkehr nicht auf andere Städte als Berlin ausgedehnt würde!

Abg. Dr. v. Büttinger (natl.), regt die Einführung von Jahresabonnementskarten an.

Abg. v. Böhlendorff-Alpin (L.): Dieser Personentarifreform kann ich nicht das geringste Lob entgegenbringen. Da haben wir die Gepädktarife, die Verteuerung und andere schwerwiegende volkswirtschaftliche und politische Gesichtspunkte. Ich war im Reichstag gegen die Fahrkartensteuer. Ich würde es auch heute noch sein, aber eine Verteuerung von Bier und Tabak verlangen, die aus Gründen nicht sachlicher Natur damals abgelehnt ist.

Abg. Gamp (fr.): Der Vorredner wird wohl selbst die Empfehlung haben, daß er für seine Rede hier im Hause einen sehr

geringen Resonanzboden hat. Bei der Fahrkartensteuer sind viele Fehler gemacht, namentlich sind die Abkürzungen zu groß. Ferner ist durch Befreiung der Rückfahrkarten ein ganz anderes Prinzip in die Angelegenheit hineingetragen. Eine systematische Nachprüfung ist deshalb nötig.

Der Antrag Kronfeldt wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Antrag Bachmann gegen die Stimmen der National-liberalen und Freisinnigen abgelehnt. Der Antrag v. Heidebrand wird gegen die Stimmen des Zentrums angenommen.

Nunmehr kommen Zugverbindungen zur Besprechung. Abg. Jungheun (natl.) dankt dem Minister, daß er jetzt endlich Zugverbindungen zwischen Hanau und Frankfurt a. M. eingeführt habe.

Abg. Baensch-Schmidtlein (fr.) verlangt allerlei bessere Verbindungen. Abg. Dr. Dohlem (Z.) bittet um bessere Schnellzugsverbindungen zwischen Koblenz und Berlin und bessere Verbindungen zwischen Frankfurt a. M. und dem Rheingau.

Abg. Hübner (fr. Sp.) wünscht bessere Zugverbindungen für Liegnitz. Abg. Bismann (natl.) bittet den Minister, bessere Nachmittagszüge zwischen Liegnitz und Breslau zu schaffen.

Abg. Stull (Z.) wünscht bessere Verbindungen nach Reife und bessere Anschlüsse für die Stadt Biegenhals. Abg. Schmitz-Eberfeld (fr. Sp.) wünscht Anschluß des bergischen Landes an den großen internationalen Durchgangsverkehr.

Nachdem noch die Abg. v. Brackhausen (L.), König (Z.), Pieder (fr.), Hacheisen (Z.) lokale Wünsche geäußert haben, verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Eisenbahnetat, Budget.) Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.

Vorher in der Beratung des Postetats fortgefahren wird, kommt zur Erledigung des Eisenbahnetats, soweit es sich auf den Postetat bezieht. Es werden ohne erhebliche Debatte vor-schlagsweise bewilligt eine große Menge Postgebäudeerweiterungen und Neubauten. Für die Erweiterung eines Grundstücks in der Französischen Straße zu Berlin, auf welchem ein großes Postamt errichtet und in welchem die drei jetzigen Kammern unter den Linden, Taubentstraße und Weinstraße vereinigt werden sollen, werden als erste Rate 601 000 M. verlangt.

Abgeordneter Singer kritisiert den außerordentlich hohen Preis und verlangt Ablehnung der Forderung. Es sei zweifellos möglich, in dieser Gegend für einen billigeren Preis ein passendes Grundstück zu haben. Außerdem wendet sich Singer gegen die Belastung einer großen ersten Hypothek auf dem Grundstück, die zu dem hohen Zinssatz von 4 Proz. verzinst werden soll. Das Reich sei doch zweifellos in der Lage, das Geld billiger zu bekommen. Der Staatssekretär gibt zu, daß der Preis sehr hoch sei. Von Singer und Südekum werden noch große Bedenken gegen die Zusammenlegung der Postämter Taubentstraße und unter den Linden geäußert. Ferner verlangt Südekum mehr Vorauszahlung in der Grundstückserwerb. Die Entschuldigung des Staatssekretärs, daß man nicht wisse, wohin sich der Verkehr ziele, erscheint sehr lahm.

Die Postämter für Grundstückserwerb in der Französischenstraße wird dem Antrage des Abgeordneten Singer entsprechend einstimmig abgelehnt.

Die Budgetkommission wendet sich nunmehr wieder der gestern abgeordneten Debatte über die allgemeinen Postverhältnisse zu. Dabei kommt es zu einem kleinen Zusammenstoß zwischen Erzberger und den Nationalliberalen. Abgeordneter Paasche botte die Orisporterhöhung als einen Risikoakt bezeichnet, und Erzberger warf nun Paasche vor, daß er genau so viel Schuld treibe wie das Zentrum; die Orisporterhöhung sei ein Kompromiß zwischen den Mehrheitsparteien gewesen. Im übrigen sucht Erzberger die Maßregel zu rechtfertigen.

Aus der Mitte der Kommission wird eine Reihe Vorschläge für Verbesserungseinrichtungen gemacht. Abgeordneter Südekum schlägt wesentliche Vereinfachung bei der Postanwendungsbefreiung vor, etwa dergestalt, daß bei der Post ähnliche Klassen mit Quittungsformulareinrichtung aufgestellt werden, wie man sie heute in jedem größeren Laden findet. Abgeordneter Semler unterstützt den Vorschlag sehr lebhaft. Valtmann wünscht Zulassung von telegraphischen Anweisungen nach den Kolonien. Kopich fragt, wie hoch die Einnahmen aus den Geldstrafen der Beamten bei der Post sind; es wird mitgeteilt, daß dieselben 1901 36 760 M., 1905 27 605 M. betragen haben, also trotz Vermehrung der Beamten wesentlich zurückgegangen sind. Aus will sprechen, daß sie noch immer außerordentlich hoch sind. Verschiedene der Wünsche sollen einer Prüfung unterzogen werden, so auch der vielfach geäußerte Wunsch auf Herabsetzung der Telephongebühren auf dem Lande.

Die Beamtengehälter betragen rund 202 Millionen Mark, 13 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Fast in allen Stellen sind Bemerkungen eingeleitet. Es liegen hierzu mehrere Anträge auf Erhöhung der Gehälter vor. Von den Genossen Singer, Südekum und Goldstein wird beantragt: Die Kommission wolle beschließen: Kap. 55 Tit. 28 anstatt 23 400 Unterbeamte im Landpostdienst, Postenpostdienst und Leitungs-aufseherdienste sowie im Ortsdienste bei Postagenturen von 800 Mark bis 1000 M., zu setzen: von 900 M. bis 1100 M. Außerdem unterstützt die sozialdemokratische Fraktion folgenden vom Zentrum eingebrachten Antrag: Kap. 55 Tit. 19 anstatt 475 Unterbeamte von 1000 bis 1500 M., zu setzen: von 1000 bis 1600 M.; Kap. 55 Tit. 22 anstatt 32 953 Ober-Postassistenten usw. von 1500 bis 3000 M., zu setzen: von 1800 bis 3600 M.; Kap. 55 Tit. 23 anstatt 3951 Vorsteher von Postämtern III. Klassen (Postverwalter), davon 3046 mit Gehältern von 1500 bis 3000 M., zu setzen: von 1800 bis 3600 M.; Kap. 55 Tit. 25 anstatt 43 475 Unterbeamte von 900 bis 1500 M. und 79 Postassistenten von 1000 bis 1500 M., zu setzen: von 900 bis 1600 M., bezw. von 1000 bis 1600 M.

Der Vord. will einen Antrag auf Gehaltserhöhung für die Postsekretäre einbringen. Alle diese Anträge werden zurück-geschickt. Die Debatte darüber soll verbunden werden mit einer allgemeinen Besprechung über Gehaltsverhältnisse, Teuerungszulagen und Veränderung in der inneren Organisation des Postdienstes. Die geforderten Stellen an sich werden ohne erhebliche Debatte bewilligt, nur bei der Anforderung für die Vorsteher von Kassen I. Klasse entspinnt sich eine kleine Auseinandersetzung über die Verwendbarkeit von betriebsleitenden Offizieren im Postdienst und bei der Reuanforderung von 31 Unterdirektoren außer Herr Kopich einige Titel-Kopischmengen.

Die sonstigen persönlichen Ausgaben werden auch bewilligt, darunter der Betrag von 50 000 M. für Beamteneinrichtungen zur Erbauung von Gesehungshäusern. Abgeordneter Südekum empfiehlt die Errichtung von Waldholungsstätten. Abgeordneter Kopich will von solchen Ausgaben nichts wissen, und der Zentrumsgewählte Hompeich stimmt ihm zu. Diesen Auffassungen tritt Singer sehr entschieden entgegen; man solle im Gegenteil diese Einrichtungen erweitern und dafür sorgen, daß die Anstalten nicht bürokratisch reglementiert und in Bezug auf Leistung nicht unter die geistige Vormundschaft der Anstaltsleitung gestellt werden. Die überwiegende Mehrheit der Kommission und die Regierungsbereiter stimmen dem Abgeordneten Singer zu.

Die Weiterberatung wird nun vertagt. Nächste Sitzung Dienstag; zur Beratung steht der Militäretat, soweit derselbe durch das Notetatsgesetz berührt wird.

Die Dividende wäre noch sehr viel höher ausgefallen, wenn nicht seit der letzten Änderung des Reichsbankgesetzes die Gewinnbeteiligung der Aktionäre zugunsten des Reiches wesentlich beschnitten worden wäre. Aus dem Gewinn des Jahres 1906 erhielt das Reich nicht weniger als 25,47 Millionen Mark. Seit 1902 hat das Reich rund etwa 75 Millionen Mark erhalten, die Aktionäre gegen 54.

Für nachfolgende Banken stellte sich der Reingewinn in den letzten beiden Jahren wie folgt:

	1905	1906
in Millionen Mark		
Diskontogesellschaft	18,4	18,8
Berl. Handelsgesellschaft	11,7	12,8
Nationalbank	7,5	8,9
Kommerz- und Diskontobank	7,1	7,2
Mitteldeutsche Kreditbank	4,4	4,6

Die Nationalbank und die Handelsgesellschaft können eine wesentliche Steigerung ihres Reingewinnes verzeichnen. Gestiegen sind in erheblicher Weise die Einnahmen aus Zinsen und Wechsel.

Bank für Handel und Industrie. Der Aufsichtsrat beschloß in seiner heutigen Sitzung, der Generalversammlung für das Jahr 1906 die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent vorzuschlagen. Der Bruttogewinn beträgt pro 1906 inkl. 293 839,95 M., Vortrag aus 1905 21 521 040,77 M., hiervon ab die Handlungsunkosten, Steuern, Lantimen an den Vorstand und die Oberbeamten, die Gratifikationen an die Beamten, die Zuwendungen an den Pensionsfonds und für wohltätige Zwecke 7 900 874,20 M., Abschreibung auf Immobilien und Mobilien 450 107,58 M., zusammen 8 440 481,78 M., verbleibt verteilbarer Reingewinn 13 071 558,90 M.

Stahlverband. In der Verträglichung des Stahlverbandes am 8. März wurde über die Geschäftslage folgendes mitgeteilt: Die Halbzeugbeschäftigung der Werke ist noch immer außerordentlich stark. Es ist schwierig, trotz der Einschränkung des Auslandsverkehrs, die Verbraucher rechtzeitig zu befriedigen. Betriebsstörungen bei einer Anzahl von Werken sowie Wagenmangel beeinträchtigen zudem die Lieferungen an die Abnehmer von Eisenbahnmaterial. In schweren Schienen und Subehrer haben die preußischen Staatsbahnen beträchtliche Nachtragslieferungen für 1907 aufgegeben. In Gruben, besonders in Millenschieben laufen die Aufträge befriedigend ein, so daß die Werke immer noch außerordentlich lange Lieferungsfristen stellen müssen. Vom Auslande ist wieder eine Anzahl größerer Aufträge in schweren Schienen und Schwellen herbeigekommen. Das ausländische Millenschiebengeschäft liegt ebenfalls sehr günstig, auch in bezug auf die Preise, die bei mehreren neuen Geschäften erzielt worden sind. Der Eingang der Spezifikationen in Formteilen ist seitdem reichlich geblieben. Für Neuaufträge herrscht gegenwärtig etwas Zurückhaltung, hauptsächlich infolge der Ungewißheit über die Verlängerung des Verbands. Der Verkauf nach dem Inlande für das zweite Quartal ist zu den seitherigen Preisen und Bedingungen freigegeben. Das Exportgeschäft ist günstig, auch hier laufen Spezifikationen in befreudigendem Umfange ein. Die vorliegenden Aufträge in Formteilen entsprechen einer Beschäftigung der Formteilerwerke für fünf Monate.

Arbeitsmangel in französischen Glaswerken. Aus Charleroi wird berichtet:

In den hiesigen Glasfabriken wird mit der Notwendigkeit gerechnet, in den nächsten Wochen die Betriebe bedeutend einzuschränken oder ganz ruhen zu lassen. Infolgedessen dürften mehrere tausend Arbeiter brotlos werden. Diese Maßregel ist erforderlich angesichts der geringen Aufträge aus England und Ostasien.

Göttliche Weltordnung! Den Kapitalistenklassen steht jetzt aus dem Segen der Konjunktur, reicher, müßeliger Gewinn zu und für den Arbeiter lüdet drohend der Schrecken des Hungers sich an.

Soziales.

Eine gegnerische Anerkennung der geschäftlichen Leitung von Konsumvereinen.

enthält der Jahresbericht der landwirtschaftlichen Genossenschaft in Sachsen. Folgendes Urteil wird da über die Konsumvereine gefällt: „Diese Vereine beziehen bereits für 60 Millionen Mark landwirtschaftliche Produkte; sie sind befähigt als sozialdemokratische Pflanzstätten verstanden, aber in geschäftlicher Hinsicht geradezu musterhaft geleitet, so daß unsere landwirtschaftlichen Genossenschaften gewiß noch manches von ihnen lernen könnten.“ Dessenungeachtet wird man auch in Zukunft mit denselben unanfechtbaren Mitteln gegen die von Arbeitern denunciierten und geleiteten Konsumvereine hegen und gefehliche und behördliche Maßnahmen gegen sie verlangen.

Landarbeiterlos in Mecklenburg.

Auf die traurige Lage der mecklenburgischen Landarbeiter lassen einige aus der letzten Zeit berichtete Tatsachen einen Schluß zu.

In der Stadt L. schlachtete ein Einwohner ein Schwein. Dasselbe war krank, wie sich nach dem Schlachten auf Grund tierärztlicher Untersuchung herausstellte. Das Fleisch sollte als gesundheitsgefährlich an anderen Worgen dem Fronereibesitzer zur Unschädlichmachung überwiesen werden. Was geschah? Während der Nacht, in der man das Schwein im Hofraum hatte hängen lassen, wurde es von Arbeitern geklaut, in Stücke zerlegt und eingekauft. Aus Hebermut haben es die Arbeiter sicher nicht getan. — Auf einem Gute war eine Kuh krepieret. Der bewachrichtigte Froner kam nicht gleich, um sie zu holen und so wurde das verendete Tier einige Tage darauf nach dem nahen Walde geschleift. Die Schmitter wußten das und sind dann über das bereits in Verwesung übergegangene Tier hergefallen und schnitten sich große Stücke Fleisch los, was die Polizei im angebotenen Zustande beschlagnahmte. Die gegnerische Presse schrieb hierzu, die Sache gar zu ungeheuerlich war, diese Schmitter seien arbeitslos gewesen. Ob das richtig ist, wissen wir nicht, da wir „auf dem Lande“ zu wenig Anhänger haben, die imstande sind, einen Brief bezw. einen Bericht schreiben zu können. Doch werden die im Winter auf den Gütern beschäftigten Schmitter gewöhnlich nicht entlassen. Denn zum Frühjahr kommen ja erst wieder die Schmitterherden nach Mecklenburg herein und sind die Arbeitskräfte im Winter verhältnismäßig dünn gefüllt. Die letztgenannten Schmitter wurden wegen des Raubes des ungeschlachteten Fleisches zum größten Teil (zirka 8—8) sogleich verhaftet und sind nun verurteilt. Die andere Hälfte streift sich nun vielleicht anderswo durch, bis sie wieder auf irgend einem junkerlichen Gute Unterschlupf gefunden, vorausgesetzt, daß sie eben überhaupt „arbeitslos“ waren. — Der Rittergutbesitzer v. M. in S. hatte ein dem Froner verfallenes Pferd schlachten lassen, weil es der Hofschlächter nicht gebrauchen konnte. Als sich von den Gutsarbeitern niemand meldete, von dem allen Gaul Fleisch zu essen, befahl v. M. dem Schäfer, der das Tier geschlachtet hatte, das Fleisch den Hühnern vorzuwerfen, die Knochen zum Abwaschen den Schweinen und das übrige für die Hühner einzufangen. — Und zum Schluß: Auf dem Gute Lehnen hatten sich einige „Hofgänger“ aufgemacht und wollten den Dienst verlassen. Als dies der Inspektor gemerkt wurde, schickte er drei Mann zu Pferde und mit Reitfischen bewaffnet den Schmittern nach; in den nahe gelegenen Tannen wurden die Flüchtlinge eingeholt und auf den Hof zurückgebracht.

Voraussetzungen des Bürgerrechts.

Die Städteordnung für die sieben östlichen Provinzen (Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen und Sachsen) nennt in ihrem § 5 die Voraussetzungen der Erwerbung des Bürgerrechts. Nach der Nr. 4 dieses Paragraphen in seiner

durch den § 77 des Einkommensteuergesetzes erhaltenen Fassung gehört dazu die Veranlagung zur Einkommensteuer oder zu einem fingierten Normalsteuersatz von 4 M., oder ein Jahreseinkommen von mehr als 600 bis 900 M. — In Landsberg in der Provinz Sachsen waren sechs Arbeiter nicht in die Wählerliste aufgenommen worden, obwohl sie zweifellos ein solches Einkommen hatten. Die Kommunalbehörde erachtete für maßgebend, daß sie zu einem fingierten Normalsteuersatz von nur 2,40 M. veranlagt waren. — Nach vergeblichem Einspruch gegen ihre Nichtaufnahme wurde Klage im Verwaltungsstreitverfahren erhoben.

Das Ober-Verwaltungsgericht hat nun in letzter Instanz die Klage abgewiesen und die Nichtaufnahme der sechs Arbeiter für berechtigt erklärt. Es führte aus: Jene Bestimmung der Städteordnung sei nicht so aufzufassen, daß in die Wählerliste aufgenommen wäre, wer entweder veranlagt sei zu einem fingierten Normalsteuersatz von 4 M. oder ein Einkommen von mehr als 600 M. habe, also nicht so, daß es genüge, wenn nur eine der beiden Bedingungen erfüllt sei; sondern es sei danach in die Liste aufzunehmen, wer veranlagt sei zu den Mindestsätzen von 4 M., oder wer, wenn eine Veranlagung nicht stattgefunden habe, ein Einkommen von mehr als 600 bis 900 M. erlange. Die vorliegende staatliche Veranlagung entspreche unter allen Umständen. Ihre Richtigkeit habe der Richter auch in diesem Verfahren nicht nachzuprüfen. Glaube jemand, zu Unrecht zu niedrig veranlagt zu sein, so könne er die Rechtsmittel ergreifen, die hiergegen gegeben wären, um eine höhere Veranlagung zu erzielen.

Aus der Frauenbewegung.

Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen in Karlsruhe.

Fraulein Dr. Marie Baum, die ehemalige badische Fabrikinspektorin, hat in einem Bericht an das großherzogliche Ministerium des Innern eine Darstellung der „Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen in Industrie und Handel der Stadt Karlsruhe“ gegeben, die sich in sehr eingehender und interessanter Weise sowohl mit den Arbeits- und Lohn- als auch mit den Familienverhältnissen der betreffenden Arbeiterinnen beschäftigt. Wenn auch Karlsruhe noch keine ausgesprochene Fabrikstadt, sondern vielmehr der Typus einer mittleren Residenz- und Beamtenstadt ist, so werden die hier ermittelten Verhältnisse doch für eine ganze Reihe aufstrebender Industriestädte zutreffen und haben daher allgemeines Interesse.

Die drei Klassen von Lohnarbeiterinnen, um die es sich bei der Darstellung handelt, sind die Fabrikarbeiterin, die Konfektionsarbeiterin und die Ladnerin. Von den durch eine speziell zu diesem Zwecke im Jahre 1904 veranstaltete Ermittlung erfaßten 3399 Arbeiterinnen entfielen auf die erste Kategorie 2010, auf die zweite 557 und auf die dritte 832. Die Höhe der in den drei Gruppen erzielten Durchschnittslöhne ergibt sich aus folgender Aufstellung:

	Fabrikindustrie	Konfektion	offene Verkaufsstellen
Arbeiterinnen unter 18 Jahren	6,59 M.	3,84 M.	3,80 M.
von 16—18	8,60	5,65	7,58
über 18	11,00	12,02	19,95
Nicht im Elternhaus lebende in der Stadt wohnende Arbeiterinnen	11,16	22,67	23,37
Gesamtdurchschnitt	10,02 M.	11,54 M.	16,71 M.

Demnach hat die Verkäuferin, wenn sie auch mit dem niedrigsten Anfangsgehalt beginnt und eine mehrjährige Lehrgangsdauer durchgemacht hat, die günstigsten Aussichten, ein einigermaßen menschenwürdiges Lohnniveau zu erreichen. Ihr Durchschnittsgehalt beträgt 16,71 M.; 28,04 Proz. dieser Klasse erreicht ein Gehalt von 21 M. und darüber, 9,02 Proz. ein solches von 30 M. und darüber. Umgekehrt hat die Fabrikarbeiterin, deren Durchschnittseinkommen 10,02 M. beträgt, einen relativ hohen Anfangslohn, der aber nur gering ansteigt. Nur 1,16 Proz. dieser Kategorie erzielt Löhne von 21 M. und darüber und nur 0,13 Proz. (2 Aufseherinnen) 30 M. und darüber. Hierbei ist allerdings zu beachten, daß die Tätigkeit der industriellen Arbeiterinnen in der Stadt Karlsruhe überwiegend aus ungelerneter Arbeit besteht. Die Konfektionsarbeiterin steht bez. des Durchschnittseinkommens (11,54 M.) in der Mitte. Sie hat gewöhnlich eine einjährige gering entlohnte Lehrgangsdauer durchgemacht, hat dann aber bei tüchtiger Leistung die Möglichkeit eines Aufstiegs zu höheren Lohnklassen. Hier erreichen 8,36 Proz. der Beschäftigten einen Lohn von 21 M. und darüber, 4,31 Proz. einen solchen von 30 M. und darüber; 2 Direktoren bezogen Gehälter von 325 und 250 M.

Die Angaben über die Arbeitszeit sind etwas dürftig. Von den Fabrikarbeiterinnen erfahren wir, daß die normale 10stündige Arbeitszeit die Regel ist. Die Dauer der Pausen beträgt meist 2 Stunden, die gesamte Arbeitszeit also 12 Stunden. Ueberarbeit im Sinne des Gesetzes (über 11 Stunden) kam nur in 2 Fabriken vor. Auch für die Konfektionsarbeiterinnen erstreckt sich die Arbeitszeit meist über einen Zeitraum von 12 Stunden und wird durch Pausen in der Gesamtlänge von 2 Stunden unterbrochen, so daß eine tatsächliche Arbeitszeit von 10 Stunden herauskommt. Infolge des Saisoncharakters des Gewerbes wird freilich in vielen Fällen, teilweise bis zu dem gesetzlich zulässigen Höchstmaß von 13 Stunden an 60 Tagen im Jahr Ueberarbeit verlangt, der dann in der stillen Zeit meist sehr unerwünscht, da unbezahlt, Ferien gegenüberstehen. Genaueren zahlenmäßigen Inhalt über den Umfang dieser Abweichungen von dem normalen Gang der Arbeit gibt das Buch leider nicht. Am ungünstigsten hinsichtlich der Arbeitszeit ist die Ladnerin gestellt, für die das Gesetz ja nur eine 11stündige ununterbrochene Ruhepause und eine 1½stündige Mittagspause, sofern das Essen nicht im Laden eingenommen wird, verlangt. Hier ist also die Möglichkeit einer 11½stündigen, an Vorabenden von Sonn- und Feiertagen noch längeren Arbeitszeit gegeben. Tatsächlich stellt sich der Arbeitstag der Karlsruher Ladnerin auf 10—11 Stunden, an Sonnabenden auf 2—3 Stunden mehr. Hierzu kommt noch eine 2—3stündige Sonntagsarbeit. Einen gewissen Ausgleich für diese Ueberarbeit bildet die Gewährung von Ferien im Sommer, die in den meisten Fällen unter Fortzahlung des Gehaltes erfolgt. Sie kommen 73,3 Proz. der Gehilfeninnen in 5,7 Proz. der Betriebe (also vornehmlich in den größeren Geschäften) zugute und dauern von 4—28 Tage, gewöhnlich zwischen 8 und 14 Tagen.

Bezüglich des Altersaufbaues und Familienstandes der Arbeiterinnen ergab die Erhebung, daß in allen drei Klassen die jüngeren Altersstufen überwiegen und die verheiratete Arbeiterin die Ausnahme ist. Bei den Fabrikarbeiterinnen waren 61,7, bei den Konfektionsarbeiterinnen 62,3 und bei den Ladnerinnen 45,8 Proz. unter 20 Jahre alt. Ueber 30 Jahre zählten bei den Fabrikarbeiterinnen 9,4, bei den Konfektionsarbeiterinnen 6,8 und bei den Gehilfeninnen 11,7 Proz. Verheiratet waren bei der ersten Klasse 18,7, bei der zweiten 1,1 und bei der dritten 3,4 Proz. der erwachsenen Arbeiterinnen. Für die meisten Arbeiterinnen ist also die außerhäusliche Erwerbsarbeit nur ein Durchgangsstadium, das sie mit dem Eintritt in die Ehe verlassen. Inwiefern auch die verheiratete Frau in Karlsruhe gezwungen ist, durch Nähen, Waschen usw. den Verdienst des Mannes zu ergänzen, wird natürlich durch die vorliegende Untersuchung nicht erforscht, so daß etwa ein Schluß aus diesen relativ günstigen Zahlen auf einen für die Erhaltung der ganzen Familie ausreichenden Verdienst des Mannes nicht gezogen werden kann. — Das Buch enthält noch eine Fülle mit objektivem Blick erfaßter Details, so daß sein Studium warm empfohlen werden kann.

Das Frauenwahlrecht in England.

London, 8. März. Unterhaus. Duffison (Liberal) beantragt die zweite Lesung der Bill, durch welche das Wahlrecht zum Parlament den Frauen in allen den Fällen verliehen wird, wo sie zum Wählen berechtigt wären, falls sie Männer wären. Premierminister Campbell-Bannerman erklärt, die Regierung wolle dem

Hause die Entscheidung der Frage völlig überlassen, aber er sei persönlich für Annahme der Bill. Er wolle seine Meinung dahin aussprechen, daß der Ausschluß der Frauen vom Wahlrecht weder rational noch gerechtfertigt oder politisch richtig sei. Whitehead (Liberal) beantragt Ablehnung der Bill. Im Laufe der Debatte werden die üblichen Argumente für und gegen das Frauenwahlrecht vorgebracht, es treten die größten Meinungsverschiedenheiten hervor, und es zeigt sich, daß innerhalb der Parteien eine einheitliche Haltung beobachtet wird. Die Polizei hat scharfe Maßnahmen getroffen, um Demonstrationen der Frauenstimmrechtlerinnen im Parlamentsgebäude oder außerhalb desselben zu verhindern.

Sozialdemokratische Frauenkonferenz in Holland.

Am Sonnabend, den 30. März, dem Tage vor Eröffnung des Parteitages, findet zu Haarlem eine Konferenz der sozialdemokratischen Frauenklubs statt. Beraten wird dort über: Die Organisation der Frauenklubs, „De Proletarische Vrouw“ als Organ der Klubs und über das proletarische Frauenwahlrecht.

Verfammlungen.

Die Lage der Berliner Zigarettenarbeiter nach Einführung der Vandersolensteuer, mit besonderer Berücksichtigung der letzten Vorkommnisse in der Zigarettenfabrik Garbath. So lautet die Tagesordnung einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung der interessierten Tabakarbeiter, die am Donnerstag bei Voelker in der Weberstraße 17 tagte. Der Referent, Max Müller, legte eingehend dar, wie schwer die Zigarettenarbeiter- und -arbeiterinnen Deutschlands, die schon traurig genug bestanden, unter den Wirkungen der Vandersolensteuer zu leiden hätten. Dabei trat er den lügenhaftesten Klagen namentlich nationalliberaler Blätter entgegen, die von einem Wüthen der Zigarettenindustrie auch nach der Einführung der Vandersolensteuer sprachen. Als in der immer vor Weihnachten eintretenden Saison die zur Verfügung stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen voll beschäftigt werden konnten, habe die national-liberale und die Zentrumspresse ein großes Geschrei erhaben, daß keine Schädigung der Zigarettenarbeiter eingetreten sei. Das sei eine Verdrückung der tatsächlichen Verhältnisse. Nur um eine vorübergehende Konjunktur habe es sich gehandelt, bei der überhaupt noch die verschiedensten Ursachen mitwirkten. So hätten eine ganze Anzahl Zigarettenarbeiterinnen sich während der ersten großen Schlappe nach dem 1. Juli (dem Inkrafttreten der Vandersolensteuer) vom Verufe abgewandt und in anderen Berufen Unterkommen gewonnen. An 500 ausländische Kollegen seien angeworben worden. Weiter hätten sich die ausländischen Fabrikanten nicht schnell in die neue Lage hinsichtlich der Weiterführung ihrer Fabriken in Deutschland hineinfinden können, so daß ihre bisherigen Abnehmer zu deutschen Fabriken griffen. Jetzt würden nun die ausländischen Fabrikanten wieder in breiterem Umfange in Deutschland verkauft und nach dem Vorübergang der Konjunktur sei in ganz Deutschland eine überaus traurige Lage der Zigarettenarbeiter und -arbeiterinnen zu verzeichnen. In allen größeren Orten sei jetzt mit einer derartigen Arbeitslosigkeit zu rechnen, wie sie vor der Vandersolensteuer niemals da war. Wenn die Kollegen und Kolleginnen in Berlin nicht so sehr unter dem Druck zu leiden hätten, so wäre das namentlich der guten Organisation zu danken. Man habe die Halbtagbeschäftigung durchgesetzt, um die Entlassung von so und so vielen zu verhindern. Wie man nach dem 1. Juli mit dem halben Verdienst zufrieden sein müßte, genau so fange es heute wieder an. Alle größeren Fabrikanten suchten Betriebe nach auswärts, in die Provinzen zu verlegen und immer mehr Maschinen einzuführen. Was letzteres angeht, so habe auch hier die Organisation regelnd eingegriffen; nicht weil sie Gegnerin der Maschine sei, sondern um einer zu großen plötzlichen Erwerbslosigkeit vorzubeugen. Während man bei anderen Großfabrikanten damit gute Erfolge zu verzeichnen hatte, mache die Firma Garbath (Zusatz Rosenenthal) eine Ausnahme. Redner geht auf die Ueberanstrengung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma vor dem Inkrafttreten der Vandersolensteuer ein und auf die Hausarbeit, gegen die sich die Organisation im Interesse der Arbeiter und des konsumierenden Publikums wende. Ueberall, abgesehen von ganz kleinen Fabrikanlagen, habe man die Hausarbeit auf Wunsch der Kommission eingestellt. Anders liege es bei Garbath. Der Herr wehre ab und erklärte, er leide an Arbeitermangel. Aus denselben Gründen verteidigte er auch die Maschinenarbeit. Alles natürlich leeres Gerede, sowie er ja auch die öffentliche Meinung seinerzeit bei Einführung der Steuer irreführt habe mit Klatschen und Zeitungsinseraten, so er von Weibehaltung der Hausarbeit sprach, um hinterher einen großen Teil mit Maschinen herzustellen. Zu bemerken sei dabei, daß die Maschinenfabrikate wegen der auf diesem Gebiete noch nicht genug entwickelten Technik der Handarbeitsergebnisse nicht ganz ebenbürtig seien. Etwas nähmen erstere von Maschinenfabrikaten (Zeit?) immer an und manchmal enthielten sie zu viel, manchmal zu wenig Tabak. Vor Weihnachten habe Garbath-Rosenenthal weibliche Lehrlinge eingestellt. Als die Kommission vorstellig wurde, habe er versprochen, nicht mehr als 25 einzustellen, was einem einigermaßen normalen Verhältnis entsprochen hätte. Er habe sein Wort aber nicht gehalten, sondern wieder mehr angenommen. Nach einem Vierteljahr würden den Lehrlingen, die die erste Zeit 8 M. die Woche erhielten, Kontrakte zum Unterschreiben vorgelegt, daß sie ein ganzes Jahr durch weiter arbeiten wollten, und zwar zu einem geringeren Preise, als er Ausgelernten in anderen Fabriken gezahlt werde. Dagegen müsse Front gemacht werden. Redner schilderte ferner die Praxis der Entlassungen bei Garbath, was in der Versammlung Rufe der Empörung auslöste über die Art und Weise, wie sich Herr Rosenenthal-Garbath ihm nicht mehr gemehrer Kollegen und Kolleginnen entließ und sie herabzusetzen suchte. Der alte Herr Rosenenthal habe sich hinreichend lassen, gegen eine Frau handgreiflich zu werden, nachdem diese dagegen protestiert habe, daß einige ihr vorgelegte Ausschufzigaretten von ihr hergestellt und geliefert sein sollten. Die Frau habe die Kollegen in einer Versprechung zum Zusammenhalten aufgefordert. Dem Herrn Garbath-Rosenenthal, der auch schon mal eine Kommission mit Entlassung bedrohte, sei klar zu machen, daß er nicht mehr in Warschau, sondern in Berlin fabriziere. Eine noch strammere Organisation wie jetzt müsse eintreten. (Lebhafte Beifälle.)

Freibitter, Redakteur des „Zigarettenhändler“, legte dar, daß und weshalb die Kleinhändler und die Arbeiter zusammengehen müßten, und sprach die Hoffnung aus, daß man Garbath mit Hilfe der allgemeinen Arbeiterkraft noch klein kriegen werde. Auch er kam auf die bekannten Vorgänge anlässlich des Inkrafttretens der Steuer zurück und betonte unter anderem den Gegensatz zwischen den tatsächlichen Entlassungen alter Arbeiter und dem Wort Rosenenthal, daß er auf der Handarbeit setzen und seinen alten Stamm behalten wolle. Wenn die Händler naturgemäß auch noch andere Wünsche hätten, wie die Tabakarbeiter, so möchte er diese doch bitten, mit ihnen zusammen an die Arbeiterkraft Berlin und der Vororte zu appellieren. Wuhl und Berg sprachen dann noch im Sinne des Referats zu der Angelegenheit.

Wuhl erwähnte ferner ein Vorkommnis beim bekannten Zigarettenfabrikanten und -Händler Kaphun. Die Zigarettenarbeiter eines der Zwischenmeister Kaphuns, die bei leichten Façons 22 bis 24 M. verdienen konnten, seien bei einer schweren Façon trotz aller Anstrengung nur auf etwas über 15 M. gekommen. Der Zwischenmeister habe mit Rücksicht auf den ihm von Kaphun gezahlten Preis eine höhere Bezahlung seinerseits für unmöglich erklärt. Auf Veranlassung der Kommission sei er bei Kaphun vorstellig geworden. Kaphun habe geantwortet, er gebe nicht mehr, er würde sich freuen, wenn die Lohnkommission es vermöchte, seine Hausarbeiter zum Streiken zu bewegen. Einen blutigeren Hohn gebe es nicht. Allerdings hätten sich die Leute Kaphuns noch nicht an ein menschenwürdiges Dasein gewöhnt. Es sei nichts Neues, daß Leuten, die Tag und Nacht arbeiten, beim Abliefern die Zigaretten an den Kopf fliegen. Auch hier sei ein größerer Zusammenhalt nötig. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Zimmer 34, Amt 4, 3953. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9672.

Sonntag, den 10. März,
von 9 bis 1 Uhr:

Stichwahl für drei Bureauangestellte.

Die Wahlhandlung findet in folgenden Lokalen statt:

- Milbrodt's Gesellschaftshaus, Müllerstr. 7.
- Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
- Wernaus Festsäle, Schwedterstr. 23.
- Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
- Graumanns Festsäle, Naunynstr. 27.
- Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
- Metzdorf in Charlottenburg, Potsdamerstr. 44.
- Thiel in Rixdorf, Bergstr. 152.
- Fritsch in Steglitz, Florastr. 2a.
- Böhle in Spandau, Neumeisterstr. 5.
- Kaufhold in Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstr. 18.
- Tempel in Rummelsburg, Alt-Boxhagen 56.
- Gelling in Köpenick, Schönerlinderstr. 5.
- Schmutz in Weißensee, König-Chaussee 38.
- Gehlhaar in Tegel, Berlinerstr. 92.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen. Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt. Wahlleiter ist der Kollege Josef Hartmann, Engel-Ufer 15 I.

Montag, den 11. März,
abends 8 Uhr:

Bezirks-Versammlung für sämtliche Norden-Bezirke

im Lokal „Sophienäle“, Sophienstraße 18-19.
Tages-Ordnung:
1. Die gegenwärtige Lage und unser Verbandstag in München. Referent: Kollege Handke. 2. Diskussion.
Kollegen! Da es unbedingte Notwendigkeit ist über den Verbandstag informiert zu sein, ersuchen wir für regen Besuch der Versammlung zu agitieren.

Montag, den 11. März,
abends 1/2 9 Uhr:

Versammlung

der in den Eisenwerkstätten beschäftigten Former u. Berufsgenossen

(Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes)

im „Kolberger Salon“, Kolbergerstraße Nr. 23.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Cohen: Industriekonzentration und Gewerkschaftsorganisation. 2. Diskussion 3. Verbandsangelegenheiten. Wir erwarten zahlreiche und pünktliche Besuche.
NB. Vom 18. März ab befinden sich unsere Bureaus Charitéstraße 3, Hof III. Verwaltung: Amt III, 1987. Arbeitsnachweis: Amt III, 1239.
114/14 Die Ortsverwaltung.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sektion der Putzträger.

Sonntag, den 10. März, vormittags 11 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung in Wernaus Festsälen, Schwedterstraße 23.

Sektion der Töpferträger.

Montag, den 11. März, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenhägerstr. 57.

Sektion der Fahrstuhlarbeiter.

Sonntag, den 10. März, vormittags 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Jannasch, Inselstraße Nr. 13.

Gruppe der Brunnenbauer und Hilfsarbeiter.

Sonntag, den 10. März, vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei R. Augustin, Oranienstraße 103.

Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.

Sonntag, den 10. März, vormittags 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7. Tagesordnung wird in den Versammlungen bekannt gemacht. Um recht regen Beteiligung an allen Versammlungen ersucht.
Der Zweigvereinsvorstand.

Zentralverband d. Böttcher und Hilfsarbeiter Deutschlands

Filiale Berlin.

Sonntag, den 10. März, vormittags 10 Uhr, Weber-Straße 17:

Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:
Bericht über die Verhandlung und Angelegenheiten der Branche betreffend den Tarifvertrag und welche Stellung nehmen die Kollegen dazu.
Der Vorstand.

Das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig. Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 10. März, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23:

Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Wermuth über: „Die alte und die neue Internationale“. 2. Diskussion. Zu recht zahlreichem Besuch laden ein Die Abteilungsleiter.
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. 247/17*

Achtung! Herrenmaßschneider! Achtung!

Sonntag, den 10. März 1907, vormittags 10 Uhr, in der „Brauerei Friedrichshain“, am Friedrichshain:

Mitglieder-Versammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert. Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen mehr als 13 Wochen im Rückstande sind, haben keinen Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Militärschneider. Achtung!

Sonntag, den 10. März 1907, mittags 2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20:

Öffentliche Militärschneider-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Die Zustände in der Militärbranche unter Berücksichtigung der Rechtsstellung der Arbeiter. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen, auch die fernstehenden Kollegen sind eingeladen. Der Einberufer.

Zentral-Verband deutscher Brauereiarbeiter.

Zweigverein Berlin. Sektion I und II.

Die Wahl des Verbandsvorsitzenden

findet für Berlin und Umgegend am Sonntag, den 10. März 1907, von vormittags 12 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, in nachstehenden Bezirkslokalen statt:

- | | |
|---|---|
| 1. Norden:
Im Lokal von Wernaus Festsälen, Schwedterstr. 23/24. | 5. Charlottenburg-Westend:
Im Lokal von Bade, Nehringstraße 25. |
| 2. Nordosten und Osten:
Im Lokal von Seiersdorf, Elbingerstraße 9. | 6. Gesundbrunnen-Wedding:
Im Lokal von Maaß, Brunnenstraße 96. |
| 3. Rixdorf und Hasenheide:
Im Lokal von Küssner, Hasenheide 89. | 7. Spandau und Bichelsdorf:
Im Lokal von Böhle, Spandau, Neumeisterstr. 5. |
| 4. Kreuzberg:
Im Lokal von Schmidt, Belle-Alliancestraße 74a. | 8. Schöneberg und Westen:
Im Lokal von Krüger, Schöneberg, Vorbergstr. 9. |

Ferner findet die Wahl des Verbandsvorsitzenden am gleichen Tage in der Zeit von mittags 1-3 Uhr in nachfolgenden Vororten und Lokalen statt:

- | | |
|---|---|
| 1. Nieder-Schöneweide:
Im Lokal von Reimann, Grünauerstraße 5. | 3. Grünau:
Im Lokal von Franz, Köpenickerstraße. |
| 2. Friedrichshagen:
Im Lokal von Schnorre, Seefstraße 36. | 4. Groß-Lichterfelde-Ost:
Im Lokal von „Kaiserhof“, Am Kranoldplatz. |
| 5. Königs-Wusterhausen:
Im Lokal von Pirschel, Bahnhofstraße. | |
- Kollegen! Es ist Ehrenpflicht eines jeden Mitgliedes, sein Wahlrecht auszuüben! Erscheint alle zur Wahl! Die Vorstände der Sektionen I und II.

Lichtenberg.

Gemeindevahl! (147) Gemeindevahl!

Volkerversammlung

Sonntag, den 10. März, mittags 12 Uhr, im Schwarzen Adler, Frankfurt-Chaussee 5.

Tages-Ordnung:
Positive Arbeit der Sozialdemokratie in der Gemeinde. Referent: Stadtverordneter Dr. Alfred Bernstein. Diskussion! Freie Ansprache!
Jeder Gemeindevähler sollte erscheinen. — Frauen haben Zutritt.
Die Versammlung beginnt pünktlich 12 Uhr. Das soz. Wahlkomitee.

Berliner Volksblatt

komplette Jahrgänge, 1884-1890, zu kaufen gesucht. 233/75*

Handlung Vorwärts Lindenstr. 69, I. Hof part.

Kraft-Rothwies für Blutarmer u. Kranke, ärztlich empfohlen. Fi. 1.50 u. 2 M. überaus künstlich. In Apotheken, Drogen- u. Delikat-Gesch., steht unter ständ. Kontrolle des chem. Laborat. Dr. C. Bischoff.

Santa Lucia Nachahmungen zurückweisen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ginseker!

Sonntag, den 10. d. März, findet in allen Bezirken Bezirks-Sitzung statt. — Alle Kollegen, welche noch Billeits zu verrechnen haben, müssen dieselben am Sonntag abrechnen. 62/12

In der Kommissions-Sitzung, welche am Montagabend 8 Uhr bei Walter, Waldstr. 63, stattfindet, sind alle Kollegen, welche in der letzten Zeit der Aussperrung bei der Firma Fliege & Lehmann gearbeitet haben, eingeladen. Der Obmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Brandje der Möbelpolierer.

Sonntag, den 9. März 1907, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal): 61/20*

Großes frühlings-fest

Reigenfahrten der III. Abteilung des Berliner Arbeiter-Radfahrer-Vereins, Mitglied des A.-R.-B. „Solidarität“.
Nach dem Reigenfahren: Große Beerdigung und anschließende Ueberrauschung. Anfang 8 1/2 Uhr. — Billets 50 Pf. — Tanz frei. Um zahlreichen Besuch bitten. Das Komitee.
NB. Es wird gebeten, in Frühlingstrikots zu erscheinen.

Urteil.
In seiner Sitzung vom 15. Dezember 1906 hat das Gr. Schöffengericht Porphim für Recht erkannt: Der Angeklagte, Redakteur H. Weismann in Rastruhe wird wegen Verleumdung des Privatklägers, Rechtsanwalt Dr. Ketter in Porphim zu einer Geldstrafe von 30 Mark, an deren Stelle im Falle der Unbeibringung drei Tage Gefängnis treten und zu den Kosten verurteilt. Weiz: Hegler.
Vorlesende Ausfertigung stimmt mit der Urkopie überein.
Porphim, den 4. März 1907.
Der Gerichtsschreiber Dr. Ambsgerichs, Rastbacher.

Spandau.

Allgemeine Orts-Frankenkasse.

Am Montag, 18. März 1907, abends 8 1/2 Uhr, im Hotel „Roter Adler“:

Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht.
2. Bericht der Rechnungsprüfungs-Kommission.
3. Unsere Spottbefragungsangelegenheit.
4. Vorschlag eines Vorstandsmitgliedes (Arbeitnehmer).
5. Verschiedenes.
Der Vorstand. 271/1
Boll, Vorsitzender.

Orts-Frankenkasse der Stellmacher.

Bekanntmachung.

Die von der Generalversammlung vom 20. November 1906 beschlossenen Verhaltensregeln für erkrankte Kassenmitglieder treten mit dem Tage der Bekanntmachung an Stelle des am 2. Februar 1904 genehmigten Anhangs zum Statut in Kraft. 270/19
Der Vorstand.
J. H.: J. Josefowki, Vorsitzender. 41692*

Arbeiter-Berufs-Kleidung

I. Spezial-Geschäft nur 3 Mühlendamm 3. II. Geschäft: Kottbuserdamm 95. Adolf Wecker.

Lichtenrade 20 Pf. Tour! Quadratmeter 20 Pf. verkauft Eigentümers Paris, Berlin, Graust. 27, Ecke Kleinstraße. Auch bei monatl. Raten von 40-50 Pf. 17565*

Englischen Unterricht.

einzel und im Einzel, erheilt 36372* Gertrud Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

Bau- u. Gartenland-Parz.

außerst günstig nahe Berlin offeriert Paul Vahlteich, Berlin NW, Dielestraße 22.

Sanssouci, Kottbus

Strasse 4a. Direktion Wilhelm Reimer. Sonntag, Montag, Donnerstag: Hofmanns Norddeutsche Sanger. Tanztränchen. Berg. Sonntag u. Montag: Große Elite-Soiree. (Durchweg neues Progr.) Sonnt. 8 1/2, Wochent. 8 U. Jeden Dienstag: Theater-Abend.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ginseker!

Sonntag, den 10. d. März, findet in allen Bezirken Bezirks-Sitzung statt. — Alle Kollegen, welche noch Billeits zu verrechnen haben, müssen dieselben am Sonntag abrechnen. 62/12

In der Kommissions-Sitzung, welche am Montagabend 8 Uhr bei Walter, Waldstr. 63, stattfindet, sind alle Kollegen, welche in der letzten Zeit der Aussperrung bei der Firma Fliege & Lehmann gearbeitet haben, eingeladen. Der Obmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Brandje der Möbelpolierer.

Sonntag, den 9. März 1907, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal): 61/20*

Großes frühlings-fest

Reigenfahrten der III. Abteilung des Berliner Arbeiter-Radfahrer-Vereins, Mitglied des A.-R.-B. „Solidarität“.
Nach dem Reigenfahren: Große Beerdigung und anschließende Ueberrauschung. Anfang 8 1/2 Uhr. — Billets 50 Pf. — Tanz frei. Um zahlreichen Besuch bitten. Das Komitee.
NB. Es wird gebeten, in Frühlingstrikots zu erscheinen.

Verfammlungen.

Die Lehren der letzten Reichstagswahl

Befrach Genoffin Rosa Luxemburg am Mittwoch in einer sehr stark besuchten Volksversammlung, welche die weibliche Vertrauensperson nach dem „Fosjägerpalast“ in der Hofenstraße einberufen hatte.

Die Stimmung, welche der Ausfall der Reichstagswahl in unseren eigenen Reihen hervorrief, läßt drei Phasen erkennen. Zuerst herrschte Bestürzung, Angst, Depression wegen des unerwarteten Verlustes einer großen Zahl unserer Mandate.

Als Antwort auf die Frage, was bedeutet der Wahlausfall nicht nur für uns, sondern für die politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, als Antwort auf die Frage, wie sich unsere unerwarteten Mandatsverluste erklären, sind einzelne Ursachen angeführt worden.

Es ist kein Zweifel, daß große Schichten des Volkes, die sich früher nicht an den Wahlen beteiligten, sich diesmal gegen uns erhoben haben und daß es dadurch gelang, uns 40 Mandate zu entreißen. Das Gros dieser Leute gehört dem Mittelstande an, ein kleiner Teil mag auch zur Arbeiterklasse gehören.

Der Wahlkampf ist geführt worden unter der Parole der Kolonialpolitik. Warum konnte diese Parole eine so große Wirkung ausüben? Wer nicht schon durch unsere Agitation gegen die Kolonialpolitik von der Wertlosigkeit der deutschen Kolonien überzeugt war, der hätte davon überzeugt werden müssen durch die Kolonialreform und durch den Grundged der Kolonialpolitik.

deutsche Proletariat die Anwendung des Massenstreiks in Betracht zieht und es sieht, was geschehen kann, wenn das deutsche Proletariat gelernt hat, diese Waffe zu gebrauchen.

Die Reichstagswahl war eine parlamentarische Junischlacht des Kleinbürgertums gegen die Sozialdemokratie, ein Kampf einer absterbenden gegen eine aufstrebende Klasse, also ein Klassenkampf vom reinsten Wasser.

Die letzte Reichstagswahl ist der Abschluß der bisherigen und der Ausgangspunkt der weiteren Entwicklung, sie zeigt uns, daß die nächste politische Entwicklung unter dem Zeichen der Weltpolitik steht. Weltpolitik bedeutet Militarismus, Imperialismus, Kolonialpolitik.

Wir haben in Deutschland keinen Liberalismus und im Deutschen Reichstag keine bürgerliche Opposition mehr. Was bedeutet aber ein bürgerliches Parlament ohne bürgerliche Opposition? Man hält das Zentrum für eine Oppositionspartei.

Eine Richtung in unseren Reihen hält den Parlamentarismus nicht für eine durch die Verhältnisse bedingte, sondern für die einzige Form, in der wir unsere Ziele erreichen können. Diese Auffassung ist durch den Wahlausfall gründlich widerlegt worden.

proletarischen Kämpfer. Auch die Landarbeiter, die Post- und Eisenbahnbeamten, die wir als Wähler nur schwer gewinnen können, würden für uns eintreten, sobald sich das Volk in einer direkten Befreiungsbewegung befindet.

Der Vortrag fand allseitigen lebhaften Beifall.

Genosse Paul Hoffmann, der Vorsitzende des Wahlvereins für den 4. Wahlkreis, sendet uns folgende Mitteilung.

In gestriger Zuschrift des Genossen Bernstein Absatz 2 heißt es: Auf mein Verlangen hatten die Veranstalter der Versammlung sich mit dem maßgebenden Parteileiter des Distrikts, Genossen Paul Hoffmann, ins Einvernehmen gesetzt und seine Zustimmung dazu erhalten, daß die Versammlung als Volksversammlung einberufen werden sollte.

Die Unbefugten, am Dienstag, den 5. März, eine Versammlung einzuberufen, dazu wäre Genosse Bernstein einverstanden, und er sagte, ob ich gewillt wäre, die Einberufung dieser Versammlung mit meinem Namen zu unterzeichnen.

Ich erklärte: Wenn Ihr denkt, daß dadurch Eure Versammlung besser besucht wird, so, aber auch nur aus diesem Grunde, bin ich bereit, die Einberufung zu unterzeichnen.

Ich will bemerken, wäre mir die Sache so wie es Genosse Bernstein darstellt, vorgetragen worden, so hätte ich ein derartiges Ansuchen randweg abgelehnt.

Ich stelle also fest: Es ist nicht wahr, daß ich meine Zustimmung zu einer Volksversammlung gegeben habe, und somit ist auch nicht wahr, daß ich ein Inserat, das ursprünglich auf „Volksversammlung“ lautete, unterzeichnet habe.

Somit ist aber auch die Schlussfolgerung des Genossen Bernstein, der „Vorwärts“ habe von seinem Vorhaben Kenntnis gehabt und er (der „Vorwärts“) habe auf die Abänderung des Inserats gedrungen, völlig haltlos.

Witterungsübersicht vom 8. März 1907, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer (hoh und niedrig), Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. (in °C und °F), Stationen, Barometer (hoh und niedrig), Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. (in °C und °F).

Weiter-Prognose für Sonnabend, den 9. März 1907. Zunächst etwas mäßiger, vorübergehend trübe mit Niederschlägen und tiefen weissen Wintern; später aufklarend und milder etwas kälter.

Wasserstand am 8. März. Elbe bei Wittenberg — 67 Sp. — Elbe bei Magdeburg 2,88 Meter. — Elbe bei Straußfurt — 67 Meter. — Oder bei Rathow 1,55 Meter. Oder bei Dresden Oberpegel — 0,88 Meter. — Reihemündung 1,62 Meter. Oder bei Drieg 2,42 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 9. März.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Sinfoniekonzert.
Kgl. Schauspielhaus. Geschlossen.
Deutsches, Romeo und Julia.
Vorabend. Das Glöckchen des Eremiten.

Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Im bunten Rock.

Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.)
Neben Theresie. — Sein Mißli.

Reising. Wiege und Maria.
Wesien. Die lustige Witwe.
Nachmittags 3 Uhr: Der Freischütz.
Berliner. Der Hund von Baskerville.

Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Nachmittags 3 Uhr: Wohlthätigkeits-Vorstellung. Kalmo II. Akt.
Lorca III. Akt.

Zentral. Der blaue Klub. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Torquato Tasso.

Kleines. Die Kralle.
Neues. Wiener Vorzeilen.
Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?

Lustspielhaus. Husarenfieber.
Deutsch-Amerikanisches. Nigolotto.
Thalia. Olympische Spiele.
Luisen. Der lange Kerl.

Nachmittags 4 Uhr: Rag und Wotz.
Trianon. Gel. Josette — meine Frau.

Bernhard Hofe. Sherlock Holmes.
Nachmittags 4 Uhr: Das tapfere Schneiderlein.

Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Weber. Herrnsfeld. Ein verrücktes Hotel.

Wintergarten. Charlotte Wiehe.
Abende. Die 3 goldenen Jungfrauen.
Bernhard Hofe. Spezialitäten.

Kaisers. Mit Carter. Spezialitäten.
Voltes Caprice. 100 000 Gulden.
Müßig. Im Inspektionszimmer.

Palast. Danke, Herr Franke. Spezialitäten.
Prater-Theater. Geschlossen.

Figaro. Seelenretter. Gekkerauto.
Paris. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Walshalla. Die goldene Eva. Spezialitäten.

Passage. Mal was Anderes. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sängern.
Karl Daveland. Spezialitäten.

Antimes. Eine vom Ballett.
Bodenstreich. Bunter Teil.
Urania. Tandenstraße 48/49.
4 Uhr: Egitien.

8 Uhr: Professor Kohnke: Unter den Trümmern von San Francisco.
Hörssaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Die Korpuskularstrahlen. I. Teil.
Sternwarte. Invaldenstr. 57/62.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend, Sonntag, Montag:
Der Hund von Baskerville.

Neues Schauspielhaus
Sonnabend, den 9. März, 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Josef Kainz:
Torquato Tasso
Sonntag: Das Fest des Sankt Matern. Der arme Narr. Der goldene Schlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Meißner Porzellan.
Sonntag: Weiskner Porzellan.
Montag: Weiskner Porzellan.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Kralle.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl.
Abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte.
Montag: Eine triviale Komödie für feriele Leute. (Smybury.)

Lortzing-Theater
Belleallianenstr. 7/8.
Sonnabend, den 9. März, 7 1/2 Uhr:
Das Glöckchen des Eremiten.
Abonnement gültig!
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Fiebermaus. 7 1/2 Uhr: Martha.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Nachmittags 4 Uhr: Kinderdarstellung
Ray und Morin.
Eine Subengeschichte in 7 Streifen.
Abends 8 Uhr:
Der lange Kerl.
Lustspiel in 4 Akt. v. Jean Glatemont.
Sonntag 3 Uhr: Der Hüttendiebstahl.
8 Uhr: Dorf und Stadt.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sängern.
Neu! „Ballettschule
Stapperma“.
Anfang
Sonnabends
8, Sonntags
7 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
4 Uhr: **Sizilien.**
8 Uhr:
Professor Kohnke:

Unter den Trümmern von San Francisco.
Hörssaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Die Korpuskularstrahlen (I. Teil).

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr: Neben Theresie.
Hierauf: Sein Mißli.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Husarenfieber.

Zentral-Theater.
(Operette.) 7 1/2 Uhr: Gastspiel des
Hrn. Ed. Steindorfer. Zum 1. Male:
Der blaue Klub.

DERNHARD ROSE THEATER
Hr. Frankfurterstr. 132.
Nachm. 4 Uhr: Kinderdarstellung
bei kleinen Preisen:
Das tapfere Schneiderlein.
Abends 8 Uhr: **Sherlock Holmes.**
Morgen nachmittags 3 Uhr: **Die
Verschwörung der Frauen.**

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwan in 3 Akten v. M. Hennequin
und Pierre Biber.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Der
Prinzegehoß.**

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Gesamtgastspiel Theater des Bestens.
Heute abends 8 Uhr:
Gastspiel **Sophie Schumann-Engel:**
Rigoletto.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Rigoletto.**
Sonntag abend: **Zigeunerbaron.**

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Julius Freund. Musik von
Viktor Holländer. Dirigent Max
Roth. In Szene gesetzt von
Direktor Richard Schultz.
Masaryk. Wolf. Bender.
Glampietro. Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Morgen Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Apollo Theater
8 Uhr: **All den Mosen.** Barletta.
9 1/2 Uhr: **Colo de Lasso-Duo.** Iamische
Drahtheil-Mit. 9 1/2 Uhr: **Die drei
goldenen Jungfrauen.** 10 Uhr: **Bern-
hard Mörbis** mit neuen Tönen.
10 1/2 Uhr: **Im Bos.** große Pantomime
von Webr. Donathen und Uebel.
Außerdem das übrige große Pro-
gramm.

Passage-Theater.
2. Monat.
Täglich auferläuft!
**Der größte Vacherfolg
der Saison:**
**„Mal was
Anderes“.**
Die Theims-Troupe
und die 10 glänzenben
März-Spezialitäten.

WINTER GARTEN
Charlotte Wiehe
und das
neue glänzende
März-Programm.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sängern.
Neu! „Ballettschule
Stapperma“.
Anfang
Sonnabends
8, Sonntags
7 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz
v. Schöthan u. Bretherrn v. Schlicht.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Montag, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Narrenglanz.
Ein Spielmannsdrama in 4 Akten
von Rudolf Rittner.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Pfarrer v. Kirchfeld.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Narrenglanz.
Montag, abends 8 Uhr:
Narrenglanz.

Castans Panopticum
Friedrichstraße 165
„Nada“ — der sprechende Kopf.
Von abends 7 Uhr ab:
Berliner Sängern.
Reichhaltiges und originelles künstlerisches Programm.

Ausstellungs-Hallen
AM ZOOLOGISCHEN GARTEN
PROMENADEN-KONZERTE
SONNTAG, den 10. März, 7 1/2 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNABEND, den 23. März, 8 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
Rauchen gestattet.
Speisen und Getränke werden an Tischen verabfolgt.
Saalplatz 50 Pf. Balkon 1 M.
Billotts bei Boto & Bock, A. Wertheim, Leipziger Straße,
und an der Abendkasse.
4011L*

Zirkus Schumann
Heute Sonnabend, den 9. März:
Fortsetzung
der **großen internationalen
Ringkampf-Konkurrenz**
um **Goldenen Kranz von Berlin** u.
den **10 000 Mark** bar.
Heute ringen:
Paul Mohr, Berlin, gegen **Khalz
Dietrich,** Oesterreich. **Kassartseffe,
Bordeaux,** gegen **Sikmann,** Bel-
gien. **Marinus van Niel,** Amster-
dam, gegen **Miso,** Italien. **Paul
Dons,** Paris, gegen **Paul Bahn,
Bremen.**
Berber Galoprogramm, sämtliche neu
engag. Spezialitäten u. Dir. Albert
Schumanns neueste Konsterdarstellungen.
Um 9 1/2 Uhr: **St. Hubertus.**
Sonntag 2 Galaprogramme. In
beid. Vorstellungen ausnahmsweise:
St. Hubertus. (Nachmittags ein
Stund frei!)

Zirkus Busch.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Um 9 1/2 Uhr: Fortsetzung der
**International. Ringkampf-
Sonderkonkurrenz**
um die **Prämien v. 10 000 M.**
und den **großen Gold-Pokal** der
Zeitung „Das Deutsche Blatt“.
Feiner: Reut Original Berg,
Kaltenkrotalen, sowie das große
Galaprogramm.
Um 9 1/2 Uhr: **ROM.**
Sonntag: 2 große Gala-
Vorstellungen, nachm. 4 Uhr
u. abends 7 1/2 Uhr. Nachm. hat
jed. Erwachs. 1 Kind unt. 10 J. frei.

Intimes Theater
Dresdenerstraße 97.
Gastspiel des
Budapester Burlesken-Ensembles
Linde-Wolf.
„Eine vom Ballett.“
„Zapfenstreich.“
Bunter Teil.

Kasino-Theater
Reichlingerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nick Carter.
Kriminalroman in 3 Akten v. Oswald.
Mit Carter, Deletto: **Hans Berg.**
Berber das **neue März-Programm.**
Sonntag 4 Uhr: **Veilige Leute.**

Palast-Theater.
Burgstr. 24. 2 Min. v. Bahnhof Börsen.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der sensationelle März-Spielplan.
Unter andern:
Kioday Godayou,
japanische Equilibristen.
Selfman and Punch,
musikalische Exzentrikt.
Danke, Herr Franke
Schwan.
Familienarten, wochentags zum
halben Kassenpreis gültig. in Barber-,
Friseur- u. Zigarengeschäften gratis.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Die Liebesdaukel.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhmann, Schönhafer Allee 148.
neue erstklass. Nummern
Ganz Berlin | Ganz Berlin
staunt über die leicht über das
Spezialitäten | Programm.
Nach der Vorstellung
— Punkt 10 Uhr: — **Gr. Extratanz.**
Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Buggenhagen!!
Immer noch die
besten
**Bockbier-
Feste.**

Otto Pritzkow. Münzstr. 16,
Welt-Ausstellungs-
Biograph-(St. Louis)
Theater lebender
Photographien.
Der Untergang des
Dampfers „Berlin“.
168 Tote, 12 Gerettete.
Den ganzen Tag Vorstellung.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Zum überhaupst ersten Male:
Vor dem Staatsanwalt.
Modernes Sittenbild in 4 Akten.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Voll.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Folies Caprice.
Linienstr. 132, an der Friedrichstr.
Heute abends 8 Uhr:
10 000 Gulden Wittgift.
Glänzend neuer Solotitel:
Im Inspektionszimmer.
Vorverkauf an der Theaterkasse
und bei Wertheim.

Brunnen-Theater
Gesundbrunnen. Badstraße 58.
Direktion: Bernhard Rose.
Sonntag, 10. März, nachm. 3 Uhr:
Sherlock Holmes
Abends 7 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.
Tragödie in 5 Akten (9 Bildern).
Billetvorverkauf von 10—1 Uhr
an der Theaterkasse.

**Gebr. Herrnsfeld-
Theater** Vorderb.
8 Uhr. 11-2 Uhr
57 Kommandantenstr. 57.
Die stürmisch bejubelte
Novität
**Ein
verrücktes Hotel**
Komödie in 3 Akten mit den
Autoren H. und D. Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr
bei halben Kassenpreisen:
Hausierer Jockele
und
Die letzte Ehre
mit H. und D. Herrnsfeld.

**Walhalla-
Varieté-Theater**
Weinbergsweg 19/20, Holentz. Tor.
Heute abends 8 Uhr:
**14 großartige
März-Spezialitäten.
5 Geschwister Pérez**
Gymnastiker auf 3 freisteh. Leitern.
Frosso, der Geheimnisvolle.
3 Soubretten. — 2 Komiker usw.

Kasino-Theater
Reichlingerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nick Carter.
Kriminalroman in 3 Akten v. Oswald.
Mit Carter, Deletto: **Hans Berg.**
Berber das **neue März-Programm.**
Sonntag 4 Uhr: **Veilige Leute.**

Palast-Theater.
Burgstr. 24. 2 Min. v. Bahnhof Börsen.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der sensationelle März-Spielplan.
Unter andern:
Kioday Godayou,
japanische Equilibristen.
Selfman and Punch,
musikalische Exzentrikt.
Danke, Herr Franke
Schwan.
Familienarten, wochentags zum
halben Kassenpreis gültig. in Barber-,
Friseur- u. Zigarengeschäften gratis.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Die Liebesdaukel.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhmann, Schönhafer Allee 148.
neue erstklass. Nummern
Ganz Berlin | Ganz Berlin
staunt über die leicht über das
Spezialitäten | Programm.
Nach der Vorstellung
— Punkt 10 Uhr: — **Gr. Extratanz.**
Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Buggenhagen!!
Immer noch die
besten
**Bockbier-
Feste.**

Otto Pritzkow. Münzstr. 16,
Welt-Ausstellungs-
Biograph-(St. Louis)
Theater lebender
Photographien.
Der Untergang des
Dampfers „Berlin“.
168 Tote, 12 Gerettete.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Sozialdemokratischer Wahlverein

des
8. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 2. d. M. verstarb unser
Mitglied, der Schlosser
Heinrich Stolzenwald
Neue Hofstr. 13.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonnt-
tag, nachmittags 2 Uhr, von der
Halle des Dankeschloßhofes aus
statt. 247/19
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Nachruf.
Am 4. d. M. verstarb unser
Mitglied, der Maurer
Johann Streeck,
Kostoderstr. 16.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am Don-
nerstag auf dem Helandstrichhof
statt.
Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schlosser
Heinrich Stolzenwald
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 10. März, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Dankeschloßhofes in
Reinickendorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Mechaniker
Gustav Amberg
am 6. März vormittags 7 1/2 Uhr
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 9. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Kranenbaues im
Friedrichshain aus nach dem
Andreas-Kirchhof, Wilhelmberg,
statt.
Rege Beteiligung erwartet
114/13 **Die Ortsverwaltung.**

**Vereinigung der Maler,
Lackierer, Anstreicher usw.**
Beatek Wedding.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Albert Hug
am 7. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 10. März, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Razareth-Kirchhofes
(Reinickendorf-West) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
124/13 **Die Ortsverwaltung.**

Prater-Theater
Kassanien. Allee 7-9.
Heute geschlossen.
Morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Maria Stuart.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die weiße Rose.

Gustav Behrens Theater
Schöneberg, Goltzstraße 9.

Koloas. Erfolg der Ausst.-Posse:
Husarenfieber in Potsdam.
„Mora“?? Größte Sensation,
sowie 10 erstklass. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Otto Pritzkow. Münzstr. 16,
Welt-Ausstellungs-
Biograph-(St. Louis)
Theater lebender
Photographien.
Der Untergang des
Dampfers „Berlin“.
168 Tote, 12 Gerettete.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Jeder Herr!!
ist verpflichtet, mein Angebot zu prüfen!
S. Littmann
Zentrale für Herren- u. Knaben-Moden
| nur No. 2 Granienstraße nur No. 2 |
nahe Station Hochbahn Oranienstraße.

Ich offeriere:
Feine Sommer-Paletots von Mk. 11,50 an
Elegante Herren-Anzüge „ 10,50
Feine Herren-Anzüge „ 12,00
Solide 1- und 2reihige Herren-Anzüge „ 14,50
Elegante Kammgarn-Anzüge „ 16,50
Hochfeine Rock-Anzüge, 1- u. 2reihig „ 22,50
Hochfeine Einsegnungs-Anzüge „ 10,75
Elegante Stoff-Jacketts „ 5,50
Feine Burschen-Anzüge „ 5,75
Elegante Herren-Stoffhosen „ 2,50
Schöne Knaben-Anzüge für jedes Alter „ 3,50
Elegante Radfahr-Anzüge „ 12,50

Anzüge sowie Paletots für extra korpulente Herren
in großer Auswahl vorrätig von 18,50 Mk. an.
Dieses Inserat wird beim Einkauf von 10 M.
für 50 Pfg. in Zahlung genommen.
Bestellungen nach Maß sowie Reparaturen werden
sauber und billig ausgeführt.
Prinzip: Großer Umsatz — Kleiner Nutzen.
S. Littmann, Zentrale für Herren- und Knaben-Moden
nur No. 2 Granienstraße nur No. 2.
Bitte genau auf Firma u. Hausnummer zu achten!

Kein Kaufzwang.

Kein Kaufzwang.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnen-Strasse 17-18.

Veteranen-Strasse 1-2.

Vorzugs-Preise für Lebensmittel

Soweit Vorrat. Heute, Sonnabend Soweit Vorrat.

Fleischwaren

Pa. Schinkenspeck in ganzen und halben Stücken . . . Pfund	98 Pf.	Pa. Polnische Bratwurst zum Robben, im ganzen . . . Pfund	85 Pf.
Pa. Land-Speck mager, in ganzen und halben Stücken . . . Pfund	80 Pf.	Pa. Pommersche Mettwurst im ganzen . . . Pfund	75 Pf.
Pa. Braunschw. Mettwurst im ganzen . . . Pfund	90 Pf.	Pa. Pommersche Leberwurst II im ganzen . . . Pfund	55 Pf.
Pa. Sächsische Rotwurst im ganzen . . . Pfund	55 Pf.		

Prima Cassler Rippespeer Pfund **80 Pf.**

Haushalt-Marmelade 5 Pfund-Eimer 1.15 | Kunst-Honig, blaue Emailletöpfe, 10 Pfund-Topf 2.55

Ein grosser Posten **Ess-Aepfel** hochfein im Geschmack 5 Pfund **90 Pf.**

Feinste Tafel-Butter . . . Pfund 1.18 | Camembert-Käse, Prima . . . Stück 18 Pf.

Prima **Räucher-Lachs** in Portionsstücken Pfund **80 Pf.**

Sonnabend früh eintreffend: Pökel-Eisbein . . . Pfund **55 Pf.**
Pökel-Rippchen . . . Pfund **65 Pf.**

Westfälische Schinkenwurst in ganzen Würsten . . . Pfund **1.10** | Schlack- u. Salamiwurst, schnittfest, in ganzen Würsten . . . Pfund **1.20**

MARKE

SALAMANDER

Das Hervorragendste Erzeugnis der deutschen Schuhindustrie



Einheitspreis:
Für Damen u. Herren Mk. 12.50
Luxusausführung - Mk. 16.50

SALAMANDER

Schuh-Gesellschaft g. b. H.
Berlin W. Friedrich-Strasse 182
C. König-Strasse 47
SW. Friedrich-Strasse 221.

FORDERN SIE NEUES MUSTERBUCH

Sie sollten No. 61 probieren, eine wirklich vorzügliche 6er Cigarre von



I. NEUMANN

Cigarren-Fabriken · 103 Zweiggeschäfte

Davon in BERLIN: Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr. — Chausseestraße 16, Ecke Invalidenstr. — Chausseestr. 36/37, Ecke Schwartzkopffstraße. — Dresdenstr. 5, Ecke Adalbertstr. — Friedrichstr. 171, Ecke Französ. Str. — Gertraudenstr., Ecke Breitestr. 20a. — Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr. — Jerusalemstr. 41, Eck Krausenstr. — Kaiser Wilhelmstr. 19, Ecke Münsstr. — Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr. — Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr. — Potsdamerstr. 57/58, Ecke Bülowstr. — Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr. — Rosenthalerstraße 48, Ecke N. Schönhauserstraße. — Umlandstr. 33, E. Lietzburgerstr. — Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr. — Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr. — Rixdorf: Bergstr. 146.

Eigene große Betriebswerkstätten.

Jeder Herr

welcher Wert darauf legt, zum Frühjahr einen eleganten Anzug oder Paletot fertig oder nach Maß zu tragen, versäume nicht, seinen Bedarf zu decken bei der Firma

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78

Wir bringen eine unerreichte Auswahl in

Einsegnungs-Anzügen

Frühjahrs-Anzügen und Frühjahrs-Paletots.

Unerreicht groß ist unser Lager in Stoffen zur Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß. Sämtliche Sachen werden in eigenen der Neuzeit entsprechend eingerichteten Betriebswerkstätten unter Leitung erster Meister angefertigt. Unsere Abteilung „Anfertigung nach Maß“ ist einzig dastehend. Wir richten an unsere Kunden die ergabenste Bitte, die Bestellung rechtzeitig zu übergeben, damit wir in die Lage gesetzt werden, die bei uns bestellten Maßsachen auf das sorgfältigste verarbeiten zu können und in jeder Weise zufrieden zu stellen.

Unsere Grundsätze:
Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalentwurf!
Nachdruck
verboten.

Spezial-Haus eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung
fertig und nach Maß
Bekleidung für sämtliche Berufe.

Leske & Lehrer, Kottbuser Damm 78.

Bitte beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer.

Eigene große Betriebswerkstätten.



Achtung!
Maurer-Anzüge
Arbeiter-Kleidg.
umgezogen n. d.
Brunnenstraße 158.
Gelber Laden.

Nathan Wand
129 Stollbergstr. 129.
Die schönsten Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neuem, feinstem Material
Monats-Garderobe
von stabilen getragenen Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu haben. Billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Stollbergstr. 129.
Nachbarn Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Wir zahlen unseren Schneidern tarifmäßige Löhne.

Aufruf! an die Leser des Vorwärts!

Durch sehr vorteilhaften Einkauf, geringe Spesen und große Fachkenntnisse sind wir nur allein in der Lage, dem kaufenden Publikum das denkbar Beste zu außergewöhnlich billigen, aber streng festen Preisen zu bieten.

- Unerreicht ist unsere Auswahl in
- Sommer-Anzügen Sommer-Paletots
 - Knaben-Anzügen Knaben-Paletots

Einsegnungs-Anzügen

Unser Geschäftsprinzip beruht auf streng reeller Bedienung; Verarbeitung guter, ausgeprobter Stoffe; großer Auswahl in allen Abteilungen.
Für guten, tadellosen Sitz unserer Maßsachen leisten wir Garantie!!!

Hoffmann & Dalchow
12 Wilmersdorferstr. 12
Ecke Schulstraße.
Spezial-Haus eleg. Herren- und Knaben-Bekleidung
fertig und nach Maß.
Berufs-Kleidung jeder Art.

Auf Wunsch mehrerer unserer geschätzten Kunden, welche am Eröffnungstage uns nicht besuchen konnten, haben wir uns entschlossen, auch diesen Sonnabend, den 9., und Sonntag, den 10. März, beim Einkauf eines Herren-Anzuges oder Paletots eine
hochelegante bunte Weste gratis
zu verabfolgen.

Wir bitten unsere geschätzten Kunden, Freunde und Gönner, uns in ihren Bekannten- u. Freundeskreisen behutsam vorteilhaftem Einkaufs von Bekleidungsstücken freundlichst zu empfehlen.

Wir bügeln und reparieren alle bei uns gekauften Sachen gratis.

Billigste Bezugsquelle für Monats-Garderoben.

Die schönsten Herren-Paletots und Anzüge in getragener, speziell Monatsgarderobe von 9 M. an. Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sowie Knaben- und Burschen-Anzüge und Arbeiter-Garderobe sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
16/11
H. Kieferbaum, Prinzenstr. 33 zwisch. Moritzplatz und Ritterstraße.
Bitte auf die Hausnummer zu achten.

Eigene große Betriebswerkstätten.

Wir bügeln und reparieren alle bei uns gekauften Sachen gratis.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Mariendorf (Teltow-Beeskow) steht uns das Lokal von Striße „Zum Landhaus“ zu den belannten Bedingungen zur Verfügung.

Auf Wunsch der Parteigenossen Charlottenburgs ist über den Saal sowie über die Restaurationsräume des dortigen Schiller-Theaters die Sperre verhängt, da der Pächter deselben, Herr Fiebig, sich weigert, uns den Saal zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen.

In Redlig bei Potsdam sind jetzt sämtliche Lokale gesperrt, wir ersuchen dies bei Arrangierung von Ausflügen und hauptsächlich Dampfparaden zu beachten.

In Reuthen sind nach wie vor sämtliche Lokale gesperrt; ganz besonders machen wir auf das Restaurant von Rastadt, sowie auf Trills Waldschlößchen aufmerksam; ersterer will „nur vornehmern Verkehr“ in seinem Lokal, wohingegen der letztere „erst einmal sehen will, ob sein Lokal wirklich seitens der Arbeiterschaft gemieden wird“.

Am Sonntag, den 10. d. M., veranstaltet der Berliner Schwimmklub „Forelle“ von 1903 ein Schwimmfest. Die sich hieran anschließende Preisverteilung nebst Tanzkränzchen findet in den „Fürstberg-Festlokalen, Rosenthalerstr. 38 statt. Wir weisen darauf hin, daß das genannte Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht.

6. Wahlkreis. Sonntag abend 6 Uhr findet im „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Genosse Bermuth über: „Die alte und die neue Internationale“ spricht. Zahlreichen Besuch erwarten. Die Abteilungsleiter.

Nieder-Barnim. Am Sonntag, den 10. März, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokale von Weigel in Kummelsburg, Türschmidtstraße, eine Generalversammlung des sozialdemokratischen Kreiswahlvereins Nieder-Barnim statt. Tagesordnung: 1. Kassen- und Jahresberichterstattung. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Anträge. 4. Rückblick auf die Reichstagswahl. Referent: A. Stadthaus. 5. Kreisangelegenheiten. J. A. G. Freiwaldt.

Lichtenberg. Sonnabend, den 16. März, findet im „Schwarzen Adler“ (Wabr. Arnold) Frankfurter Chaussee 5/6, das Stiftungsfest des Wahlvereins statt. Mitwirkende sind: Neues Tonkünstler-Orchester (Dirigent Franz Hollfelder) und Fräulein Helene Hartwig, Hofopernsängerin. Kapelle: großer Ball. Um zahlreichen Besuch ersucht. Der Vorstand.

Biesdorf, Rausdorf und Umgegend. Sonntag, den 10. März, mittags 1 Uhr, findet in Jenglers Gesellschaftshaus, Dorfstraße, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. „Was lehren uns die Reichstagswahlen?“ 2. Diskussion. Um zahlreichen Erscheinen bitten. Der Einberufer.

Rösig-Wusterhausen und Wilkau. Die Parteigenossen, die sich zur Hausagitation gemeldet haben, werden ersucht, Sonntag, den 10. März, früh pünktlich 7 1/2 Uhr, im Lokale der Witwe Langen zu erscheinen.

Reinickendorf-West. Am Montag, den 11. März, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Franke, Eichbornstr. 118, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher die Genossin Jhrer über „Fürsorgeerziehung und deren Wirkung“ referiert. Die Handzettel zu dieser Versammlung werden am morgigen Sonntag vormittags von den Lokalen S. Otto, Berlinerstraße, und Franke, Eichbornstraße, aus verbreitet. Die Genossen werden ersucht, vollständig zur Stelle zu sein.

Berliner Nachrichten.

Neue Museumspläne.

Die Berliner Museen bedürfen seit längerer Zeit bereits einer einheitlichen, zusammenschließenden Umgestaltung. Die älteren nach modernen Anforderungen nicht mehr zweckmäßigen Gebäude sind überfüllt, zum Teil so vollgepackt, daß sie unübersichtlich geworden sind. Vieles ist in Magazinen aufgestapelt und den eigentlichen Museumszwecken entfremdet. So ist denn eine Reform an Haupt und Gliedern unvermeidlich. Generaldirektor Wilhelm Bode hat in einer Denkschrift ein Programm entworfen, das wenigstens den dringendsten und nächsten Aufgaben gerecht zu werden versucht. Die Mängel und Ungünstigkeiten werden klar dargelegt und die umfassender gewordenen Bedürfnisse anerkannt:

„Da die Schätze ganzer Abteilungen zur Hälfte oder noch darüber hinaus magaziniert sind, muß jetzt für die ausgiebige, auf absehbare Zeit ausreichende Erweiterung der älteren Sammlungen, wie für die Sammlungen der neu hinzugekommenen Gebiete der Platz gesucht werden. Auch müssen bei dem seither wesentlich verstärkten Besuch des Publikums und den neuen Anforderungen, die für die zahlreichen, zur unentbehrlichen Gewohnheit gewordenen wissenschaftlichen und populären Vorträge und Führungen gestellt werden, die Räume zum Teil größer gestaltet werden, als früher vorgeesehen war.“

In Um- und Ausbauten werden vorgeschlagen: Eine Erweiterung der ägyptischen Abteilung auf dem Gelände vor dem Neuen Museum und im Anschluß daran die Schaffung eines besonderen Museums für vorderasiatische Kunst, eine Erweiterung der antiken Sammlungen durch Anlage zweier Richthöfe neben dem Pergamon-Museum, die dieses mit dem Neuen und Alten Museum verbinden sollen. Vor allem aber wird ein „Museum für ältere deutsche Kunst“ projektiert, das die zerstreuten Schätze der älteren deutschen Kunst sammeln und übersichtlich vor Augen führen soll. Es heißt darüber in der Denkschrift, die die Unhaltbarkeit des bisherigen Zustandes darlegt:

„Für die ältere deutsche Kunst ist der Bau eines besonderen Museums erwünscht. Ein solches Museum fehlt aber nicht nur bei uns; in ganz Deutschland besitzen wir kein eigentliches Museum der älteren deutschen Kunst. Denn das Germanische Museum in Nürnberg ist mehr eine kunstgewerbliche und kulturhistorische Sammlung; das Römisch-Germanische Zentralmuseum in Mainz umfaßt neben den auf deutschen Boden gefundenen Resten römischer Kunst nur die Anfänge der deutschen Kunst und ist auch für diese einseitig und unvollständig; das Münchener Museum endlich, das den ersten Anspruch darauf erheben könnte, will schon seinem Namen nach nur ein „Bayerisches Nationalmuseum“ sein. Ein Museum der älteren deutschen Kunst ist daher eine Notwendigkeit für die Reichshauptstadt, und um ein solches nach zu wirklicher Bedeutung zu bringen, müssen die Vorbereitungen dafür sofort in Angriff genommen werden.“

In Berlin ist bei Begründung der königlichen Museen und seither bis zum Jahre 1871 der deutschen Kunst so gut wie gar keine Aufmerksamkeit erwiesen worden. Erst in neuer Zeit ist wenigstens in einigen Abteilungen der königlichen Museen, eine Vermehrung der Sammlungen gerade nach der Seite der deutschen Kunst ernstlich angestrebt worden. Diese Er-

werbungen, die zumeist mit dem älteren Bestande im Kaiser Friedrich-Museum vereinigt worden sind, lassen sich aber nur als der Anfang eines Deutschen Museums bezeichnen. Ein solches soll durch seinen Inhalt und seine Aufstellung den Grundcharakter der deutschen Kunst und den Zusammenhang ihrer verschiedenen Entwicklungsstadien klarlegen, soll den Genuß daran und das Verständnis dafür fördern, und zwar in ganz anderer Weise, als es bisher möglich war; es soll dadurch zugleich die Erforschung der deutschen Kunstgeschichte unterstützen und der bisher nur lümmlich bedachten Publikation ihrer Monumente, die mit der Bildung des Museums Hand in Hand gehen muß, zu Hilfe kommen.“

Der Neubau für dieses Museum soll in unmittelbarer Verbindung mit dem Kaiser Friedrich-Museum stehen.

Da das „Museum für Völkerkunde“ durch den Neubau in Dahlem entlastet wird, soll in ihm der asiatischen Kunst ein breiter Raum geschaffen werden. Von der „Nationalgalerie“ soll eine National-Porträtgalerie abgezweigt werden. Auch auf eine zweckmäßige Ausgestaltung der Provinzialsammlungen nimmt das Projekt Rücksicht.

Es sind weit ausgreifende Pläne, die natürlich im einzelnen sorgsam geprüft werden müssen. Der Schauplatz dafür ist das preussische Abgeordnetenhaus, die Stätte, von der die einzige Kulturpartei Preußens, die Sozialdemokratie, ausgeschlossen ist.

Fort mit der Prügelpädagogik!

Wenn ein großes Gemeinwesen, wie Berlin es ist, einmal den Versuch machen wollte, für seine zahlreichen Volksschulen überall einen völligen Verzicht auf die bisherige Prügelpädagogik herbeizuführen, so müßte diese Maßregel durch ihren Erfolg im ganzen Lande Aufsehen erregen und würde als Vorbild wirken.

Die Verwirklichung eines solchen Gedankens ist natürlich nicht ganz einfach. Es gibt zahlreiche Lehrer, die leider sich und ihre Schüler so sehr an den Stod gewöhnt haben, daß beide ohne ihn zunächst schwer miteinander auskommen könnten. Wahrscheinlich würde bei vielen Lehrern das Experiment nicht sogleich nach Wunsch gelingen, und es ist zu fürchten, daß dann lauter als je die Forderung erhoben würde, die „altbewährte“ Prügelpädagogik solle wieder in ihre Rechte eingesetzt werden. Hierin liegt die eine Schwierigkeit. Die andere liegt darin, daß die Gemeindeverwaltung den an ihren Schulen tätigen Lehrpersonen über diesen Punkt eigentlich wenig vorzuschreiben darf. Die Prügelpädagogik ist gesetzlich geschützt, mithin hat der Lehrer grundsätzlich das Recht, zu hauen, wenn er es für nötig hält. Er muß nur die Klugheit üben, immer nur „mit Maßen“ zu hauen, dann kann ihm niemand dazwischen fahren. Gegen ein von einer Gemeindebehörde ausgehendes grundsätzliches Verbot des Prügelns würden die Gemeindeführer, die (wenn der Ausdruck erlaubt ist) der Prügel zu bedürfen glauben, beunruhigt durch die staatliche Aufsichtsbehörde sehr nachdrücklich in Schutz genommen werden.

Indes, das hindert nicht, daß eine einsichtige Gemeindeverwaltung sozusagen auf glücklichem Wege den Lehrern den Stod aus der Hand wenden könnte. Wenn an der Spitze des Volksschulwesens einer Großstadt eine überragende Persönlichkeit steht, dann ist es sehr wohl möglich, von hier aus auf die Lehrerschaft in dem Sinne einzuwirken, daß der prügelnnde Pädagoge mehr und mehr in der Achtung seiner Berufsgenossen sinkt. Berlins Volksschulwesen ist ein reichliches Vierteljahrhundert hindurch von einem Manne geleitet worden, der fähig war, einen bedeutenden Einfluß auch auf die Erziehungsmethode der Volksschullehrerschaft auszuüben. Aber Stadtschulrat Vertram, den wir meinen, hat anderes Besseres niemals ernstlich versucht, für die Volksschulen Berlins einen allgemeinen Verzicht auf die Prügelpädagogik anzubahnen. Stadtschulrat Gerstenberg, sein Nachfolger, war nicht die starke Persönlichkeit, die allein auf Gelingen bei solchem Versuch rechnen darf. Wird Stadtschulrat Fischer, der dem früh weggestorbenen Gerstenberg gefolgt ist, in sich den Verus fühlen, diesen Versuch zu wagen?

Wir glauben annehmen zu dürfen, daß Herr Fischer in der Tat mit dem Gedanken umgeht, die Prügelpädagogik aus unseren Volksschulen hinauszugewöhnen. Wir ersuchen, daß auf eine Anregung Fischers der in der Schuldeputation stehende Prof. Hartmann, Vorsitzender des Vereins der Schulärzte, ein für die Lehrerschaft bestimmtes Merkblatt zusammenstellen wird, das auf die Gefahren der körperlichen Züchtigung hinweist. Daß die Schulärzte dazu berufen sind, an der Beseitigung der Prügelpädagogik mitzuwirken, das ist im „Vorwärts“ schon vor Jahresfrist ausgeführt worden. Stadtschulrat Fischer steht, wie wir hören, auf dem Standpunkt, daß möglichst ein völliger Verzicht auf Prügel erreicht werden muß. Wenn es ihm gelingt, das mit Hilfe des Merkblattes herbeizuführen, so wird er selber sich ein unvergängliches Denkmal gesetzt haben.

Beschleunigte Oster-Sonderzüge I.—IV. Klasse werden zur Verwältigung des Osterverkehrs im Bezirk der Königl. Eisenbahndirektion Stettin schon in der Karwoche zur Beförderung gelangen; wir heben nur die folgenden hervor: Von Berlin, Stettiner Bahnhof nach Stettin, 31. März und 3. April, 7⁰⁰ vormittags, Anlauf 6⁰⁰ nachmittags, nach Belgard, am 28. und 31. März, 2 und 3. April, 8⁰⁰ vormittags, Anlauf 7⁰⁰ nachmittags, ferner am 28., 29., 30. März, 2 und 3. April, 1⁰⁰ nachmittags, Anlauf 6⁰⁰ abends; Reuthefisch-Stralsund: am 28., 30., 31. März, 2 und 3. April, 8⁰⁰ vormittags, an Stralsund 12⁰⁰ nachmittags, am 28., 27., 28., 30. März, 2 und 3. April, 1⁰⁰ nachmittags, an 8⁰⁰ nachmittags, an denselben Tagen (außer 3. April) 8⁰⁰ abends, an Stralsund 12⁰⁰ nachts, und ebenso nach Stargard i. P., 6⁰⁰ abends (an 9⁰⁰ abends) bzw. 9⁰⁰ abends (an 12⁰⁰ nachts.) Diese Sonderzüge halten nur auf den Hauptstationen (Gefundbrunn, Eberswalde, Angermünde usw. bzw. Oranienburg, Löwenberg, Jüterberg usw.) Außerdem werden die fahrplanmäßigen Züge nach Bedarf in zwei Teilen gefahren; für die Sonderzüge werden nur die gewöhnlichen Fahrpreise erhoben.

Die Unentgeltlichkeit der Desinfektion ist eine Forderung, die seit langem von unseren Genossen im Roten Hause erhoben wird; immer aber wurden diesbezügliche Anträge abgelehnt. Jetzt haben unsere Genossen im Staatsauschuß das gleiche Verlangen wiederholt, auch diesmal erfolgte Ablehnung, dafür wurde ein Antrag angenommen, wonach dem Plenum der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen werden soll, den Magistrat zu ersuchen, in Zukunft alle öffentliche Desinfektionen bei Objekten bis zu 3000 M. unentgeltlich auszuführen.

Das Hochwasser der Spree ist in diesem Jahre außerordentlich anhaltend und hat bereits recht erheblichen Schaden herbeigeführt. Besonders in den Gegenden von Wernsdorf und Neu-Zittau ist der Fluß weithin aus den Ufern getreten und zeigt stellenweise ein Ueberschwemmungsgebiet von über einem Kilometer Breite. Nicht nur die Niederungen und umgrenzten Wiesengelände stehen unter Wasser, sondern auch sonst von dem Hochwasser nicht berührte Feldterrassen sind überschwemmt und können infolgedessen nicht beackert werden. Auch bedeutende mit Winterfaat bereichene Felder

haben durch das Hochwasser gelitten. Vorläufig besteht keine Aussicht, daß die Spree wieder ihren normalen Wasserstand erhalten wird. Aus dem Spreewalde wird noch fortwährend bedeutender Zufluß gemeldet und in kürzerer Zeit ist auch das Andringen des Schmelzwassers aus dem Gebirge zu erwarten. Falls ein scharfes Tauwetter eintreten sollte, dürfte bei den ungeheuren im Gebirge lagernden Schneemassen sogar noch ein weiteres Steigen des Wassers zu erwarten sein. Auch die Dämme, bekanntlich der bedeutendste bei Köpenick einmündende Nebenfluß der Spree, hat einen Hochwasserstand aufzuweisen, wie er schon seit Jahrzehnten nicht mehr beobachtet worden ist. Das Gewässer ist ebenfalls weithin über die Ufer getreten und besetzt gegenwärtig ein ausgedehntes Ueberschwemmungsgebiet. Die zahlreichen mit der Spree und der Dahme in Verbindung stehenden märkischen Seen, die teilweise auch der Schifffahrt dienen, sind bis zu einem Meter gestiegen, und vielfach ist dadurch die Bahnmöglichkeit für die Zillen genommen. Die Anlegebrücken stehen stellenweise unter Wasser.

Mit Rücksicht auf den außerordentlich starken Schifffahrtsverkehr, der seit einigen Tagen eingelebt hat, ist die Mühlendamm-Schleuse, deren Wiedereröffnung für den 11. März in Aussicht genommen war, schon am gestrigen Tage dem Verkehr übergeben worden.

Zu den bevorstehenden Stadtverordneten-Verwahlen in der 2. Abteilung sei den in dieser Abteilung wahlberechtigten Genossen mitgeteilt, daß sie in allen zur Wahl stehenden Bezirken ihre Stimmen auf den Genossen Paul Stinger abgeben wollen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin, Grenadierstraße 37. Der Unterricht in Literaturgeschichte muß diesen Sonnabend ausfallen, da Genosse Ströbel wegen Teilnahme an einer Konferenz am Erscheinen verhindert ist.

Der Polizeioberst Krause ist gestern gestorben. Krause hat durch die Art, wie er sein Amt ausfüllte, nach besten Kräften dazu beigetragen, sich in weiten Kreisen recht beliebt zu machen. Unvergessen ist diesem „schneidigen“ Beamten, wie er anlässlich einer Arbeitlosenversammlung in der Brauerei Friedrichshain Anfang des Jahres 1894 in die ahnungslos die Versammlung verlassenden wehrlosen Arbeitlosen mit Gummischläuchen und der blanken Waffe einhauen ließ. Glende Schützengeneration hatte er in Arbeiterkleider gesteckt und diese Subjekte mußten sich zwischen die Arbeitlosen mischen, um auf ein Zeichen auf diese Ahnungslosen unbarmerzig dreinzuschlagen. Damals war fast die gesamte Berliner Presse in der Beurteilung dieser skandalösen Polizeitatt einig. Das hatte allerdings zur Folge, daß nicht etwa der Verantwortliche dieser „Geldentat“, der Polizeioberst Krause, zur Rechenschaft gezogen, sondern die Presse wegen tadelnder Auslassungen angeklagt wurde. Unser Genosse Robert Schmidt als Redakteur des „Vorwärts“, der Genosse Max Poskau und Gustav Kehler befanden sich damals mit unter den Verurteilten. Krause hat sich später noch weiter anlässlich einer Märzfeier und 1. Mai-Demonstration ähnliche Akziden geleistet. Sein Name wurde auch öfter genannt aus Anlaß einer an ihn abgeforderten sogenannten Höllenmaschine, mit welcher Lat der Mechaniker Koshemann in Verbindung gebracht und in der Folge zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Auch bei den ihm untergebenen Beamten hat sich Krause Sympathien nicht erworben und werden ihm von dieser Seite nicht viel Tränen nachgeweiht werden. Vermissten werden ihn höchstens diejenigen, die unter ihm avancierten.

Eine Nachtomnibus-Verbindung zwischen Rollendorfplatz und Wriezenerplatz ist geplant. Ende dieser Woche soll sie eröffnet werden. Ab Rollendorfplatz von 11 Uhr abends bis 5 Uhr 15 Minuten früh, ab Wriezenerplatz von 11 Uhr 45 Minuten abends bis 6 Uhr früh folgen die Wagen einander in Zwischenräumen von 15 Minuten und fahren durch die Wriezenerstraße, Potsdamerstraße, Leipzigerstraße, Reuthstraße, Kommandantenstraße, Oranienstraße; zurück vom Wriezenerplatz auf demselben Wege. Die ganze Fahrt dauert circa 40 Minuten und kostet 20 Pf., Teilstrecken zu 10 und 15 Pf. sind vorgeesehen.

Verlegung von Parteispeditionen. Die Parteispedition in der Wiesenstr. 41/42 wird am 20. d. M. nach Kazarethstr. 49 verlegt. Die Expedition in der Rügenstr. 24 wird vom 15. d. Mts. ab nach der Stettinerstr. 10 verlegt.

Ein doppelter Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Rollwagen fand Donnerstagabend um 1/2 8 Uhr vor dem Abgeordnetenhaus in der Prinz Albrechtstraße statt. Der von der Königgräberstraße kommende Rollwagen der Firma Schwinski, Holzmoortstr. 37, fuhr auf dem Straßenbahngleise entlang und bog nach dem anderen Gleise hinüber, auf dem in demselben Augenblick ein Straßenbahnwagen der Linie 59 entgegankam. Der schwere Rollwagen fuhr mit voller Gewalt gegen die Vorderplattform des Straßenbahnwagens. Der Anprall war so stark, daß der Rollwagen vollständig herumgeschleudert und noch gegen die Hinterplattform des Motorwagens gemorren wurde. Die Vorderplattform des Straßenbahnwagens war total zertrümmert und auch die Hinterplattform detartig beschädigt, daß der Kontrolleur undrausbar wurde. Durch den Zusammenstoß wurde eine 25 Minuten währende Betriebsstörung herbeigeführt, während welcher Zeit die durch die Zimmerstraße fahrenden Wagen durch die Koch- und Anhalterstraße abgeleitet werden mußten. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt.

Zusammenstoß auf der Wannseebahn. Auf der Wannseebahn erfolgte gestern mittags 1 Uhr 34 Minuten kurz hinter dem Bahnhof Wannseebahn auf der Gleisüberführung ein Zusammenstoß. Eine Rangierlokomotive stieß mit der Maschine eines besetzten Wannseezuges zusammen. Beide Lokomotiven entgleisten und sperrten den Verkehr auf beiden Gleisen. Die Fahrgäste des Wannseezuges mußten den Weg zum Bahnhof Potsdamerplatz zu Fuß zurücklegen. Verletzt wurde niemand. Die Züge der Wannseebahn werden vom Bahnhof Groß-Görschenstraße ab zum Fernbahnhof Potsdamerplatz geleitet. Infolge der Betriebsstörung erlitt die Beförderung Hunderte von Menschen, die um diese Zeit zu Tisch fahren wollten, eine unliebbare Verpätung.

Die amtliche Meldung lautet: Heute nachmittag fuhr auf dem Wannseebahnhof Berlin eine Reservemachine einem von Jekendorf kommenden Vorortzug in die Falle. Beide Maschinen sind entgleist und gering beschädigt. Personen nicht verletzt. Wannseebahnhof ist auf drei Stunden gesperrt, Verkehr vom Potsdamer Fernbahnhof übernommen.

Die Verlegung des Königl. Polizeipräsidiums, wonach der Großen Berliner Straßenbahn vorübergehend die Mitnahme von mehr Personen in den Wagen gestattet wurde, als nach den Vorschriften zulässig, tritt von morgen, den 10. März, ab wieder außer Kraft, da die Verkehrsverhältnisse, die sich infolge der Schneedeckungen ergaben, als behoben gelten.

Furthner zugerichtet wurde Donnerstag abend der 27jährige Kausler Franz Loida, Eldenaerstr. 13, bei einem Verkehrsunfall in der Kolbergerstraße. Im Begriffe, sein Fuhrwerk zu besteigen, wurde L. von einem anderen vorüber kommenden Lastwagen umgerissen und unter die Räder geblasen. Dem Bauernschwerverten wurde der linke Unterschenkel völlig zertrümmert und der Unterleib teilweise buchstäblich fortgerissen. Nachdem er auf der Unfallstation VI die ersten Notverbände erhalten, wurde er in das Krankenhaus Am Friedrichshain gebracht. Sein Zustand ist vollständig hoffnungslos.

Verkehrskatzen. Im Januar d. J. hat die Große Berliner Straßenbahn infolge der Schneefälle 1/4 Million Fahrgäste weniger befördert als im Januar v. J., obgleich die Verkehrsmittel in der Zwischenzeit zugenommen haben. Dagegen hat die Hoch- und Untergrundbahn im Januar d. J. rund 500 000 Personen mehr befördert als in demselben Monat des vorigen Jahres. Die Omnibusgesellschaft hat eine kleine Zunahme von rund 200 000 Personen bei der Beförderung mit Fahrkarten zu 5 Pf. zu verzeichnen und eine große Zunahme von über 1 Million Fahrgästen mit Fahrkarten zu 10 Pf., was auf die starke Frequenz der Automobilomnibusse zurückzuführen ist.

„Schwere“ Diebstähle sind in der vorgestrigen Nacht in der Prenzlauer Allee verübt worden. Dorselbst wurden von 29 Kisten der Straßenbahnleitung die aufgehängten Kappen abgenommen und gestohlen. Die Diebe entwickelten eine um so größere Frechheit, als sie unbedeutend von Straßenposten beobachtet werden mußten, außerdem auch ein lebhafter Wagenverkehr zwischen Berlin und den nordöstlichen Vororten gerade in den Nachtstunden in der Prenzlauer Allee herrschte. Die Spüßbuden befanden sich vermutlich in Arbeitserledigung, wodurch ein Verdacht zu erregen, die Kappen abgehängt konnten. Zum Transport der mehrere Zentner schweren Substanzstücke mußten sie sich eines Wagens bedienen haben.

In der Hasenheide erhängt hat sich gestern ein unbekannter etwa 50 Jahre alter Mann. Soldaten, die zu einer Übung ausrückten, fanden den Lebensmüden bereits als erstarrte Leiche auf. Der Selbstmörder ist von mittlerer Statur, hat hageres Gesicht, graues Haar, grauen Schnurrbart und ist mit dunklen Wollanzug, braunem Leberzieher, schwarzem Halsstuch und hellem Hut bekleidet gewesen. Das Leichentuch enthält das Monogramm C. A.

Berschwundenes Kind. Seit drei Tagen wird die zehnjährige Schülerin Elise Fischer aus der Wollanstr. 6 vermisst. Die Eltern können sich über das rätselhafte Verschwinden ihres Kindes keine Aufklärung geben. Es ist möglich, daß die Kleine zu verbrecherischen Taten verschleppt worden ist. Sie hat hellblondes Haar, schmales Gesicht und war mit grauem Jackett, blauem Hut, Knopfstiefeln und schwarzen Strümpfen bekleidet. Sie ist auf dem Wege zur Schule verschwunden und trägt die Büchermappe noch bei sich.

Im wissenschaftlichen Theater der „Aronia“ wird der desoratis und ihenisch aufgestattete Vortrag „Die Feuergefahren der Erde“, der uns ein anschauliches Bild gibt über die unheilvollen Mächte, welche im Schoße der Erde ihren Sitz haben und sich als Erdbeben und Vulkanausbrüche äußern, in dieser Woche am Sonntag, Donnerstag, Freitag und Sonnabend zur Darstellung gelangen. In den übrigen Tagen, also am Montag, Dienstag und Mittwoch, wird der Vortrag „Frühlingstage an der Riviera“ wiederholt und am Sonnabend findet eine Nachmittagsvorstellung zu kleinen Preisen statt und zwar wird der Vortrag „Egiphten, Lebens- und Naturbilder aus klassischen Städten“ gehalten. Im Hörsaal spricht am Dienstag Herr Dr. Theising über die Darwinische Theorie, am Donnerstag Herr Dr. Donath über Funkentelegraphie und am Sonnabend Herr Dr. Donath über die Röntgenstrahlen und ihre Verwertung. — Im Hörsaal der Aronia-Sternwarte in der Invalidenstraße spricht am Dienstag Herr Dr. Wisenpart über den Aufbau des Weltgebäudes.

Kasino-Theater. Dem Zuge der Zeit folgend, hat sich auch das kleine Volkstheater im Norden der Stadt, das Kasino-Theater in der Lohringstraße, ein Detektivstudium angelegt. „Kid Carter“ ist der Titel der extra fürs Kasino-Theater von Richard Oswald bearbeiteten Komödie. Im Gegensatz zu dem Schauerstück „Sherlock Holmes“ ist der Schauspiel der Handlung nach Amerika verlegt, wo der Detektiv „Kid Carter“ gleichfalls ein „dankbares“ Feld für seine Spürertätigkeit findet. Natürlich ist auch eine Liebesgeschichte in den Schauerroman verwebt und man muß es dem Helden des Stückes, Herrn Berg, lassen: Er verstand es, trotz des greulichen Hintergrundes, ein Stück guten Humor zur Geltung zu bringen. Gertrud Hinzler gab auch diesmal als Schwester alias Frau Stapleton ihr bestes. Ergänzt wurde das Programm durch einen einaktigen Schwan: „Der Hahn im Korbe“, der viel belacht wurde und einen bunten Teil, in welchem Akrobaten mit einem Humoristen und einer komischen Musikkompanie abwechselten.

Auf der **Trepstow-Sternwarte** spricht Direktor Archenholz am Sonntag, den 10. März, nachmittags 5 Uhr, über: „Die Bewohnbarkeit der Welten“, abends 7 Uhr über: „Die Verlehen der Astrologie“, am Montag, abends 9 Uhr, über: „Die Vielheit der Welten“. Alle drei Vorträge sind mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet. — Mit dem großen Fernrohr wird während der ganzen Woche nachmittags die Sonne, auf der jetzt große Flecken zu sehen sind, abends der Jupiter bezw. Orion beobachtet.

Feuerwehrbericht. Am Donnerstag, nachmittags gegen 5 Uhr, kam am Magdeburgerplatz 4 in der Dampf-Saffereifabrik von A. Junz selbige Witwe Feuer aus. Dort brannten die Wollenlagen an den Durchführungen von drei Dampfabschließungsmechanismen im 1. bis zum 4. Stock, sowie ein Teil der Dachkonstruktion. Stabmmeister v. Frieden ließ vom 12. Zuge eine Maschinenleiter aufsteigen und mehrere Schlauchleitungen vornehmen. Nachdem die Wollen freigelegt waren, gelang es, die Flammen durch kräftiges Wassergeben zu löschen. Gleichzeitig hatte die Wehr in der Heinerdorferstr. 7 einen Dachstuhlbrand zu löschen, der im Quergebäude aus unbekannter Ursache ausgebrochen war und den Fußboden in den Bodenverschlagen usw. ergriffen hatte. Auch hier mußte kräftig Wasser gegeben werden, bevor es gelang, den Feuers Herr zu werden. Auf dem Güterbahnhof Weihensee stand gestern nachmittags ein Wagon mit Brekholten in Flammen und in der Reinickendorferstr. 4 wurden Gasbuben usw. ein Raub der Flammen. Ferner wurde die Wehr noch nach der Mantuffelstraße 20 und anderen Stellen gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Gemeindevahl!

Die zirka elftausend Lichtenberger Gemeindevähler sind zur Wahl aufgerufen. Etwa zehntausend Wähler der III. Wählerklasse eröffnen am Montag, den 12. März, in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends den Wahlgang.

Der 1. Bezirk, umfassend den Ortsteil nördlich der Frankfurter Chaussee, diese selbst von Nr. 70—136 und den Ortsteil Wilhelmberg und wählt im Restaurant Paul Schwarz, Dorfstr. 25/26. Das Bezirkslokal unserer Genossen für den 1. Bezirk ist: Schumann, Dorfstraße, vis-a-vis Schwarz.

Der 2. Bezirk, umfassend die Frankfurter Chaussee 1—75, Nummelsburgerstraße, Pflanzstraße, den Ortsteil Neu-Lichtenberg und die Nebenstraßen südlich der Frankfurter Chaussee, mit Ausnahme der Wartenbergstraße, Sandweg und Kleiner Weg, wählt in der Kula der Schule, Siegfriedstraße. Bezirkslokal unserer Genossen: Krause, Wegner und Siegfriedstraße 42.

Der 3. Bezirk: Frankfurter Allee 172—199 mit Nebenstraßen, Wartenbergstraße, Sandweg, Kleiner Weg und Kleine Straße, Welterstraße von 1—22, Schwarzwasserstr. 1—8. — Wahllokal: Restaurant Gebr. Arndt (Schwarzer Adler), Frankfurter Chaussee 5. — Bezirkslokal unserer Genossen: Kläger, Schwarzwasserstr. 5.

Der 4. Bezirk: Frankfurter Allee 151—171a und Nebenstraßen, Schrammstraße, 9—87, Welterstr. 23—25, Vorhagenstraße und Vorhagen Chaussee. — Wahllokal: Kula in der Kronprinzenstraße. — Bezirkslokal unserer Genossen: Widner, Friedrichstraße 11.

Zentralbureau bei Bernhard Lange, Gärtelstr. 40. In diesen vier Bezirken hat die Sozialdemokratie sechs Mandate zu verteidigen.

3000 Wähler der zweiten Wählerklasse wählen am Dienstag, den 12. März, in der Zeit von 8 bis 6 Uhr nachmittags.

Hier sind zwei Bezirke gebildet.

Der 1. Bezirk umfaßt den Ortsteil außerhalb der Ringbahn (östlicher Ortsteil), die Frankfurter Chaussee mit Neu-Lichtenberg und Wilhelmberg, Welterstraße usw. — Wahllokal: Restaurant Katschker, Dorfstr. 5/6.

Der 2. Bezirk: Innerhalb der Ringbahn (westlicher Ortsteil), Frankfurter Allee mit Nebenstraßen und Gärtelstraße usw. — Wahllokal: Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5.

In diesen beiden Bezirken haben die Gegner der Wertzuwachssteuer zwei Mandate zu verteidigen.

Die „honette Bürgerchaft“, die 1. Wählerklasse mit 86 Wählern, einschließlich 50 Proz. papierne Wähler, beschließt die „Wahl“ mit der Verteilung von vier Mandaten beim Frühvormittags im Katschker in der Zeit von 10—12 Uhr vormittags, am Mittwoch, den 13. März. Damit keine Verzögerung beim Zuschlag an den Reißbittenden eintritt, ist hier nur ein Bezirk gebildet.

Die am Donnerstag stattgefundene Generalversammlung des Wahlvereins erledigte die für die bevorstehende Gemeindevorwahl notwendigen Arbeiten. Laut Beschluß bleibt das derzeitige Wahlkomitee mit der Bestimmung der Koalition aus der Gemeindevorwählerfraktion auch für die im Herbst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen in Funktion. Die Wahl einer neuen zeitungs-kommission wurde vertagt. In die Lokalkommission wurden delegiert: Blas, Schippe und Hemming. Die Bibliothekkommission wurde wiedergewählt. Die Debatte ergab verschiedene Anregungen zwecks Verbesserung der Bibliothek. Ganz besonders ist nun darauf hinzuweisen, daß als Zentralwahlbureau für die am Montag, den 11. März stattfindende Gemeindevorwählerwahl das Lokal von B. Lange, Gärtelstr. 40 bestimmt ist.

Rixdorf.

Zu der Rosenstr. 7 zu Rixdorf befindet sich eine Herberge, in welcher diejenigen, welche kein eigenes Heim haben, übernachten können, sofern sie noch über 30 Pf. verfügen. Am Mittwoch abend hat nun einer jener Kernisten es vorgezogen, aus der „herrlichsten aller Welten“ zu scheiden. Er erhängte sich an einem Bettpfosten. Die Leiche wurde noch dem Wacheaum, der für ungefähr 40 Bewohner der Herberge da ist, gebracht und die Polizei sofort benachrichtigt. Anstatt nun die Leiche sofort aus einer so engen Behausung zu entfernen, lag dieselbe noch am anderen Abend in demselben Raum, auf dem nur wenige Quadratmeter messenden Fußboden. Die Insassen der Herberge waren dadurch gezwungen, über die Leiche zu treten, um an die Waschküchen gelangen zu können. Man sollte doch annehmen, daß in einem solchen Falle die Polizei etwas mehr Rücksicht auf die Bewohner nimmt, oder liegt es daran, daß Rixdorf kein eigenes Leichenhaus hat? Denn sonst könnte man sich einen anderen Fall nicht erklären, der sich vor mehreren Wochen zugetragen hat. In der Hermannstr. 25 war an einem Nachmittage ein Bewohner des vierten Stockes über das Treppengeländer gefallen und wurde tot im Parterregehoß aufgehoben. Die Leiche, die nun nach der Wohnung gebracht wurde, gab die Polizei nicht frei. Der Unfall passierte am Mittwoch; bis zum Sonnabend blieb die Frau ohne Bescheid, es ließ sich kein Beamter sehen, der die Leiche vor der Freigabe befreite. Auf Reklamation der Frau bei der Polizei erklärte man ihr, daß die Leiche vergessen wäre. Sie bekam ihren Totenschein wieder, damit die Beerdigung am Sonntag erfolgen konnte. Die Leiche hat in diesem Falle vier Tage in einer Wohnung bestehend aus Stube und Küche gelegen, in der noch die Frau mit drei Kindern wohnen mußte.

Wir erwarten, daß die maßgebenden Rixdorfer Behörden dafür sorgen, daß ähnliche Vorkommnisse in Zukunft unmöglich werden.

Steglitz.

Es geht vorwärts! Konnten wir vor einigen Tagen über die sehr erfreuliche Entwicklung der neu ins Leben gerufenen Arbeiter-Bildungsschule berichten, so können wir heute hinzufügen, daß auch der Wählerverein in hängigen Wachen begriffen ist. Der Februarversammlung lagen 81 Reuanmeldungen vor und die Märzversammlung am letzten Mittwoch konnte abends 55 Aufnahmen vollziehen. Mit diesen „Nachflüssen“ der Reichstagswahl können wir uns so sehr zufrieden sein, als auch die Zahl der „Vorwärts“-Leser eine beträchtliche Steigerung erfahren hat. „Vorwärts!“ heißt auch in Zukunft die Parole der „Riebergeritken“!

Die Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 4 200 000 M. bei der Kur- und Neumärkischen Ritterschloßbank war der erste Gang des reichhaltigen Rennens, das der Gemeindevorwählerfraktion am Mittwoch feierte wurde. Die Mittel sollen zur Rückzahlung von Darlehen, die in den letzten Jahren aufgenommen worden müssen, und zur Deckung der durch den Bau der Wartenberg-, Straßenanlagen, Schulbauten usw. im Etatsjahr 1907 erwachsenden Kosten verwendet werden. Da die Bedingungen des genannten Instituts bei der jetzigen Lage des Geldmarktes als günstig bezeichnet wurden, gab die Versammlung ihre Zustimmung. — Der Antrag auf Verlegung eines zweiten Druckrohres nach dem Nieselsgute Klein-Ziethen wurde auf Antrag eines Schöffen für die geheime Sitzung zurückgestellt. Gründe für die Notwendigkeit der Behandlung dieser Vorlage in der Dunkelkammer wurden nicht angegeben. Da dieses Geheimnis mittels der Geschäftsordnung hermetisch verschlossen ist, werden sich die Bürger mit dem erhebenden Bewußtsein trösten müssen, daß es ihnen wenigstens gestattet wird, die Geschichte zu bezagen. — Von den erhobenen zwölf Einsprachen gegen die Gemeindevorwählerfraktion wurden zehn für begründet erklärt und die Nachtragung der Beschwärfer beschlossen, während 2 weitere abgewiesen wurden, weil sie als „Schlafwandler“ nach den gesetzlichen Vorschriften zur Ausübung des Gemeindevorwahlrechtes nicht befähigt sind; ein Trost bleibt ihnen jedoch: sie dürfen noch wie vor Steuern bezahlen! So will es nun einmal die preussische Gerechtigkeit. — Die neue Oberrealschule ist mit einem Turm gekrönt, der astronomischen Zwecken dienen soll. Bis jetzt war dort von einer Firma eine vierzöllige Refraktor kreisweise aufgestellt. Für den Ankauf dieses Instrumentes wurden 4500 M. und außerdem 500 M. für weitere Vervollständigung des Instrumentariums bewilligt. Hierbei wurde der Wunsch geäußert, daß die neue „Sternwarte“ auch den gesamten übrigen Lehranstalten, sowie der Bürgerchaft zugänglich sein soll. Zweck Ausbattung eines physikalischen Arbeitsraumes für die Schüler dieser Anstalt wurden ebenfalls 1000 Mark bewilligt und noch weitere 4360 M. für sonstige Arbeiten und Einrichtungen an und in dem Gebäude dieser Anstalt. — Ein Antrag, die alte Friedhofskapelle zu einer Utenenhalle umzubauen, wurde dem Gemeindevorstand überwiesen. — Die übrigen Verhandlungen der 18 Punkte umfassenden Tagesordnung tolen nichts, was die weitere Oeffentlichkeit interessiert.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevorwahlbetat. Der Vorschlag weist im Hauptetakt inf. der laufenden Einnahmen und Ausgaben für die Volksschule die Summe von 707 800 M. auf. Als letzte Baurate für die dritte Gemeindevorwahl werden außerdem gefordert 400 000 M. Der Etat der höheren Mädchenschule erfordert 29 200 M., derjenige für das im Entstehen begriffene Realgymnasium 19 500 M. laufende Ausgaben. Für die obligatorische Fortbildungsschule sind 9050 M. eingesetzt. Die Kosten der Altkanäle in Höhe von 71 900 M. werden durch die Beiträge der Interessenten aufgebracht. Der Etat für den Gemeindevorwahlbetat in Einnahme und Ausgabe mit 6400 M. und derjenige des Wasserwerkes für den Ortsteil Pfend mit 8200 M. Als erste Baurate für ein zu erbauendes Rathaus sind 100 000 M. in den Etat eingestellt. Der Rathausbau wird in Konkurrenz treten mit dem Bau einer höheren Schule. Es machen sich in dieser Beziehung mehrere Strömungen in der Einwohnerschaft wie in der Vertretung geltend. Zeit sieht, daß der vor 2 Jahren erfolgte Bau eines Rathauses in Verbindung mit der höheren Schule, den Amtszwecken bei weitem nicht genügt. Hätte seinerzeit die Vertretung den Vorschlägen auf Erbauung eines Rathauses gefolgt, stände die Gemeinde heute nicht schon wieder im Dilemma. Schließlich

wird es so kommen, daß die Regierung auf den Schulbau drängt und dann wird eben beides gebaut. Ein Ausweg bleibt jetzt nur, indem man das jetzige Amtshaus zu Schulzwecken und schließlich zum Rathausbau in Angriff nimmt. Das Heruntergehen des Steuerzuschlages von 130 Proz. auf 125 Proz. ist dem Umstande zu danken, daß der Kreis 5 Proz. weniger Kreissteuern erhebt. Größte Aufmerksamkeit wird die Vertretung auch der Herstellung der Straßen zuwenden müssen. Der Antrag unserer Genossen auf Revision der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne hat infolgedessen seine Erledigung gefunden, als hierfür ein Mehr von 16 000 M. eingesetzt ist.

Straßau.

Zu dem Bericht über die Gemeindevorwahl teilt uns die Firma Hauschild (G. m. b. H.) mit, daß sie der Gemeinde einen Teil ihres Grundstückes zum Kauf nicht angeboten habe, da sie selbst nichts entbehren könne.

Schwabau.

Die am Dienstag abgehaltene Versammlung des Wahlvereins beschäftigte sich zunächst mit der Tagesordnung der nächsten Kreis-Generalversammlung. Einem event. Antrag auf eine geringe Erhöhung des Monatsbeitrages stimmte die Versammlung in Rücksicht auf die notwendig werdende verstärkte Agitation zu. Als Delegierte wurden gewählt die Genossen Seifert, Kollenhahn und Hoffmann. — Sodann referierte in einmündigem Vortrage Genosse Hoffmann über „Die Lehren der letzten Reichstagswahl“, alle angehenden und wirklichen Ursachen der angehenden „Niederlage“ kritisch beleuchtend, und als Resultat zum Schluß intensive, verstärkte Agitation besonders unter der Landbevölkerung, Ausbau der Organisationen und der Presse fordernd. Auch bei Auseinandersetzungen über theoretische und tatsächliche Meinungsverschiedenheiten mußte größere Sachlichkeit und Achtung auch der Ansicht des Gegners Platz greifen, wenn aus der vermeintlichen bei zukünftigen Wahlen nicht wirkliche Niederlagen werden sollen. — Eine Diskussion fand nicht statt.

Die Gemeindevorwahl ist auf Freitag, den 15. März, festgesetzt. Die dritte Abteilung wählt von 4—6 Uhr, die zweite Abteilung von 6—9 Uhr. Kandidaten der Sozialdemokratie sind: Für die dritte Abteilung Gastwirt Emil Witte, für die zweite Abteilung Silberarbeiter Rich. Nijtschke. Es wird erwartet, daß die Arbeiterchaft die kurze Zeit noch zu intensiver Agitation ausnützt und dafür sorgt, daß wenigstens in der dritten Abteilung unser Kandidat den Sieg davonträgt.

Eine öffentliche Versammlung für die Zwecke der Gemeindevorwahl findet am Mittwoch, den 13. März, bei Witte statt. Agitiere schon jetzt jeder einzelne für zahlreiche Besuch!

Röpenitz.

Morgen Sonntag, den 10. März, abends 7 Uhr, findet in Seibels Gesellschaftshaus der zweite Anstabend des Gewerkschaftsartells statt. Derselbe besteht in Musik, Gesang und Rezitation sowie einem einleitenden Vortrage über: „Volkstümliche Kunststunde“. Der Eintrittspreis inkl. Programm beträgt 30 Pf. und sind Karten in folgenden Geschäften zu haben: Fritz Woid, Grünstr. 11; Franz Weber, Bahnhofsstr. 18; August Taubert, Müggelheimerstr. 4; Bernhard Fische, Grünauerstr. 1 und im Gesellschaftshaus von Karl Seidel.

Reinickendorf-West.

In der außerordentlichen Generalversammlung des Wahlvereins wurde Genosse Holz in die Zeitungskommission gewählt. Ein Antrag des Vorstandes, der Bibliothek einen Betrag zur Anschaffung von neuen Büchern zu überweisen, wurde angenommen. Als Bibliothekar wählte die Versammlung den Genossen Goldt. Der Vorsitzende gab alsdann bekannt, daß am Karfreitag eine Jugendpartei stattfindet, die als Agitationstour nach den dem Wahlverein überwiesenen ländlichen Ortshäusern gedacht sei, und ersuchte um rege Beteiligung an derselben. Ueber die eventuelle Erhöhung der Beiträge wurde den Delegierten keine Direktive erteilt. Eine lebhafte Debatte rief die Anregung des Genossen Dhl hervor, indem er für einen bürgerlichen Fortschrittlerverein Mitglied zu werden suchte. Sämtliche Redner waren der Meinung, daß es nicht Sache eines Sozialdemokraten sein könne, solchen bürgerlichen Wohltätigkeitsvereinen Vorschub zu leisten. Dadurch würde das soziale Gleich nicht befestigt. Jeder Genosse habe die Pflicht, durch unermüdete Aufklärungsarbeit auf die vollständige Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hinzuwirken. In Erwähnung ist noch, daß bereits in der vorigen Versammlung der Genosse Hentschel einstimmig als Kassierer und Genosse Zellwood als zweiter Vorsitzender gewählt wurde.

Zegel.

Der Kreisaußschuß hat, wie in der letzten Gemeindevorwahl mitgeteilt wurde, die Eingemeindung eines Teiles von Wittenauer Gebiet zur Abgründung des Zegeler Wasserwerkgrundstückes genehmigt. Dadurch ist gleichzeitig die Wittenau-Zegeler Grenzlinie geradegelegt worden. Sodann wurde der Vertrag des Zweckverbandes für einen Krankenhausbau durchberaten. In den ursprünglich vertragsschließenden Gemeinden Reinickendorf, Wittenau, Zegel und Rosenthal ist noch Herrndorf gekommen. Die wichtigsten Bestimmungen sind, daß der Bau und die Ausstattung des Krankenhauses auf gemeinsame Kosten, die eine gemeinsame Anleihe bedeuten soll, geschieht, daß beim Bau ein Isoliergebäude für ansteckende Krankheiten in ausreichender Größe vorzuziehen und zur vorläufigen Unterbringung von Geisteskranken eine Abteilung einzurichten ist und daß die Leitung des Krankenhauses einem Ausschusse aus den Vorstehern der beteiligten Ortshäuser und einem Vorsteher, dem jeweiligen Gemeindevorsteher von Reinickendorf, untersteht soll. Weiter mag es interessieren, daß der Vertrag für 6 Jahre un kündbar ist und dann 18 Monate vorher gekündigt werden muß. Geht dies seltenes eines abgeschlossenen Vereins, so behält Reinickendorf das Haus, wie es besteht, hat die Anleihen zu übernehmen und etwa gezahltes amortisiertes Kapital den betreffenden Gemeinden zurückzahlen. Höhere Friedhofskosten brauchen für im Krankenhaus sterbende „Auswärtige“ nicht gezahlt zu werden. In der Sitzung wurde zugegeben, daß der Zweckverband nur als Rohschiff angesehen werde. Sobald Zegel 25 000 Einwohner habe, habe es sich ein eigenes Krankenhaus. Im Prinzip wurde der vorliegende Vertrag genehmigt, jedoch nicht endgültig angenommen. Bevor dies geschieht, will die Gemeindevorwahl die genaue Lage kennen, die das Krankenhaus erhalten soll. Die Erklärung, daß es auf einem Teil der hundert Morgen Land erbaut werden soll, die Reinickendorf in der Nähe des Rathauses im Alt-Reinickendorf gekauft habe, genügt ihr nicht, da hauptsächlich die Zufahrtsstraßen von Wichtigkeit sind. Der Beschluß wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. Der Antrag, die Kommunalsteuererläge von 240 M. und 4 M. nicht zu erheben, fand allseitigen Beifall und wurde angenommen. Der Erweiterung der Realschule um zwei Klassen und Einrichtung eines Laboratoriums, sowie der Anstellung eines neuen Oberlehrers wurde zugestimmt. Genosse Lichtenberg verfuhr dabei einen Vorstoß gegen die Realschule. Er fragte an, ob es nicht möglich sei, die Realschulvorschuße aufzulösen und die Kinder zunächst die Volksschule besuchen zu lassen. Es wurde ihm erwidert, daß dies einmal aus finanziellen Gründen — jeder Schüler zahlt 80 M. Schulgeld — und dann auch deswegen nicht möglich sei, weil dann die Realschüler ein Jahr länger die Schulbank drücken würden als jetzt. Die Erweiterung der höheren Mädchenschule durch Errichtung der sechsten Klasse und Anstellung eines weiteren Lehrers mit Mittelschuleraumen wie der provisorischen Unterbringung der höheren Mädchenschule im Gemeindegelände Verlinerstr. 4 wurde zugestimmt.

Schönwalde (Bezirk Panitzsch).

Das auf Sonnabend, den 9. März d. J., angelegte Vergnügen des Wahlvereins kann nicht stattfinden. Der Schönwalder Amtsvorsteher hat, sich auf eine alte Polizeiverfügung stützend, das Statt-

finden desselben verboten. Da sich der Bandent auf eine erfolgte Beschwerde hin auf denselben Standpunkt stellt, muß die Veranstaltung unterbleiben. Wir können jedenfalls konstatieren, daß trotz der vielen Schwierigkeiten, die uns in den ländlichen Distrikten des Bezirks Pantow von den Polizeibehörden bisher bereitet worden sind, unsere Bewegung rüstig vorwärts geschritten ist. So wird es auch in Zukunft bleiben. Darum unentwegt: „vorwärts!“

Notawes-Neuendorf.

Die Einführung einer zehnprozentigen Kirchensteuer für die Mitglieder der evangelischen Kirchengemeinde Notawes, welche erstmalig am 1. April eingefordert werden wird, ist von den kirchlichen Körperschaften dortselbst beschloffen. Dieser Steuererlei die Gemeinde aus allgemeinen Mitteln jährlich circa 2000 M. zu den Bedürfnissen der Kirche zu, natürlich unter Widerspruch der sozialdemokratischen Gemeindevertretung. Da die Neuendorfer Kirchengemeinde ihre Bedürfnisse selbst deckt, so forderten bei der Beratung des Vereinigungsbeschlusses die dortigen Gemeindevertreter, daß die obige Subvention aus der neuen Gemeindekasse nicht mehr geleistet werden dürfe, welchem Verlangen die Notaweser Vertretung zustimmte, und so müssen wohl oder übel die Frommen und Diejenigen, welche bisher noch aus Gleichgültigkeit der Kirche angehörten, etwas tiefer in denbeutel greifen. Beteiligt von der Kirchensteuer sind nur diejenigen, welche zu den fingierten Steuerfähigen von 1,20 resp. 2,40 M. jährlich veranlagt sind, sodas bereits diejenigen, die 4 M. jährlich zahlen, 40 Pf. Kirchensteuer für diesen Zeitraum bezahlen müssen. Wir unterseits können diese Neuierung nur begrüßen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich die neue Gemeindevertretung auch künftig von solchen vernünftigen Erwägungen bei ihren Beschlüssen leiten läßt.

Die Nachwahl eines Mitgliedes zum Gemeindevorstand der erweiterten Gemeinde Notawes, welche durch den plötzlichen Tod des Schöffen Hönow notwendig geworden war, fand in einer am Dienstag stattgefundenen Gemeindevertreterversammlung statt und hatte das Ergebnis, daß der Neuendorfer Schöffe Ebel, der bisher noch nicht der neuen Vertretung angehört, mit 11 gegen 10 Stimmen gewählt wurde, die auf den Gemeindevorstand Zimmermeister Meier entfielen. Damit ist die neue Gemeindevertretung komplett und werden in den nächsten Sitzungen die Wahl der Kommissionen, des Gemeindevorstandes und die Staatsberatung vorgenommen werden.

Spandau.

Freie Gemeinde. Sonntag, den 10. März, nachmittags 5 Uhr: „Jugendweihe“ bei Böhle, Reumünsterstr. 5. Alle Freunde und Gönner sind hierzu eingeladen.

Gerichts-Zeitung.

Ein Revolverattentat.

Das zunächst ein Versehen wegen verletzten Wortes veranlaßt hatte, kam gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II zur Verhandlung. Unter der Anklage der Körperverletzung mittels einer Waffe wurde der 24-jährige Barbiergehülfe Ferdinand Köpp aus Albershof der Strafkammer vorgeführt. Der Angeklagte war bei dem Barbier und Gehilfen Heinrich in Albershof als Barbiergehülfe angestellt. Er fing ein Liebesverhältnis mit der Ehefrau Heinrich an. Er gab auf den Ehemann Heinrich, als dieser Nachts durch die Albershofer Post rodelte, mehrere Revolvergeschosse ab. Ein Schuß traf die Frau Köpp vor das Gesicht gebaltene Hand des Angeklagten. Anklagter will die Schüsse nur zum Schrecken des Heinrich abgegeben haben. Das Gericht entnahm aus der geführten Verhandlung den dringenden Verdacht verletzten Wortes und verwies die Verhandlung deshalb an das Schwurgericht.

Stadtgemeinde oder Hausbesitzer?

Für die Stadtgemeinde Nauen besteht die Crisis- und Polizeivorrichtung, daß die Straßenanlieger die Straße nebst Trottoir in der Länge und Breite vor ihrem Besitztum bis zur Hälfte täglich vor 6 Uhr morgens zu reinigen und im Falle von Glatteis mit abtumpfendem Material zu bestreuen haben. Die Breitenstraße in Nauen ist nun von einer Anzahl Grundstücken durch einen 2 Meter breiten der Stadt angehörigen Streifen getrennt und erstreckt darauf infolge eines Unfalles die interessante Frage, ob hier die hinter dem Trennungstreifen liegenden Hausbesitzer als steuerpflichtige Straßenanlieger zu betrachten sind oder die Stadtgemeinde selbst Straßenanlieger ist. Der Kommodor S. hatte sich im Januar 1903 auf der Breitenstraße vor dem Besitztum der Witwe R. einen Unfall mit schädlichen Folgen durch Schnee und Regen entstandene Glatte auszufragen. Er klagte jetzt gegen die Stadtgemeinde Nauen auf Leistung von Schadenersatz wegen Nichtabräumung der Streifenfläche. Die beklagte Stadtgemeinde macht geltend, daß die Witwe R. als Straßenanliegerin in Betracht käme, wie dies auch daraus hervorgeht, daß sie tatsächlich bis jetzt immer gefahren habe. Frau R. gibt hierzu als Zeugin an, daß sie nicht aus Pflichtbewußtsein, sondern nur aus menschlichen Rücksichten gestreut habe, damit niemand zu Schaden komme.

Das Landgericht Berlin II erkannte auf Abweisung des Klagers, da nicht die Stadtgemeinde, sondern die Witwe R. als Straßenanliegerin in Betracht komme. Dagegen wurde dieses Urteil vom Kammergericht zu Berlin aufgehoben und die beklagte Stadtgemeinde dem Grunde nach gemäß den Ansprüchen des Klagers verurteilt. Das Kammergericht führt hierzu aus, daß nach den Vorschriften die Straßenanlieger die Streifenfläche auszuräumen hätten und es hierbei ganz gleich sei, ob die Straße der Straße liegenden Grundstücke bebaut oder unbebaut sind. Daß die Frau R. bisher das Streuen übernommen habe, entlastete die Beklagte nicht von ihrer Verpflichtung.

Gegen dieses Urteil hatte die Beklagte Revision eingelegt, und kam der VI. Zivilsenat des Reichsgerichts daraufhin zur Aufhebung des Vorurteils und verwies er die Sache zur weiteren Entscheidung an einen anderen Senat des Kammergerichts zurück. Der erkennende Senat führt aus, daß das Kammergericht nicht die Voraussetzungen geprüft habe, die das Streuen bedingten. Auch sei das Polizeiverordnung zuwider gehandelt habe.

Die Majestäät gerettet.

Vom Landgerichte Straubing ist am 7. November d. J. der Privatier Andreas Dreger wegen Majestäätbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am Abend des 14. Juni v. J. befand sich der Angeklagte im Wildbause und war schwer betrunken. Er machte Bemerkungen über den König Otto und dessen Mutter; auch über die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses soll er sich unehrenhaft geäußert haben. Natürlich fand sich irgend jemand, der hiervon pflichtschuldigst den Behörden Kenntnis geben mußte. — Die Revision des Angeklagten wurde am Donnerstag vom Reichsgericht verworfen.

Lohnenden Verdienst durch die Strickmaschine „Bienenkorb“

Stelle in ihren Anzeigen und Prospekten die Hausarbeiter-Strickmaschinen-Gesellschaft (Firma O. C. Kunau, Hamburg, früher Zollvereinsniederlage, jetzt Kolonnenaden 21/23) den Respektanten in Aussicht. Seit langem sind unserem Hamburger Parteiorgan wie anderen Parteiblättern von unglücklichen Menschen, die durch die pompöse Reklame verleitet wurden zur Anschaffung der Maschine zum Preise von 150 M., recht bewegliche Beschwerden zugegangen, in denen es heißt, daß sie der Maschine, für die sie ihr letztes Geld ausgegeben, nicht entfernt den versprochenen und erhofften Verdienst erzielen könnten. Alle Aufforderungen an die Firma Kunau, die Maschine zurückzunehmen und den Betrag dafür zurückzugeben, blieben erfolglos, ebenso die scharfen Kritiken, welche die Presse an dem Verhalten dieser Firma übte. In mehreren Orten haben sich die Geschädigten zusammengesetzt und gegen die Firma Kunau Zivilklagen anhängig gemacht, so auch drei in Berlin wohnende, welche den Rechtsanwalt Dr. Suse-Gamburg mit der Vertretung ihrer

Interessen beauftragten. Einer dieser Prozesse gelangte kürzlich vor der Zivilkammer V des Landgerichts Hamburg zur Verhandlung. In den Anzeigen wird behauptet, man könne mit der Strickmaschine „Bienenkorb“ 5 bis 10 M. täglich verdienen, und der Prospekt der Firma K. enthält die Zusicherungen, 1. daß die Maschine zur Herstellung von einem Dutzend Paar Damenstrümpfen 6 Stunden bedürftig, 2. daß die Maschine einen Reingewinn von mindestens 4 M. täglich und zwar während einer sehr kurzen und sehr leichten Tagesarbeit erzielen könne, und 3. daß die Arbeit leicht erlernbar sei, weil weder ein Lehrmeister noch eine Lehrzeit erforderlich sei, sondern jeder nach dem Lehrbuch auf der Maschine arbeiten könne. Wie die Kläger unter Beweis stellten, trifft keine dieser Zusicherungen zu. In Wirklichkeit kann bei zehnstündiger Arbeitszeit ein Arbeitsverdienst von höchstens 2 bis 2,50 M. erzielt werden. Das Gericht gab dem Klageanspruch in vollem Umfange statt und verurteilte die beklagte Firma zur Zahlung von je 150 M. nebst 4 Proz. Zinsen an die drei Kläger. In der sehr eingehenden Urteilsbegründung wird unter anderem hervorgehoben: Durch die Beweisaufnahme sei erwiesen, daß auf der Maschine nicht in 6 Stunden 12 Paar Strümpfe gestrickt werden könnten. Die diesbezügliche Zusicherung der Firma könne nach Treu und Glauben nicht dahin verstanden werden, daß die behauptete Leistung nur als Höchstleistung von gesunden Kräften erreicht werden könnte. Dann seien auf der eigenen Strickarbeit auf der Maschine auch noch allerhand Nebenarbeiten, wie Wolleauspulen, Nähen der Strümpfe usw. zu verrichten, die auch eine erhebliche Zeit beanspruchten. Der Prospekt könne aber gar nicht anders verstanden werden, als daß die gesamte zur Herstellung der fertigen Strümpfe erforderliche Arbeit von einer Person von durchschnittlicher Intelligenz und Kraft in den 6 Stunden verrichtet werden könnte. Nach dem Prospekt müsse sogar angenommen werden, daß die behauptete Leistung sogar von ganz schwächlichen und ungewandten Personen erreicht werden könnte, während in Wirklichkeit eben nur ganz besonders gewandte Persönlichkeiten dazu imstande wären. Es sei ganz ohne Bedeutung, wenn es einige Male einer ganz besonders geschickten Person gelungen sei, in einer halben Stunde oder noch kürzerer Zeit ein Paar Strümpfe herzustellen. Die Durchschnittsleistung normal beschickter Personen sei maßgebend. Und da sei unabweisbar erwiesen, daß unter dieser Voraussetzung nur 8 bis 9 Paar Strümpfe bei täglicher zehnstündiger Arbeitszeit hergestellt werden könnten. Da die Berechnung des täglichen Verdienstes auf die Leistungsfähigkeit der Maschine gegründet sei, so sei auch die Falschheit der Leistungsangaben falsch und somit habe die Firma eine falsche Angabe über die Eigenschaften der Maschine gemacht, was die Klage rechtfertige. — Sollte auch die Berufung an diesem Urteil beabsichtigt sein, so wird mancher Geschädigte wieder zu seinem Gelde kommen. Offenkundig wird dieser Prozeß aber dazu beitragen, daß andere Leute vor Schaden bewahrt bleiben.

Wohltätiger Unfug?

Vor dem durch Teilung der Oberlandesgerichtsbezirke Albi und Hamm neu errichteten Oberlandesgericht in Düsseldorf kamen kürzlich zwei Fälle von Postvergehen zur Aburteilung, wobei in beiden Fällen die Stellungnahme des Gerichts vorteilhaft abhän von der üblichen Praxis, nach Schema R. in jedem von beiden der Arbeiter inszenierten Postfall eine „Beunruhigung des Publikums“ zu erheben und dann demgemäß zu urteilen.

In Karls- und Einhäusern in der Markreise Duisburg, zwei Domänen der Kohlen- und Eisenbarone, hatten die Genossen W. und T. Flugblätter verbreitet, die sich mit dem Postfall von Wirtschaften befaßten, um dadurch die Wirte zur Senkung ihrer Lokale zu Veranlassung gereicht zu werden. Das Schöffengericht in D. verurteilte den T. zu 50 M. Geldstrafe und den Genossen W. sogar zu zwei Wochen Haft (1). Am 12. Oktober hatte sich die Strafkammer III in Duisburg als Berufungsinstanz mit der Sache zu befassen. Auch hier erklärte ohne weiteres in dem Hauptblattverteilten „Beunruhigung des Publikums“ sowie „groben Unfug“ und verwies demgemäß die Berufung. Da nun aber die oberschriebenen „Gäuber“ immer noch glaubten, nur von ihnen ihnen zuzukommende Recht Gebrauch gemacht zu haben, so ließen sie beim Oberlandesgericht in Düsseldorf Revision ein, die Rechtsanwältin Kauf-Duisburg vertrat. Das Oberlandesgericht hob nun das Urteil der Duisburger Strafkammer auf und verwies die Sache mit folgender Begründung an die Vorinstanz zurück:

„Wenn der Vorderrichter festgestellt habe, daß die Angeklagten durch die Verbreitung der Flugblätter Beunruhigung im Publikum — nämlich bei allen Gewerbetreibenden, die ihr Arbeitsgebiet in der Arbeiterbevölkerung haben — im Sinne des § 330 II des St.-G.-B. hervorgerufen hätten, so sei die Voraussetzung des Begriffs „grober Unfug“ vorliegt.“

Als „grober Unfug“ stelle sich, wie auch in mehreren Entscheidungen des Reichsgerichts, namentlich Bd. 31 S. 185 ausdrücklich sei, solche arach ungebührliche Verhandlung dar, durch welche in unmittelbarer Einwirkung das Publikum in seiner unbestimmten Allgemeinheit belästigt oder gefährdet werde und zwar bemerkt, daß in dieser Belästigung und Gefährdung zugleich eine Verletzung des anderen Belandes der öffentlichen Ordnung zur Erscheinung komme. Von einer Belästigung oder Gefährdung des Publikums könne aber dann nicht gesprochen werden, wenn sich die Einwirkung auf eine rein innerliche Beunruhigung beschränke, die nicht mit der Gefahr einer nach außen zutage tretenden Gegenwirkung verbunden sei.“

Wenn diese sehr zutreffenden Ausführungen des Oberlandesgerichts Düsseldorf überall von den Revisionsinstanzen anerkannt würden, dann wäre eine Verurteilung wegen Postfalls auf Grund des großen Unfugparagraphen gegenüber organisierten Arbeitern so gut wie ausgeschlossen. Der Redakteur, daß organisierte Arbeiter bei ihren Postfällen das Publikum in seiner unbestimmten Allgemeinheit gefährden oder auch nur beunruhigen, und daß dies auch nach außen in die Erscheinung tritt, dürfte wohl kaum zu erbringen sein.

Vermischtes.

Eine Kirche vom Feuer zerstört. In der städtischen Kirche zu Rensfeld brach vorgestern Feuer aus. Ob die Feuerwehre erschienen, war das ganze Dörfchen vollständig vernichtet. Mit großer Mühe konnten die Sakristei- und Altargeräte noch gerettet werden. Die Decke, das Gewölbe und die Wände der Kirche wurden derartig beschädigt, daß die Benutzung der Kirche auf lange Zeit unmöglich geworden ist.

Eine Kessel-Explosion. In Dresden erfolgte gestern vormittag in einer Fabrik in der Flemingstraße eine Kessel-Explosion, bei der ein Arbeiter getötet, zwei andere schwer verletzt wurden.

Ein brennender Dampfer. Aus Vrest wird gemeldet: Vom Leuchtturm wurde gestern Abend signalisiert, daß fünf Meilen von der Küste entfernt ein Dampfer in Brand sehe. Mehrere Rettungs-dampfer gingen sofort ab, denen es gelang, die Mannschaft des brennenden Schiffes in Sicherheit zu bringen. Es handelt sich um den Dampfer „Colombo“.

Ein neuer Fall von Laboratoriums-Verg. Die „Kosmo-Bremja“ meldet aus Kronstadt: Auf dem Fort Alexander I., wo vor kurzem ein Arzt an Diphtherie gestorben ist, ist am 6. März auch der Arzt Zolotarev erkrankt. Zwar ist eine Diagnose noch nicht gestellt, doch glauben die Aerzte, daß die Erkrankung mit der häufigen Vornahme von Seruminjektionen in Zusammenhang steht.

Der Kermel-Tunnel. Der Plan des Bauens eines Tunnels unter dem Vermellanal dürfte nach Londoner Meldung abgelehnt werden, bevor er noch an das Oberhaus gelangt ist. Es ist nämlich Brauch, daß derartige Projekte vom Unterhaus abgelehnt werden, wenn die antragstellende Gesellschaft nicht vorher die erforderlichen Mittel aufgebracht hat. In diesem Falle handelt es sich um die Gesellschaft Dover Shtetman, deren Verwaltung erklärt, daß sie nicht über die zur Durchführung des Bauprojektes erforderlichen Gelder verfüge.

Essentielle Bibliothek und Besuche zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Altonaerstr. 26. Geöffnet täglich von 9½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 10. März, vormittags 9½ Uhr, im Rathaus (Eingang Altonaerstr.). Saal 100: Verlesung, Predigt, Gesänge. — Vormittags 10½ Uhr, in der Schule, kleine Konferenz. 6: Vortrag von Rev. Ida Kühn über: „Mittler zur Natur?“ Damen und Herren als Gäste sehr willkommen. — Montag, den 11. März, abends 8 Uhr, Ecksaltonstraße 39: Beschließende Versammlung. Zutritt haben nur Mitglieder mit weicher Duldung.

Sozialdemokratischer Distriktklub „Freie Zusammenkunft“. Heute abend 9½ Uhr Sitzung bei H. Stramm, Altonaerstr. 123: Vortrag. Gäste willkommen.

Verein ehemaliger Gütergöwer und Bucher. Heute abend 8½ Uhr im Rappertshaus, Kaiser Wilhelmstr. 18 m.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschrift findet Friedr. 16, Heft 4, eine Treibe (Handelskassette Belianone, Zuzugang aus Vindener, 101), wochentäglich den 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Zeitschrift um 6 Uhr. Jeder Anfrager ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Alle Anfragen tragen man in der Zeitschrift vor.

R. Z. 25. 1. Ja, Sie müssen aber bei der Schuldeputation um Diäten, am besten unter Beibehaltung eines ärztlichen Attestes einkommen. 2. Ja: Erklärung des Vormundes, der Mutter und des Vaters der Mutter zu handschriftlichem Protokoll ist zu der beschriebenen Namensänderung ausreichend. — R. 1000. Verjährung liegt nicht vor, sondern die Klage, eventuell Klage Sie auf Rückgabe beim Amtsgericht Oberlandenburg. Betrag der Rente mehr als 300 M., so ist das Landgericht zuständig. — Frage 100. Sie müssen den Rest, den Sie im Auge haben, schlüsseln und daran die Frage, die sonst unüberwindlich bleibt, richten. — R. 2. 22. Den Lohn soll Ihr Goulin gegen den Bauer beim Amtsgericht eintragen. — R. 23. 3. Besuchen Sie sich direkt an eine Such-bildung. — R. 24. 50. Sie können auf Abrechnung klagen. — R. 25. 999. Die Damen können lediglich den Rat erteilen, keinesfalls an solche, die durch Annoncen Stellung versprechen, sich zu wenden, sondern einen Arzt aufzusuchen, zu dem Sie Vertrauen haben. — Abonnent von 92. Wenn das Bürgerrecht erworben ist, jedoch nicht auf die Dauer von sechs Monaten, kann dann keine Ausweisung eintreten. — S. 2. 3760. Sie müssen zahlen. Der Versicherungsbetrag und die Versicherungssumme sind bindend. — W. 2. 2. Ja, am besten in der Schweiz. — W. 2. 50. Keineswegs. — G. 2. 45. Unter den von Ihnen dargebrachten Umständen würde eine Klage keine Aussicht auf Erfolg haben. — 1877. Da Sie neuere sind, würden Sie, falls Sie keine andere Berechtigung treffen, in Gemäßheit des Urteils die gesamten Kosten zu tragen haben. Dasselben können sich auf etwa 10 bis 20 M. belaufen. — Anna. Versuchen Sie es mit Pflanz. — W. 2. 25. Nein. — 2. Streitende II. S. Es gibt nur eine Reichs-Gewerbesteuerung. Kann jeder Zeit und zu jeder Stunde nach dem Betrage oder nach dem Tarif entfallen werden, so hat der Arbeiter nach der übereinstimmenden Ansicht der Gewerbeämter noch einen Anspruch auf Lohn für den ganzen Entlassungstag. — W. 2. 100. Wenn das Mädchen nach dem 1. April 1903 amorgen war, lieber ja. — S. 2. 28. 1. Die Klage hat Aussicht auf Erfolg. 2. Landgericht. 3. Ja. — W. 2. 19. Die Pension ist nicht pflanzbar. Abschlagszahlungen können Sie annehmen. — W. 2. 16. 1. In 10 Jahren. 2. Verjährung liegt nicht vor. 3. u. 4. Ja. — Gatten-frage. Der Wert hat recht. Die Klage, man könne einseitig innerhalb 24 Stunden von einem Betrage zurück-treten, ist weiter verbreitet, aber irrig. — W. 2. 25. Nein. — G. 2. 21. Vor der Geburt müssen 30 Wochen geflohen sein, nachheren ist unzulässig. Der Antrag ist innerhalb eines Jahres nach der Geburt an die untere Verwaltungsbehörde (Magistrat Altonaer Post) zu richten. Zweckmäßiger ist es, in der Regel die Klage nicht zu verlangen, sondern weiterzugeben. — O. M. 10. Der Betreffende hat für nur und Verjährung für die Dauer von 6 Wochen Anspruch zu tragen. — W. 2. 73. Sie können Strafantrag stellen. Zur Geltendmachung des Familienunterhalts und höheren Friedens würde derselbe aber nicht beitragen. — G. 2. 98. Gewerbeämter ist nicht erforderlich. — Tamsche, Hofstraße. Nach dem Ausnahmsrecht in Vests ist es nicht erforderlich, hat die Witwe Anspruch auf Rückzahlung der Hälfte der Nebensammlerbeiträge. — R. v. 21. 1. Ehemann der Witwe, Pringentstr. 66 bei Hinz. 2. und 3. Nein. 4. Besuchen Sie sich an Ihre Gewerbeämter. — R. 2. Guben 25. 1. Oktober 1887. — G. 2. 99. 1. u. 2. Ja. Das hängt vom Verfall des Staats ab.

Verleihen Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der holländischen Marktstellen-Direktion. (Großhandel.) Amsterd. 68—73 pr. 100 Pfd., Ha 62—67, Ha 58—61, Iva 48—54, bin. Bullen 60—65, boll 0/0, Raffinierter, Doppelländer 110—125, Ia 82—90, Ha 72—80, Ha 62—68, Holland 55—62, bin. 55—65, Hammelfleisch Ia 60—75, Ha 48—61, Schweinefleisch 48—50, Rothsch. Ha per Hund 0,43—0,50, Rot-sch. m. plomiert 0,60, Dambisch 0,55—0,62, Wollschmewe 0,60, Reisholme 0,40—0,75, Kaninchen der Stadt 0,65—0,90, Borden der Stadt 0,00, Jähner, alte P. 1,50—2,00, do. Ha 0,80—1,40, do. junge P. 0,85, Enten der Stadt 2,40—2,70, dito Hamburger der Stadt 3,00 bis 5,00, Gänse, Hamburger per Hund 1—1,20, G. 0,50—0,62, Heide per 100 Pfd 80—95, groß 0,60, mittel 0,60, Zander 0,60, dito mittel 0,60, do. matt 0,60, Schiele 97—100, do. groß 90—93, ha, klein 0,60, Kote, groß 0,60, mittel 0,60, klein und mittel 0,60, Röhren, klein 0,60, do. groß 0,60, do. 45—47, Karpen 58—61, do. G. 10er 48—50, do. franz. 70—100er 59—60, Heide 44, Mand 0,60, Punkte Heide 15—25, Barle, weiß 80—87, do. groß 75, Garulischen 0,60, Heide 0,60, Weis 0,60, Luppner 0,60, Amerikanischer Zander Ia neuer per 100 Pfd. 110—130, do. Ha neuer 95—100, do. Ha neuer 75, Zeehaas 30—35, Sprotten, Kleer, Ball 0,80—1,50, Dampjer, Kille 1,00, Rindern, Kleer, Säge Ia 2—4, do. mittel per Riste 2—3, Gomb. Heide 4—6, halbe Riste 1,50—2, Ristlinge, per Ball Kleer 3,50—6,00, Straalander 3—5,50, Heide, groß per Riste 1,10—1,40, mittelgroß 0,90—1,70, klein 0,60—0,80, Springe der Stadt 5—9, Schellfische Riste 6—7, do. 7, Riste 3—4, Robben, p. 100 Pfd. 30—35, Heilbutt 0,60, Sardellen, 1902er per Riste 95, 1903er 90, 1904er 90, 1905er 90, 1906er 75—90, Schellfische Bollerlinge 1905 0,60, large 44—45, full 38—40, mod. 35—42, deutsche 37—44, Springe, neue Ristler, per 7, Ia. 60—120, Sardinen, w. 1,50—1,50, Braukeringe, Heide, (4 Riste) 1,50—1,75, Remnangen, Zeehaas II, Heide 5—6, Risten 14, Eier, Land, per Schock 4—4,75, Butter per 100 Pfd. Ia 114—116, Ha 110—114, Ha 107, abfallende 96—100, Saure Gurken Schock 4,10—4,50, Westinghouse 4,00—4,50, Karoffeln per 100 Pfd. 0,60, magnum bonum 2,50—2,75, Dabersche 2,25—2,50, Roter 0,60, weiße 2,00—2,25, Solakartoffeln 6,00—7,00, Spinat per 100 Pfd 25—30, Karotten per 100 Pfd 15—18, Sellerie, Heide, per Schock 4,00—5,00, do. pomerische 9,00—12,00, Zwiebeln große, per 100 Pfd. 4,00—4,50, do. kleine 2,80—3,50, do. Heide (Perk) 0,60, Karoffeln 0,60, Petersille, grün, Schockbund 1,50—2,00, Rohkraut der Stadt 0,60, Heide, kann, per Schock 2,40—4,50, Mohrrüben per 100 Pfd 3,00—4,00, Zellerwurz Rüben per 100 Pfd. 8—10, Heide Rüben, große 0,60, kleine 0,60, Rote Rüben 3,00—4,00, Blumenkohl, Ha, per Schock 2,50—3,00, Kohlrüben per Schock 2,00—2,50, Weinschnittel per 100 Pfd. 3,00—4,25, Kartoffel per 100 Pfd. 3,00—5,00, Weinschnittel 100 Pfd. 2,00—3,00, Rosenkohl per 100 Pfd. 14—16, Grünkohl per 100 Pfd. 5,00—7,00, Kohlrabar 100 Pfd. 7,00—10,00, Finken, per 100 Pfd. Heide 5—25, Grasenweiser 0,60, Zrofer in Hüllern 0,60, Riste 30—60, Amerz 20—38, Zitronen, Heide, 300 Stück 9,00—10,00, 300 Stück 8,00—9,00, 200 Stück 9—18, Heide, Heide, 300 Stück 9,00, Rucula 200er Riste 6—10, do. 300er 7—11, Valencia 420er Riste 13—24,00, do. 714er 16—23,50, Westfalia, 16er 9—13,00, do. 200er 8,50—12,00, do. 300er 8—14, Wut. 100er 7—9, do. 150er 7,50—9,00, do. 80er 6,50—10, Heide, in Rüben per 100 Pfd. 0,60, Rindarinen, Riste 0,75—2,00, do. in Rüben per 100 Pfd. 32—35.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. (Bozirk Oranienburger Vorstadt.) Am 6. März verstarb unser Mitglied 187/7 Adolf Kunzner im Alter von 46 Jahren an Magenkrebs. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Elisabeth-Kirchhofes in der Prinzen-Allee aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Verbandsleitung.

Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin II. Den Mitgliedern obiger Verwaltungsstelle beruht zur Verfügung, daß unser Kollege, der Kolonialhändler Karl Klisch verstorben ist. 68/9 Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 9. März, nachmittags 4 Uhr, auf dem Christuskirchhofe in Mariendorf, Gaussee-straße 43, statt. Die Ortsverwaltung Berlin II.

Zeugen gesucht

um Beweis unserer Leistungsfähigkeit zu bringen, sind überaus
Ich empfehle Serie IV:
Getragene Herren-Paletots . . . 3, 6 bis 10 Mark
Getragene Herren-Anzüge . . . 6, 7 bis 9 Mark
Getragene Hosens . . . 1.50 bis 2.50 Mark

Von feinsten Herrschaften, Reisenden nur
kurze Zeit gebraucht, für jede Figur.

J. Wand, Hauptgeschäft; Chausseestr. 80a.
Bitte genau auf die Nr. 80a zu achten!
1. Geschäft; Prinzen-Strasse 17.
2. Geschäft; Gr. Frankfurterstr. 116.

Beachten Sie beim Einkauf von Bettfedern und Betten

die enorm billigen Preise in
L. Beullers 4 großen Spezialgeschäften

Oranienstr. 8, nahe Hochbahn, Ackorstr. 28, Ecke Invaliden-
straße, Neanderstr. 29, Reinickendorferstr. 115, Bahnhof Wedding.
Große Betten, Oberbett, Unterbett u. 2 Kissen 12, 15, 20, 25,
30 M. **Dannenbetten** 35 bis 75 M.

Besonders preiswert „Dannenbett“!
mit bester Mandarindunne nur 15 M.

Bettfedern Pfd. 0.50, 0.75, 1 M. **Halbdannen** Pfd. von
1.50 M. an. **Gänsefedern u. Dunnen** Pfd. 2 bis 8 M.
in nur erprobten, staubfreien Qualitäten.

Große Lager fertiger Inlette, Bezüge, Schlaf- und Steppdecken.
Bettfedern-Dampf-Reinigung.

Telephon: Amt IV, 8971. 4071L*

Leske & Slupecki

70c Schönhauser Allee 70c

Spezialhaus guter Herren- u. Knaben-Bekleidung
fertig und nach Maß.

Einsegnungs - Anzüge.

Frühjahrs - Anzüge. ● Frühjahrs - Paletots.

Einzig dastehende Abteilung:

Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß unter persönlicher Leitung.

Am Sonnabend und Sonntag erhält jeder Käufer eines
Anzuges oder Paletots,

eine elegante bunte Weste gratis!

Anton Boekers Ball-Salon

Habe noch Sonnabends und Sonntags
Säle zu vergeben, auch sind
Bereitszimmer in der Woche frei.

Anton Boekers, Weberstr. 17,
T.-H.: VII. Nr. 13414. 35702*

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für 3/5

Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7 Sonntags 10-12, 2-4.

März-Weißbier.

Ein Sechzehntel (9/16 Liter) 1.20 M.

Ein Achtel (17 Liter) 2.40 M.

am 12., 13., 15., 16., 18. und 21. März.

Kochrezepte zur Herstellung v. Speisen mittels Weißbier gratis.
Berliner Weißbierbrauerei Ed. Gebhardt, Actien-Ges.
Prinzen-Allee 79/80. Fernsprecher II 67 u. 68.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen.
Klein-Beckau. Sehr starkes Leder in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Band aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Knop-
fäden. Halbstarke Pilot-Taschen.
Grobe Hüften umfaßt. 4 M. 50

Die Herkules-Hose
Kantel-Hosen . . . 10.50, 5 M. 75
Gürtel, Kammstr.-Jacken 10.-, 10.50
Schlauer Monteur-Jacke 1 M. 90
Schlauer Monteur-Hose . . . 1 M. 50
Schlauer Monteur-Jacke,
prima Ripper-Gewebe . . . 2 M. 50
Schlauer Monteur-Hose,
prima Ripper-Gewebe . . . 2 M. 10
Maler-Hosen . . . 3.-, 3.50, 2 M. 25
Mechaniker-Hosen (braun) 3.-, 2 M. 50
Weiße Lederhosen . . . 4.50, 3 M.
Kleidermacher-Anzüge, blau, 5 M. 50
Weiße Jacken für Herren, Kamm-
str.-Hosen, Röcke usw.
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseestr. 21a/23, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Haupt-Katalog gratis und franko.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Bundweite und die Schnittlänge, bei
Jacken und Mänteln die Brustweite
anzugeben. 39542*

Nachdruck verboten!

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort
(fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zählen doppelt.

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Deckbett, Unterbett, Kissen mit
glattradem Anlett 10.50, Handliche
Kantelstränge achtmal dreifach. 2302R*

Wollgestrichenes Deckbett, Unter-
bett, zwei Kissen 18.00, Damastbezüge,
Steppdecken, Kantelstränge achtmal
dreifach, Handliche. 2303R*

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei
Kissen 27.00, Große Kissen 1.00,
Leibhaus Kantelstränge achtmal
dreifach, Elektrische nach Bedarf. *

Teppiche mit farbenschönen Fadern
niederlage Große Frankfurterstraße 9,
parterre, kein Laden, Kautschuff. 11

Steppdecken billigst Robert Große
Frankfurterstraße 9, parterre. 71

Wandverkleidung Große Frankfurter-
straße 9, parterre, kein Laden,
Kautschuff. 11

Teppiche mit farbenschönen
Kantelsträngen, Frankfurter Allee 107.

Gardinenhaus, Reste und einzelne
Reste sehr bedeutend billiger, Frank-
furter Allee 107. 2296R*

Steppdecken, Badestühle, Kissen
billig, Vorhänge (2 Schals, 1 Kambr-
quain) 3.50, 3.95, 4.85, 6.-, c. Frank-
furter Allee 107. 2297R*

Steppdecken billigst, Robert
Große Frankfurterstraße 9, 2167R*

Teppiche (Lehrstücke) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Bönn, Godesberger
Markt 4, Bahnhof Seite. 2572*

Brandleute, Vogelmöbel, Kissen
Kantelstränge, Bettmöbel, Bettwäsche,
Gardinen, Leinwand, Steppdecken,
Kantelstränge, Teppiche, Wandverkleidung
(pottdillig) Handliche Kautschuff. 7.

Gaststätten, Petroleumlampen ohne
Anzahlung, Woche 1.00, Louis Böcher
(Geld): Vorgängerstraße 32 (Bahn-
verbindung Bahnhofsstraße), Wei-
nendenerstraße 116, Schönhauser
Allee 50, Potsdamerstraße 81, Rig-
dorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Kontormöbel, Ledeneinrichtungen
für alle Branchen, Geldkäufe,
Eisenkäufe, Spottpreise, Kleinen-
anwahl, Steinene, Dramenburger-
straße 2 (Godesberger Markt), Filiale
Gormannstraße 1 (Kantelstränge).

Sommerpaletots, Monatsanzüge,
wenig getragen, von 5 Mark an,
große Auswahl für jede Figur, auch
neue elegante Garderobe aus erster
Handquelle 20 Prozent billiger wie
im Laden, direkt vom Schneider-
meister Paul Hüttenberg, nur Kamen-
dammstraße 10. Gabe keine Pfänder.

Fahrräder, gebrauchte 15.00,
20.00, 25.00 Mark. Neue Fahrräder
billiger. Sämtliche Zubehörteile
günstig und billig. Laufbänder
3.00, Laufschläuche 2.50, Ulenhut,
Damenstränge 1.50.

Petersburgerstraße 37, Hand-
liche, Wand-, Tischlampen, Ketten,
Ringe, Broschen, Uhrwerke, Spott-
preise. 1132*

Handliche Petersburgerstraße 37,
Schuhwaren, Betten, Böden, Gar-
dinen, Teppiche, Portieren, Anzüge,
leichte Hülsen. Spottpreise. 1132*

Möbelfabrik Dramenstraße 172/178,
besitzt ab Rabel an Privatbesitz
zu Engrospreisen gediegenen Ein-
richtungen von 285.00 bis 438.00,
elegante 650.00, englische Schlafzim-
mer 272.00, englische oder Kautschuff-
bettstelle mit Matratze 45.00, einlache
30.00, Kleiderkasten, Verließ 45.00,
Speigel mit Spiegelglas 40.00, Kautschuff-
sola 60.00, Kissen in modernem
Antrieb 53.00, verleihe und auslei-
gefeste (pottdillig) nach Teilzahlung.

Kranstränge 50 Möbel, Spiegel,
Porzellanwaren, großartige Auswahl,
bekannt billig, Beschäftigung für Braut-
leute lobend. Straußstraße 59, Kaut-
schuff. Möbelverkauf. 19265*

Damenfahrrad, Herrenfahrrad
25.00, Schale, Schindlerstraße 37.

Monatsanzüge und Winter-
paletots von 5.00, Kappen von 4.50,
Hosen von 1.50, Gebrochene von
12.00, Frack von 2.50, sowie für
lockere Figuren. Neue Garderobe
zu staunend billigen Preisen, aus
Handbleiben der besten Sachen kaufte
man am billigsten bei Rob. Kautschuff-
straße 14. 19435*

Handverleiher Weidenweg 19,
Verleiher Handverleiher, Winter-
paletots, Winteranzüge, Bettdecken,
Gardinenverkauf, Bödenverkauf,
Uhrverkauf, Kettverkauf, Teppich-
verkauf, Steppdecken, Nähmaschinen,
staunend billige Spottpreise. Ver-
bindungen allerwärts. 1712*

Billig verkauft: Herrenanzüge,
Kantelstränge, Arbeitsachen. Große
Auswahl, Bestecke großer Lager.
Wilhelm Hange, Turmstraße 84,
Breites Gehst III, No. 82.
Drittes Gesch. Händl. (Stadtbahnhof).

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Teppiche (Handverleiher), Kautschuff-
arbeiten, Stühle, Steppdecken (pottdillig).
Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Möbel auf Teilzahlung Prinzen-
straße 62. 1915*

Vorzugspreis, Quadratur 5/1,
Mark, erhalten Käufer jetzt beim Be-
ginn eines neu parzellierten Boretz-
Zertains, Wald, Aderland, Teiche,
nahe Bahn. Außerdem noch leichte
6 Partellen a 200 Mark, 30 Hektar,
tous. Näheres Berlin, Schönbr.,
Station Nepernd, mündlich Braun-
hofer, Kollenderstraße 3.

Sommerpaletots, Monatsanzüge
von 6 Mark an. Auch neue elegante
Herrenanzüge kaufte man den
dritten Teil billiger als im Laden
beim Schneidermeister Hüttenberg,
nur Straußbergstraße 46, parterre.

Firmenschilder, Fahnenchilder,
Transparenz, neue, gebrauchte,
billig. Schilderfabrik Legal, Neue
Schönhauserstraße 14. 256/18*

Umbänderer sind billig ver-
käuflich ein Bäckerei, ein Panzerlole,
großer Spiegel, ein Bäckerei,
alles zu erhalten, Kautschuff. 1134*

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Kinderräder, Kinderräder,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgele-
te (pottdillig). Sommer, Winterstränge 51.

Wandverleiher: Handliche Her-
mannplatz sechs, Ergänzender Verlei-
her, Handverleiher, Vermietungs-
betriebe, Bettwäsche, Bettmöbel,
Kantelstränge, Kautschuff. 1134*

Die von mir über Zeilen im Tages-
gelanten Anzeigen nehme ich
zurück, erkläre dieselbe für eine ach-
tore Person. Winkelmann, Schiller-
straße 10. 19655

Vermietungen.

Wohnungen.
Borort-Bahnung an Wald und
Wasser, 2 Stuben und Küche, Zu-
behör, Monat 15.00, Erfolge
Kantelstränge 34, Kautschuff. 1134*

Zimmer.
Zimmer, 2 Herren, 1. April
Güter, Brangelstraße 63, Kautschuff.
links III. 19675

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle Bierente,
Luisenpark 18. 1914

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Blinder Stuhlrechner bittet um
Arbeitsstelle. Möchte werden abgeholt und
zurückgebracht. A. Götter, Kautschuff-
straße 27. 14685

Stellenangebote.
Lehrling für sturghige Unter-
mente. Sauer, Kautschuff. 1134*

Drechsler auf Veranlasser verlangt
Erfolgslos, Kautschuff. 1134*

Monteur und Maschinenbauer
auf Transmissionen, Gasmotoren und
Nahrungsmittelmaschinen gesucht.
Richard Heise, Neue Friedrichstraße 37.

Reliefgraveure, tüchtige, für
Belagerung finden sofort dauernd
Stellung bei Kautschuff, Hand u. Co.,
Kautschuff. 75. 19725

Klavierspieler verlangt Kautschuff,
Luisenpark 18. 1914

Arbeiter-Gesangsverein sucht Dir-
genten Donnerstag, Werbung Sonntags
3 Uhr, Schmidt, Rheinberger-
straße 22. 1914

Maître für öffentlichen Tanz und
Unterricht mit Anhang. Offerte „F.“
Kautschuff. 4. 19103

Notenfrauen finden sofort sehr
lohnende Beschäftigung Prinzen-
straße 41. 1915*

Lehrfräulein, bessere Bildung, Be-
schäftigung ohne Hausen, verlangt
Gleimstraße 11, Kautschuff. 1134*

Konfektoren, für abgehe Abteilung
suchen wir zum sofortigen Eintritt
tüchtige Verkäuferinnen. Meldungen
mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr.
A. Jandorf u. Co., Kautschuff-
damm 1-2. 23308

Handwerker, für unter Kautschuff-
arbeiter suchen wir tüchtige Handwerker.
Meldungen mittags 1-2 oder abends
8-9 Uhr. A. Jandorf u. Co., Kautschuff-
damm 1-2. 23308

Notenfrauen finden dauernd und
sehr lohnende Beschäftigung. Tanz:
Kautschuff. 1134*

Im Arbeitsmarkt durch
bevorzugte Druck hervorgehobene
Anzeigen lösen 50 Pf. die Zeile.

Färber und Wäscher

verlangt Gebr. Alfenberg's
Färberei, Weihenstepfer. 1138*

Achtung!

In der Druckpapier- und Zellulose-
warenfabrik

R. Priester & Co.
Michaelkirchstraße 17

hat das Personal die Arbeit nieder-
gelegt und ist für Besser, Besserinnen,
Koloristinnen, Sperristinnen, Buch-
binder usw.

Das Wahlergebnis nach den für die Sozialdemokratie bei den Hauptwahlen 1903 und 1907 abgegebenen Stimmen.

Für 1907 nach den im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Zahlen.

Main table with columns: Name des Wahlkreises, Stimmen überhaupt (1903, 1907), in Prozent (der Wähler, der Wahlberechtigten) for 1903 and 1907. Includes sub-sections for Reg.-Bez. Königsberg, Gumbinnen, Danzig, Marienwerder, Potsdam, Frankfurt, Stettin, Rastenburg, Königsberg, Bromberg, Breslau, Reg.-Bez. Pommern, Reg.-Bez. Posen, Reg.-Bez. Westpreußen, Provinz Schleswig-Holstein, Provinz Hannover, Reg.-Bez. Münster, Reg.-Bez. Westfalen, Reg.-Bez. Rheinland-Pfalz, Reg.-Bez. Elsaß-Lothringen, and Stadt Berlin.

Die Stimmenzahl steht gefolgt bedeutet: der Wahlkreis wurde von der Sozialdemokratie im ersten Wahlgang erobert; ein Sternchen bedeutet: unter Kandidat gelangte in die Stichwahl; zwei Sternchen: das Mandat wurde in der Stichwahl erobert.

Name des Wahlkreises	Stimmen überhaupt		in Prozent				Name des Wahlkreises	Stimmen überhaupt		in Prozent			
	1903	1907	der Wähler		der Wahlberechtigten			1903	1907	der Wähler		der Wahlberechtigten	
			1903	1907	1903	1907				1903	1907	1903	1907
Reg.-Bez. Köln.													
1. Köln (Stadt)	13 201*	15 661*	37,62	35,22	24,55	26,53							
2. Köln (Kreis)	13 428	17 310	35,13	32,54	24,98	25,84							
3. Bergheim-Gusfirchen	531	603	3,66	3,31	2,55	2,76							
4. Rheinbach-Denn	1 610	2 051	7,81	8,52	4,60	7,12							
5. Siegburg-Weißbühl	323	495	1,77	1,94	1,07	1,57							
6. Weibersheim-Güter	7 871*	8 588	24,48	23,07	19,33	19,24							
Reg.-Bez. Düsseldorf.													
1. Lennep-Weinmann	21 802**	21 371*	49,11	41,52	30,00	30,74							
2. Ellerfeld-Barmen	27 056	28 256*	51,09	45,78	41,95	42,02							
3. Solingen	17 255	19 589	57,14	50,91	44,83	44,06							
4. Düsseldorf	20 375*	25 880*	89,88	86,17	26,61	30,14							
5. Essen	22 773*	29 378*	28,34	30,06	25,47	27,76							
6. Duisburg	23 284*	27 650**	31,04	29,70	26,13	25,69							
7. Mers-Nees	1 496	2 792	5,41	8,18	4,68	7,50							
8. Cleve-Geldern	494	585	2,66	2,04	2,01	2,27							
9. Kempen	2 379	2 488	15,25	13,82	11,49	11,09							
10. Mönchen-Glabach	8 673	4 375	12,88	12,00	9,22	9,91							
11. Krefeld	7 298	8 617	29,67	27,07	21,85	23,56							
12. Neuf-Grevenbroich	1 590	2 038	9,42	9,83	6,54	7,74							
Reg.-Bez. Koblenz.													
1. Beyer-Altentirchen	3 106	2 579	13,63	9,82	10,95	8,52							
2. Neuwied	558	581	3,49	3,11	2,95	2,90							
3. Koblenz-St. Goar	2 007	2 172	9,15	7,98	6,87	6,52							
4. Kreuznach-Simmern	1 086	1 162	5,24	4,79	4,06	4,21							
5. Mayen-Ehrweiler	725	1 081	4,71	5,02	2,91	4,00							
6. Renan-Nechem	129	59	0,86	0,29	0,58	0,26							
Reg.-Bez. Trier.													
1. Dann-Prüm	—	—	—	—	—	—							
2. Wittlich-Berncastel	67	87	0,44	0,45	0,34	0,41							
3. Trier	803	975	4,31	4,44	3,02	3,50							
4. Saarburg-Saarlouis	314	408	1,82	1,21	0,89	1,06							
5. Saarbrücken	1 575	2 922	5,07	6,72	4,41	6,06							
6. Wittweiler-St. Wendel	170	571	0,49	1,51	0,43	1,40							
Reg.-Bez. Aachen.													
1. Schleiden-Malmédy	284	334	1,94	1,80	1,27	1,43							
2. Eupen-Kachen (Kreis)	2 409	2 445	9,24	7,18	6,46	6,10							
3. Aachen (Stadt)	3 299	3 830	22,95	19,41	13,62	15,18							
4. Düren-Jülich	1 308	1 295	6,29	5,05	4,40	4,12							
5. Weiskirchen-Heinsberg	58	73	0,31	0,31	0,23	0,28							
Reg.-Bez. Sigmaringen.													
	366	295	3,77	2,13	2,41	1,87							
Königreich Bayern.													
Reg.-Bez. Oberbayern.													
1. München I.	10 178**	8 723*	44,03	34,13	28,36	24,61							
2. München II.	40 046	40 384**	56,21	49,07	36,84	34,40							
3. München III.	2 018	2 617	10,65	12,86	8,07	10,07							
4. Ingolstadt	1 318	1 742	7,90	9,93	5,62	6,85							
5. Wasserburg	504	608	2,60	5,38	2,02	3,86							
6. Weihenstephan	1 798	2 850	10,19	13,51	6,74	10,62							
7. Rosenheim	4 370	5 443	19,21	20,93	12,65	14,78							
8. Traunstein	1 713	2 145	8,57	9,70	5,75	6,50							
Reg.-Bez. Niederbayern.													
1. Landshut	722	1 343	4,69	7,76	3,29	5,81							
2. Straubing	731	1 504	4,06	7,82	2,59	5,13							
3. Passau	1 509	1 719	12,32	10,48	6,15	6,52							
4. Pfarrkirchen	217	854	1,50	4,95	0,92	3,53							
5. Deggendorf	1 353	1 287	12,86	9,90	6,09	5,45							
6. Kelheim	405	548	3,89	3,76	2,15	2,72							
Reg.-Bez. Pfalz.													
1. Speyer	16 567**	18 539**	45,50	45,86	39,67	41,26							
2. Landau	5 549	6 340	21,26	21,82	16,98	18,93							
3. Germersheim	1 397	1 547	7,82	8,04	6,78	7,22							
4. Pirmasens	5 323	5 720	18,96	18,80	16,77	16,99							
5. Homburg	1 744	1 711	10,23	8,36	7,25	6,65							
6. Kaiserslautern	7 009*	7 629*	27,60	27,82	21,57	22,83							
Reg.-Bez. Oberpfalz.													
1. Regensburg	2 519	3 841	13,13	16,32	8,68	11,82							
2. Amberg	667	1 241	4,52	7,80	3,04	5,40							
3. Neumarkt	354	888	2,75	2,50	1,81	1,94							
4. Neunburg vorm Wald	785	865	6,86	6,03	3,77	4,23							
5. Neustadt a. d. Waldnaab	1 160	1 401	6,81	7,85	4,90	5,64							
Reg.-Bez. Oberfranken.													
1. Hof	10 678*	11 785	47,12	43,83	36,52	38,60							
2. Bayreuth	8 078*	8 278*	44,70	38,10	32,17	31,76							
3. Forchheim	2 810	2 557	13,87	10,46	10,07	8,08							
4. Kronach	4 367	4 845	21,10	18,59	16,17	15,71							
5. Bamberg	3 323	3 430	17,01	14,41	12,33	12,14							
Reg.-Bez. Mittelfranken.													
1. Nürnberg	28 812	35 033	57,98	55,16	44,45	47,29							
2. Erlangen-Erlangen	12 031*	14 142*	45,87	44,81	35,26	38,47							
3. Ansbach-Schwabach	4 278*	5 100	29,82	27,22	19,19	22,15							
4. Eichstätt	982	877	6,60	5,35	5,05	4,47							
5. Triefelsbühl	534	625	5,09	4,18	2,82	3,21							
6. Regensburg ob d. Tauber	1 342	1 151	9,03	5,87	5,62	4,69							
Reg.-Bez. Unterfranken.													
1. Schweinfurt	3 672	4 562	18,92	18,35	13,14	15,65							
2. Bamberg	1 019	1 085	6,11	5,17	4,57	4,52							
3. Lohr	1 028	1 742	5,61	8,12	3,99	6,00							
4. Neustadt a. Saale	800	915	4,17	4,18	3,20	3,65							
5. Schweinfurt	3 235	3 121	18,23	15,14	14,87	13,13							
6. Würzburg	5 337*	5 810	28,65	26,68	21,94	22,77							
Reg.-Bez. Schwaben.													
1. Augsburg	6 577	6 708	22,56	20,53	17,35	16,81							
2. Donauwörth	206	504	1,18	2,67	0,94	2,21							
3. Dillingen	308	449	2,16	2,79	1,52	2,16							
4. Memmingen	918	1 522	4,78	7,01	3,42	5,50							
5. Kaufbeuren	846	991	5,06	5,03	3,54	3,91							
6. Memmingen	1 343	1 999	6,10	8,10	4,81	6,71							
Königreich Sachsen.													
1. Zittau	11 265	10 725*	50,50	42,96	41,01	38,98							
2. Zittau-Oberbach	11 334	10 441	53,20	41,86	42,81	38,40							
3. Bautzen	9 191*	8 619	39,03	28,47	28,40	25,46							
4. Dresden-Neustadt	28 379	26 458	60,15	50,88	50,43	44,53							
5. Dresden-Alte Stadt	21 569	18 608*	54,99	44,28	43,68	38,44							
6. Dresden-Thornau	33 781	33 843	65,74	56,05	55,77	50,82							
7. Meißen-Großenhain	15 191	14 171*	55,15	45,27	46,91	41,90							
8. Pirna	15 905	14 397	58,94	46,70	48,12	41,69							
9. Freiberg-Deberan	11 835	9 455	52,59	39,22	42,88	35,46							
10. Eibfeld-Rothwein	13 162	12 700*	54,40	47,37	47,31	44,43							
11. Chemnitz	10 060**	9 587*	44,69	38,53	38,11	35,43							
12. Leipzig-Stadt	16 140**	14 366	46,82	37,18	38,25	33,46							
13. Leipzig-Land	54 819	56 712	69,05	58,11	56,56	50,39							
14. Borna-Berga	10 408**	9 811*	40,49	38,64	38,61	35,67							
15. Wittweide-Limbach	19 270	18 301	62,64	54,06	55,16	49,30							
16. Chemnitz	34 266	34 547	66,87	56,82	51,06	45,06							
17. Glauchau-Meerane	18 349	16 675	71,14	55,24	55,91	50,04							
18. Zwickau-Grünhain	25 335	23 744	67,10	55,08	54,98	49,20							
19. Zwickau-Adersbach	20 096	19 000	67,09	56,45	56,52	50,74							
20. Zwickau-Gleina	13 616	11 28											